

PROTOKOLL

über die 17. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr am Donnerstag, 23. September 1999, im Rathaus, 1. Stock hinten, Gemeinderatssitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14 Uhr

Anwesend:

BÜRGERMEISTER: Hermann Leithenmayr

VIZEBÜRGERMEISTER/IN: Friederike Mach, Dr. Leopold Pfeil, Leopold Tatzreiter

STADTRÄTE: Gerhard Bremm, Gunter Mayrhofer, Ing. Dietmar Spanring

GEMEINDERÄTE: Kurt Apfelthaler, Helga Feller-Höller, Martin Fiala, Ing. David Forstenlechner, Mag. Michaela Frech, Monika Freimund

Günter Fürweger, Walter Gabath, Roswitha Großalber, Ing. Wolfgang Hack, Wilhelm Hauser, Ing. Klaus Hoflehner, Stephan Keiler

Mag. Gerhard Klausberger, Maria Koppensteiner, Andreas Kupfer, Engelbert Lengauer, Walter Oppl, Hans Payrleithner, Claudia Pramendorfer

Edith Radmoser, Elfriede Reznar, Rudolf Schröder, Siegfried Stieglitz, Beatrix Toman, Ingrid Weixlberger, Dr. Wilfrid Wetzl

VOM AMT:

MD. SR Dr. Kurt Schmidl, MD-Stv. Präs. Dir. Dr. Gerhard Alphasamer, OMR Mag. Helmut Lemmerer, Gerald Hackl

ENTSCHULDIGT: StR. Roman Eichhübl, GR Helmut Oberreiter

PROTOKOLLFÜHRER: OAR Anton Obrist, Gabriele Obermair

T A G E S O R D N U N G

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlussfähigkeit und Bekanntgabe der Protokollprüfer
2. Behandlung von allfälligen Anfragen
3. Mitteilungen des Bürgermeisters
4. Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 54 Abs. 3 StS
5. Verhandlungsgegenstände
6. Aktuelle Stunde

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. Pkt. 4 der Tagesordnung:

1) FW-15/99 Reparaturarbeiten am Teleskop-Hubrettungsfahrzeug SR 706 A der Freiwilligen Feuerwehr Steyr.

2) GHJ1-108/93 Mülldeponie der Stadt Steyr; Reparatur der Laderaupen Liebherr L 631B.

3) Fin-108/98 Wirtschafts- und Dienstleistungspark Steyr-Nord; Vorbereitungsarbeiten für die Gründung der Gesellschaften; Auftragsvergabe.

VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

1) Präs-414/99 DI. Dr. techn. Kurt Lettner, Verleihung des Ehrenringes der Stadt Steyr.

2) Präs-415/99 Dr. Ing. Ferenc Anisits; Verleihung des Ehrenringes der Stadt Steyr.

3) Präs-416/99 Univ.-Prof. DI. Dr. techn. Gerfried Zeichen; Verleihung des Ehrenringes der Stadt

Steyr.

- 4) Präs-96/99 Mag. Wolfgang Bernhauer; Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr.
- 5) Präs-417/99 Dkfm. Franz Wildling; Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr.
- 6) Ge-437/97 Indoor-Go-Kart BetriebsgesmbH., Gusswerkstraße 9, 4400 Steyr; Gewerbeförderung.
- 7) Präs-383/99 Steyr – Bethlehem; Abschluss einer Städtepartnerschaft.
- 8) Präs-409/99 Dringlichkeitsantrag der Freiheitlichen GR-Fraktion betreffend Umbenennung des Wohnungsausschusses in „Ausschuss für Angelegenheiten von Wohnungen und Liegenschaften.“

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

- 9) Präs-488/99 Antrag der GAL-Gemeinderatsfraktion betreffend Regionalverkehrsplan Steyr – Steyr Umland; Einsetzung einer Arbeitsgruppe.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD TATZREITER:

- 10) GHJ2-44/97 Abschluss eines Mietvertrages mit der ORION Messe- und Ausstellungsgesellschaft m.b.H. & Co KG über die Überlassung von Räumlichkeiten im Kommunalzentrum Steyr zur Abhaltung der Messetage `99.

BERICHTERSTATTER STADTRAT GERHARD BREMM:

- 11) GHJ2-40/99 Errichtung eines Fun-Courts auf dem öffentlichen Spielplatz Taborweg, GP 1222/2, KG Steyr.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

- 12) Stw-69/99 Städt. Freibad; Erlassung einer zeitgemäßen Badeordnung.
- 13) Stw-74/99 Verlegung von Erdgasleitungen, Nieder- und Hochdruck in der Resthofstraße und Erneuerung der Trinkwasseranschlüsse; Bauarbeiten; Auftragsvergabe.

BERICHTERSTATTER STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

- 14) BauT-4/99 Abwasserbeseitigung Stadt Steyr; Kanalisation Christkindl – Unterhimmel; Antrag um Vergabe der Bauarbeiten und der Bauleitung bzw. Projektleitung.
- 15) BauT-7/99 Abwasserbeseitigung Stadt Steyr; Kanalisation Reichenschwall – Pyrach; Errichtung NS 26, 41, 42, 9; Antrag um Vergabe der Bauarbeiten und der örtlichen Bauaufsicht.
- 16) BauStr-12/98 Autobusbahnhof Hessenplatz/Bahnhofstraße; restliche Planungsleistungen.
- 17) BauGru-47/98 Bebauungsplanänderung Nr. 27 – Änderung Nr. 2 – „An der Enns“; Aufhebung.
- 18) BauStr-11/99 Sanierung Kollerstraße, Tabor; Vergabe der Straßenbauarbeiten.
- 19) BauStr-10/98 Verkehrsdrehscheibe Bahnhof; zusätzliche Straßenbauten Eybl-Knoten; Vergabe von Zusatzarbeiten und Bewilligung einer Kreditübertragung.
- 20) BauStr-17/98 Verkehrsberuhigung Ennsdorf; Vergabe der Baumscheiben.
- 21) K-1/99 Grundeinlöse Wieserfeldplatz zum Zwecke der Straßenverbreiterung auf dem Grundstück der Familie Mayr 1039/5, EZ 930, KG Steyr, und von Frau Ingeborg und Claudia Simetinger auf den Grundstücken 1039/2, EZ 927, Grundstück 1039/3, EZ 928, und Grundstück 1039/4, EZ 929.
- 22) BauT-9/98 Errichtung Kanalisation Löwengutsiedlung BA 07; Vergabe Tiefbauarbeiten und maschinelle Ausrüstungen.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

- 23) Präs-486/99 Antrag der LIF-, FPÖ-, ÖVP- und GAL-Gemeinderatsfraktion betreffend Beschlussfassung einer Richtlinie für ein modernes Personalauswahlverfahren bei Geschäftsbereichs- und Fachabteilungsleitern des Magistrates der Stadt Steyr.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, verehrte Gäste. Ich darf sie sehr herzlich begrüßen und eröffne die heutige Sitzung. Ich stelle fest, dass die Einberufung ordnungsgemäß vorgenommen wurde, die Beschlussfähigkeit gegeben ist und dass Frau GR Monika Freimund und

Herr GR Walter Gabath als Protokollprüfer vorgeschlagen sind. Beide nehmen, wie ich annehme, diese Funktion an. Bitte das dem Protokoll hinzuzufügen. Entschuldigt sind Herr StR Eichhübl und Herr GR Oberreiter.

Zu Punkt 2) Beantwortung von allfälligen Anfragen darf ich mitteilen, dass keine vorhanden sind. Zu den Mitteilungen des Bürgermeisters teile ich ihnen mit, meine Damen und Herren, dass wir im Zuge unserer Bemühungen, unsere Service- und Dienstleistungseffizienz zu verbessern und die Kundenzufriedenheit sozusagen zu erreichen, Befragungen durchführen. Dieses geschieht im Bereich der Kindergärten, im Standesamt und nunmehr auch in der Bezirksverwaltung. Diese Befragung läuft noch bis Ende des Jahres, wird anonym und nach wissenschaftlichen Kriterien ausgewertet. Im Frühling wird das Ergebnis vorliegen und uns auch mitgeteilt werden.

Erfreulich ist, dass der Steyrer Christkindlmarkt noch schöner und noch größer werden wird. Hier haben sich die Betreiber besonders bemüht und angestrengt. Der Herr StR Mayrhofer, der hier eine Verantwortung übernommen hat, hat mir mitgeteilt, dass auch neue Attraktionen zu sehen sein werden. Eine „lebendige Krippe“ mit Ochs` und Esel wird es nicht überall zu sehen geben, auch ein Nostalgie-Karussell wird die Herzen der Kinder höher schlagen lassen, vor allen Dingen wird auch historisches Handwerk geboten, wie Schindelhacker, Brunnenrohr-Bohrer, Schuster und andere. Das wird sicher zur Attraktivierung unseres Adventmarktes beitragen und uns schön langsam wieder in die Kategorie bringen, die unserem Anspruch entspricht, das ja in den vergangenen Jahren so nicht der Fall gewesen ist. Wir werden allerdings, und das ist vielleicht nicht die erfreulichste Seite, Geld in die Hand nehmen müssen, um hier diese Ausweitung und Qualitätssteigerung zu erreichen. Es wird also rund eine Million Schilling kosten, hier die entsprechenden infrastrukturellen Vorkehrungen zu treffen. Die Arbeiten sind in Gang, es ist hier eine Elektrifizierung vorzunehmen. Das wird dazu führen, dass nicht mehr mit dem Notstromaggregat, was voriges Jahr kritisiert wurde, gearbeitet werden muss; und dass auch größere Dekorationen damit möglich sind, was die Beleuchtungen usw. anbelangt. Wie mir mitgeteilt wurde, wird die Wirtschaft auch hier einen Teil vorfinanzieren, so dass wir dies etwas besser in unseren Budgets unterbringen können.

Betreffend des Familienvolksbegehrens möchte ich mitteilen, dass in Steyr 579 Unterschriften geleistet wurden, das sind 2,04 Prozent der Stimmberechtigten. Man kann vor dem Hintergrund aller Volksbegehren die gelaufen sind sagen, dass es für die Proponenten nicht sehr erfolgreich gewesen ist.

Ich darf weiters mitteilen dass der Flächenwidmungsplanentwurf zur Einsichtnahme aufliegt. Aufgrund der Bestimmungen des oberösterreichischen Raumordnungsgesetzes hat die Stadt Steyr im Vorjahr das Verfahren zur Erstellung eines Flächenwidmungsplanes nach den Plänen der Fachabteilung für Stadtentwicklung und Stadtplanung eingeleitet. Der neu erstellte Flächenwidmungsplanentwurf liegt ab sofort gemeinsam mit dem örtlichen Entwicklungskonzept im Rathaus, 3. Stock, Fachabteilung für Stadtentwicklung und Stadtplanung, zur Einsichtnahme auf. Jeder, der ein berechtigtes Interesse glaubhaft macht, kann dazu bis spätestens 29. Oktober 1999 schriftlich Anregungen oder Einwendungen einbringen.

Erfreulich wieder - wir haben den neuen Kindergarten im Stadtteil Münchenholz im Rahmen einer kleinen Feier eröffnet. Es war, glaube ich, ein wirklich angenehmes Erlebnis für alle, die dort waren. Mir scheint der Kindergarten sehr gut gelungen zu sein. Es wurde hier eine moderne zeitgemäße Konzeption umgesetzt. Die Kinder selbst haben dort Beiträge geleistet. Zu unserer Erbauung kann man ruhig sagen, die Kosten betragen rund 30 Millionen Schilling. Wir werden sie hier im Zuge eines monatlichen Bestandszinses aufzubringen haben.

Am 26. September wird der Tag des offenen Denkmals auch in Steyr zur Durchführung gelangen. Der Themenschwerpunkt ist diesmal auf die Kirchen orientiert. Es wurde hier ein Programm vom Leiter unserer Fachabteilung für Altstadterhaltung, Dr. Kaiser, mit den Verantwortlichen der Vorstadtpfarre und der Stadtpfarrkirche durchgeführt. Alle Gemeinderäte sind dazu herzlich eingeladen.

Wir haben vorgestern und gestern die Auftaktveranstaltung der Europäischen Wissenschaftstage Steyr abgehalten. Sie war sehr gut besucht; es waren hochkarätige Wissenschaftler in Steyr. Es ist nicht sehr einfach, denen längere Zeit zu lauschen. Man muss sich sehr konzentrieren, obwohl sie bemüht waren, einem Anspruch der zugrundegelegt war gerecht zu werden, nämlich hier möglichst so zu reden, dass der nicht wissenschaftlich Gebildete auch etwas davon hat, die Zusammenhänge versteht. Dennoch war es ziemlich anstrengend. Aus der Sicht der Stadt Steyr ist diese Veranstaltung natürlich eine tolle Entwicklung. Sie ist, was unseren Part anbelangt, nämlich die Organisation und Betreuung, die Ausrichtung vor Ort durchzuführen, positiv verlaufen. Es haben sich hier der Präsident, die vortragenden Universitätsprofessoren und viele Gäste und Teilnehmer sehr positiv geäußert. Vor allem die, die zum ersten Mal in Steyr waren, haben sich nicht genug lobend über die Schönheit unserer Stadt, es war der Tag natürlich auch wunderbar, ausgesprochen. Ein kleines freudiges Ereignis am Rande hat sich noch ergeben. Nachdem der Herr Bundesminister eröffnet hat, hat er uns bei dieser Gelegenheit auch noch 6 Millionen Schilling zugesagt für unseren Wirtschaftspark im Norden der Stadt. In einem weiteren Projekt in Weyer, das auch durchaus für die Region als wichtig und positiv zu beurteilen ist, wird hier für ein biologisches Bauen ein entsprechendes Projekt platziert werden - weitere 2,8 Millionen Schilling wird den Weyern gut tun, vielleicht auch dem Arbeitsmarkt. Es könnte eine Chance sein, hier den Rohstoff Holz, der ja bei uns reichlich vorhanden ist, durch Veredelung dieses Produktes auch arbeitsplatzwirksam in unserer Region einzusetzen. Ich könnte mir vorstellen, wenn z.B. Holzverarbeitungsfachleute, welche die berühmte Hallstätter Fachschule besucht haben, Architekten und andere Fachleute bis hin zum Marketingbereich, zusammengespannt werden und auch Geld dafür zur Verfügung steht, dann müsste man möglicherweise nicht „Tirolerhäuser“ aus Finnland oder Schweden beziehen, was zur Zeit der Fall ist. Es ist auch so, dass gewaltige Holzmengen nach Italien gehen, dort zu Möbeln verarbeitet werden, und wieder nach Österreich zurückkommen. Also, es gäbe auch bei uns und in unserer Zeit noch viele Chancen auf dem Gebiet etwas weiter zu bringen. Ich halte es auf jeden Fall für einen guten Ansatz.

Die Frau Kollegin Frech hat an die Oberösterreichische Landesregierung ein Schreiben gerichtet und sich erkundigt, wer denn zuständig sei für die Benennung von Straßen. Ihre Rechtsmeinung war ja, der Gemeinderat müsste das sein. Es gibt einen langen Brief, der auch mir zur Kenntnis gebracht wurde, an die Frau Kollegin Frech. Der Kernsatz ist der, dass hier der Stadtsenat zuständig ist, der ist das beschließende Organ für alle nicht behördlich geregelten Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches, die nicht dem Gemeinderat, dem Bürgermeister oder dem Magistrat zur Regelung vorbehalten sind. Das war damals unsere Rechtsinterpretation. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, zu sagen, das Land hat diese Interpretation bestätigt.

Der Bundeskanzler schreibt mir auf unsere Resolution - Beibehaltung der EU-Richtlinie betreff unserer öffentlichen Verkehrsbetriebe, die nämlich mit dieser Ausnahmeregelung zu belassen, da es sonst negative wirtschaftliche Auswirkungen hat; dass er diese Resolution zur Kenntnis genommen hat; dass der Österreichische Städtetag auch diese Überlegungen teilt und massiv interveniert hat; dass zurzeit kein Entwurf zur Novellierung, seitens der EU vorliegt und dass die Österreichischen Vertreter, sollte dieser Entwurf kommen, im Interesse der Städte und der Verkehrsbetriebe in diesen Städten unsere Position unterstützen werden.

Die Arbeitsmarktlage nun ganz kurz - im August betrug die Arbeitslosenquote 5,6 %, hat sich gegenüber dem Vergleichsmonat des Vorjahres um 0,3 % verringert. Die Arbeitslosen in absoluten Zahlen 2.325, das sind um 87 Personen oder um 3,6 % weniger als im Vorjahr. 464 offene Stellen sind gemeldet, das sind um 85 mehr als gegenüber dem Vorjahr.

Ich bitte sie unter Punkt 4) die Beschlüsse des Stadtsenates, die mit den Sitzungsunterlagen zugegangen sind, zur Kenntnis zu nehmen und gebe den Vorsitz an die Kollegin Mach ab.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich übernehme den Vorsitz und ersuche den Bürgermeister um seine Berichterstattung.

BE: BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates. Wir haben heute einige Anträge, die Ehrungen von Personen betreffen, die hervorragende Leistungen vollbracht haben. Diese sind alle schon einstimmig im Stadtsenat beschlossen worden. Es ergeht daher, im ersten Antrag, der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

1) Präs-414/99

DI. Dr. techn. Kurt Lettner, Verleihung des Ehrenringes der Stadt Steyr.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Büros des Bürgermeisters vom 04. August 1999 wird Herr DI. Dr. techn. Kurt Lettner mit dem Ehrenring der Stadt Steyr gemäß § 5 Abs. 1 Stadtstatut Steyr, LGBl. Nr. 9/1992, ausgezeichnet.

Die Eintragung im Buch der Ehrenringträger der Stadt Steyr hat wie folgt zu lauten:

„Die Verleihung des Ehrenringes der Stadt Steyr erfolgt in Anerkennung und Würdigung seiner hervorragenden Entwicklungsleistungen im Motoren- und Getriebebau bei der Steyr-Daimler-Puch AG“.

Ich bitte um Debatte bzw. Abstimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Frau Kollegin Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste. Selbstverständlich, das möchte ich eingangs vorausschicken, werde ich natürlich meine Zustimmung zu den Tagesordnungspunkten 1) bis 5) geben, das steht überhaupt nicht zur Diskussion. Was aber schon zur Diskussion stehen sollte ist, ich habe mich sehr gefreut, wie ich die Einladung zur Festsitzung bekommen habe, die es anlässlich der Ehrenringverleihungen geben wird. Nur ich denke mir, hier herinnen in diesem Gemeinderat sind von 36 Mandataren nur ganz, ganz wenige, die hauptberufliche Politiker sind. Der Großteil von uns hat nebenbei eine Erwerbstätigkeit und ich glaube schon, dass es möglich sein müsste, im Sinne dessen, dass wirklich alle an dieser Feier und diesem feierlichen Akt teilnehmen können, das zu einem Zeitpunkt zu machen, wo man nicht in der Arbeit ist. 10 Uhr 30 vormittags ist wirklich ein Termin, der für Berufstätige schwer möglich ist. Ich würde wirklich bitten, in Zukunft darauf Rücksicht zu nehmen und ich glaube auch, dass ein Feierakt um 18.00 Uhr oder um 18.30 Uhr durchaus angemessen ist.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wünscht noch jemand das Wort? Ist ein Schlusswort gewünscht? Bitte Herr Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates. Zu dieser Terminfrage kann ich nur eines sagen.

Es dauert in der Regel 2 Monate, bis man überhaupt einen Termin zustandebringt. Immerhin handelt es sich um 5 Persönlichkeiten, die da in Übereinstimmung zu bringen sind, abgesehen davon haben die Ehrungen und ihre Abwicklung auch eine gewisse Tradition. Ich muss ehrlich sagen, wir haben natürlich in unserem Gemeinderat eine Menge Aufgaben zu erfüllen. Viele Termine lassen sich halt nicht am Abend durchführen und das ist jedem Mitglied des Gemeinderates bewusst, oder sollte ihm bewusst sein. Abgesehen davon ist mittlerweile das Salär auch nicht mehr so schlecht. Wer sich entscheidet, Vertreter im Steyrer Gemeinderat zu sein, der wird sich schon bemühen müssen, an den Terminen, die ihn betreffen, oder an den Sitzungen usw. teilzunehmen. Ich weiß das schon, dass es manches Mal nicht so leicht in Übereinstimmung zu bringen ist, das trifft auf alle mehr oder weniger zu und wir können ohnehin nicht auf jeden einzelnen Rücksicht nehmen, das ist nicht möglich. Normal sind die Vorsitzenden diejenigen, die den Termin bestimmen, meistens bemühen sie sich um Abstimmung. Bei Ehrungen wird man das wahrscheinlich mit den zu Ehrenden tun müssen und wer es ernsthaft meint, dass diese Leute geehrt werden, wird sich bemühen auch bei dieser Ehrung dabei zu sein. Ich persönlich lege natürlich schon großen Wert darauf, dass möglichst eine gute Präsenz da ist, weil die Leute es sich wirklich verdient haben, dass sich einmal für außergewöhnliche Leistungen auch der hohe Rat versammelt. Das ist auch, neben dem Ehrenring selber, ein Ausdruck der Würdigung der Leistung dieser Personen, die geehrt werden.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Nun kommen wir zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Wer übt Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der zweite Antrag betrifft hier den Herrn ...

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ferenc Anisits!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ja, ja, ich suche das nur.

Herrn DI. Ferenc Anisits. Es ergeht in diesem Zusammenhang der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

2) Präs-415/99

Dr. Ing. Ferenc Anisits, Verleihung des Ehrenringes der Stadt Steyr.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Büros des Bürgermeisters vom 4. August 1999 wird Herr Dr. Ing. Ferenc Anisits mit dem Ehrenring der Stadt Steyr gemäß § 5 Abs. 1 Stadtstatut Steyr, LGBl.Nr. 9/1992 ausgezeichnet.

Die Eintragung in das Buch für Ehrenringträger der Stadt Steyr hat wie folgt zu lauten:

„Die Verleihung des Ehrenringes der Stadt Steyr erfolgt in Anerkennung und Würdigung seiner hervorragenden Leistungen als Leiter der Dieselmotorenentwicklung im BMW Motorenwerk Steyr“.

Ich bitte auch hier um ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Wenn das nicht der Fall ist, kommen wir zur Abstimmung. Ist jemand gegen den Antrag? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der nächster Antrag betrifft Herrn DI. Dr. techn. Univ.-Prof. Gerfried Zeichen. Er soll ebenfalls mit dem Ehrenring ausgezeichnet werden.

Es ergeht daher der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

3) Präs-416/99

Univ.-Prof. DI. Dr. techn. Gerfried Zeichen; Verleihung des Ehrenringes der Stadt Steyr.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Büros des Bürgermeisters vom 4. August 1999 wird Herr Univ. Prof. DI. Dr. techn. Gerfried Zeichen mit dem Ehrenring der Stadt Steyr gemäß § 5 Abs. 1 Stadtstatut Steyr, LGBl. Nr. 9/1992, ausgezeichnet.

Die Eintragung in das Buch für Ehrenringträger der Stadt Steyr hat wie folgt zu lauten:

„Die Verleihung des Ehrenringes der Stadt Steyr erfolgt in Anerkennung seines persönlichen Einsatzes für die Errichtung von universitären Bildungs- und Forschungseinrichtungen und im Speziellen für seine Verdienste um den Aufbau und die Entwicklung der Produktionsforschungs GmbH (Profactor) in Steyr.“

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Stimmenthaltung?

Einstimmige Annahme.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der nächste Antrag lautet folgendermaßen: Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

4) Präs-96/99

Mag. Wolfgang Bernhauer, Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Büros des Bürgermeisters vom 4. August 1999 wird Herr Mag. Wolfgang Bernhauer gemäß § 5 Abs.1 Stadtstatut Steyr, LGBl. Nr. 9/1992, mit der Ehrenmedaille der Stadt Steyr ausgezeichnet.

Die Eintragung im Buch der Ehrenringträger - *haben wir da nur ein Buch - stimmt das „Ehrenringträger“ - bei Ehrenmedaille - stimmt nicht. Dann bitte ich im Antrag dies entsprechend auszubessern, ich falle da gerade drüber* - Ehrenmedaillenträger der Stadt Steyr hat wie folgt zu lauten:

Die Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr erfolgt in Anerkennung und Würdigung seiner jahrzehntelangen, über die Grenzen der Stadt Steyr anerkannten Tätigkeit auf den Gebieten der Heimatpflege und des Denkmalschutzes“.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Stimmenthaltung?

Einstimmige Annahme.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der nächste Antrag betrifft den Herrn Dkfm. Franz Wildling.

Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

5) Präs-417/99

Dkfm. Franz Wildling; Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Büros des Bürgermeisters vom 4. August 1999 wird Herr Dkfm. Franz Wildling gemäß § 5 Abs. 1 Stadtstatut Steyr, LGBl. Nr. 9/1992, mit der Ehrenmedaille der Stadt Steyr ausgezeichnet.

Die Eintragung im Buch der Ehrenmedaillenträger der Stadt Steyr hat wie folgt zu lauten:

„Die Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr erfolgt in Anerkennung und Würdigung seiner Begründung- und Aufbauleistung des größten Software-Hauses „Systema“ in der Stadt Steyr“.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Wer übt Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren. Der nächste Antrag hat auch schon eine mediale Beachtung gefunden. Es geht um die Begründung einer Städtepartnerschaft mit der Stadt Bethlehem.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Nein. Der Punkt 6).

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Punkt 6)?

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Die Indoor-Go-Kart.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Entschuldigung. War nur falsch gereiht. Ich korrigiere die Reihung. Wenn es auf der Tagesordnung so steht, wird es schon richtig sein, aber in meiner Mappe waren die Anträge falsch gereiht. Ich sehe das da nicht, aber jetzt weiß ich es. Alsdann meine Damen und Herren.

Es ergeht hier der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

6) Ge-437/97

Indoor-Go-Kart BetriebsgesmbH., Gusswerkstrasse 9, 4400 Steyr; Gewerbeförderung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Finanzen vom 28. Juni 1999, wird der Firma Indoor-Go-Kart BetriebsgesmbH., Gusswerkstrasse 9, 4400 Steyr, für die anlässlich der Eröffnung einer Hallen-Go-Kart Bahn samt Gastronomiebereich getätigten Investitionen in der Höhe von ca. S 3.390.000,-- (exkl. MWSt.) ein 3 %-iger Zinsenzuschuss berechnet anhand eines fiktiven Tilgungsplanes (Kapital: S 3.300.000,--; Laufzeit: 10 Jahre; halbjährliche Kapitalraten auf die Dauer von 5 Jahren gewährt. Dies bedeutet eine Gewerbeförderung in der Höhe von ca. S 384.000,-- verteilt auf 5 Jahre.

Zu diesem Zweck werden bei der VSt 5/782000/756000 Mittel in der Höhe von S 97.000,-- für das Rechnungsjahr 1999 freigegeben.

Ich bitte um Debatte und Abstimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Zu Wort gemeldet hat sich Frau Kollegin Frech. Ich erteile es ihr.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste.

Wir haben es hier mit einem Antrag zu tun, der seinen Ausgangspunkt bereits im März 1997 genommen hat. Also, fast 2 ½ Jahre ist es her, dieser Antrag oder dieser Wunsch nach einer Gewerbeförderung fand sich in keinem Finanz- und Rechtsausschuss. Mehr als 2 Jahre gibt es diese Causa. Zugleich möchte ich zitieren aus der Anfragebeantwortung des Herrn Bürgermeisters bezüglich der Häufigkeit der Sitzungen des Finanzrechtes und inzwischen auch Wirtschaftsausschusses, der als Wirtschaftsausschuss allerdings noch nicht getagt hat. Von 11 terminisierten Sitzungen wurden 6 durchgeführt und 5 abgesagt. Ungefähr die Hälfte der Finanz- und Rechtsausschusssitzungen wird abgesagt. Auf meine Frage nach der Begründung dieser Absagen meint der Herr Bürgermeister, die Absagen erfolgten jeweils aufgrund des Nichtvorhandenseins aktueller Tagesordnungspunkte. Soviel dazu. Es geht aber immerhin um S 384.000,--. Es ist auch gewährt auf 5 Jahre, heuer wird auch nur ein Teil davon freigesetzt, aber es ist ein Grundsatzbeschluss über S 384.000,-- und ich denke S 384.000,-- die sollte man sich vielleicht doch einmal genauer anschauen, vor allem, wenn man sonst in Sitzungen durchaus um S 5,-- mehr oder weniger, für die Leute die Essen auf Rädern führen, überlegt. Also, S 384.000,-- die sich in keinem Gremium fanden. Also, was macht man vor einer Gemeinderatssitzung, man schaut sich die Anträge an und wenn einem irgendetwas ein bisschen unklar ist, dann fängt man an ein bisschen nach zu recherchieren. Das hat mich schon stutzig gemacht, wenn sie sich den Amtsbericht anschauen, dann sehen sie Firma Indoor-Go-Kart BetriebsgesmbH, finanziert wurden die Investitionen von S 3.390.000,-- durch ein Investitionsdarlehen in der Höhe von S 500.000,--. Es geht um eine Gewerbeförderung, wir gewähren einen Zinszuschuss von 3 % im Regelfall, also eigentlich von diesen S 500.000,-- weil der Rest, steht da, wird über einen Kontokorrentkredit bzw. aus Eigenmittel finanziert. Und da frage ich mich dann schon, wie viel Eigenmittel waren es? Weil für die Eigenmittel werde ich ihm doch wohl keinen Zinszuschuss geben, oder vielleicht doch? Kann ja sein. Aber ich gehe mal davon aus, dass ich ihm nur den Zinszuschuss für ein Darlehen gebe. Das steht aber nicht da. Das heißt, es war einmal die Frage, wie viel ist es überhaupt an Eigenmittel gewesen. Dann lese

ich, dass durch die Eröffnung der Go-Kart Bahn vier Arbeitsplätze geschaffen worden sind und dass das eigentlich das Hauptargument für die Förderung ist. Dann sehe ich aber in dem Antrag, der dem Akt beiliegt, dass man mit sechs Arbeitsplätzen argumentiert hat, die geschaffen werden. Inzwischen, in zwei Jahren, dürfte es sich auf vier reduziert haben. Doch auch die vier, wusste ich nicht ganz, soll ich die glauben oder nicht. Also habe ich weiter recherchiert. Es sind auch nicht vier, sie können den Amtsbericht korrigieren, es sind drei. Zum heutigen Zeitpunkt sind es drei Personen die angemeldet sind. Na gut, dann schaut man halt ein bisschen weiter und schaut sich den Antrag ein wenig genauer an. Dann sieht man, dass dieser Antrag, der von der Firma im März 1997 gestellt worden ist, übrigens handschriftlich, das ist eigentlich auch etwas, was ich sehr skurril finde, wenn man S 384.000,-- haben will und dann macht man so einen handschriftlichen Antrag, das ist auch ein bisschen eigenartig - aber gut.

Zwischenrufe: Was ist da schlecht daran?

GEMEINDERAT MAG. GERHARD KLAUSBERGER:

Das ist ein Zeitverlust, wenn wir über so etwas sprechen.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Dann lese ich aber, dass hier nicht um eine Gewerbeförderung angesucht wird und auch nicht um einen Zuschuss zum Darlehen, sondern im Detail um die Refundierung der Kanalanschlussgebühr und zwar der Kanalanschlussgebühr in der Höhe von S 383.000,--. So, also S 383.000,-- wollte man von der Stadt als Refundierung für einen Kanalanschluss, für eine Kanalanschlussgebühr haben. Dann schaue ich und sehe, dieser Betrag deckt sich ungefähr mit dem, was man anhand eines fiktiven Tilgungsplanes errechnet hat bezüglich dieses Darlehens, da kommt man genau auf diesen Betrag hin. Also, irgendwie kommt mir diese Sache schon etwas sehr spanisch vor. Ich habe jemanden, dem ich normalerweise für einen Kredit, den er aufgenommen hat, 3 % Zinszuschuss gebe und dann auf einmal sehe ich aber da gibt es Eigenmittel, ich weiß aber nicht wie viel, aus dem Bericht geht es nicht hervor. Dann sehe ich, dass beim Förderungsantrag viele Dinge gefehlt haben. Da hat das Erledigungsschreiben anderer Förderungsstellen gefehlt. Da ist nämlich auch um eine Förderung beim Land angesucht worden, ob die jemals genehmigt worden ist oder nicht, ist aus dem Akt nicht ersichtlich. Es steht auch da, dass der Darlehensvertrag und der Tilgungsplan vorgelegt werden sollen. Steht hier, wird nachgereicht, findet sich aber im Akt bis heute nicht. Der letzte verfügbare Umsatzsteuerbescheid ist nicht beigelegt gewesen, weil natürlich zu Beginn, Oktober 1996, kein Bescheid da war. Inzwischen müsste es einen geben. Er befindet sich nicht im Akt; und so weiter und so fort. Und dann bin ich eigentlich ziemlich stutzig geworden, wie sie auch im Amtsbericht sehen können, dass das Unternehmen Abgabenrückstände aufwies und dass das auch ein Grund war, das man den Antrag ursprünglich zurückgewiesen hat. Das heißt, wir geben hier eine Gewerbeförderung an ein Unternehmen, das die Abgaben nicht zahlt, das sich sogar weigert Gespräche zu führen - geht ebenfalls aus dem Akt hervor. Darf ich ihnen kurz zitieren, da geht es um die Lustbarkeitsabgabe. „Der Betreffende wurde zur Klärung der Besteuerungsmodalitäten betreffend Lustbarkeits- und Landesabgaben einige Male eingeladen. Da jedoch dieser bis Jänner 1997 nicht zu einem Gespräch bereit war - und so weiter und so fort.“ Also, alles in allem denke ich mir, ist das kein Antrag den man einfach so auf eine Tagesordnung setzt, sondern wenn schon, dann ist es einer der im Finanz- und Rechtsausschuss besprochen gehört und ich denke mir, das kann nicht in unserem Sinn sein, dass wir so einfach, mir nichts dir nichts, S 384.000,-- an Gewerbeförderung hergeben, wie gesagt es sind jetzt nur mehr drei Arbeitnehmer, wir wissen auch zum jetzigen Zeitpunkt nicht, wird es das Unternehmen in zwei Jahren noch geben, es gibt keine Klausel bei dieser Förderungsgewährung wo steht, dass die nächsten Raten nur dann ausbezahlt werden, wenn der Betrieb tatsächlich noch besteht und wenn er nicht mit seinen Abgaben im Rückstand ist, weil er war bis Juni 1999 mit seinen

Abgaben im Rückstand. Also, ich finde diese Sache ist meines Erachtens sehr aufklärungsbedürftig und vor allem deshalb, weil sogar von Amtswegen vorgeschlagen worden ist, die letzten zwei Raten nur auszubezahlen wenn der Betrieb tatsächlich noch existiert und keine Abgabenrückstände aufweist.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Also doch! Sie haben gerade gesagt es steht nicht drinnen. Es steht also doch drinnen.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Nein! Es steht nicht drinnen, es ist eine handschriftliche Notiz. Es steht aber nirgendwo in der Förderungsvereinbarung drinnen und wenn sie sich den Amtsbericht anschauen, da steht ganz genau, dass diese S 384.000,--gewährt werden verteilt auf 5 Jahre. Die erste Rate jetzt mit S 97.000,-- und die nächsten in den nächsten Jahren, da steht überhaupt nichts, dass der Betrieb noch bestehen muss, dass er keine Abgabenrückstände hat usw. Also ich würde mir wirklich wünschen, dass man derartige Dinge nicht im Gemeinderat als erstes behandelt, sondern tatsächlich dort wo sie hingehören, nämlich im Finanz- und Rechtsausschuss und vor allem deshalb auch, weil ich mir denke wir sollen ein gleiches Recht für alle unsere Unternehmer haben.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Herr Bürgermeister, nachdem der zuständige Beamte da ist, kann er uns vielleicht Auskunft erteilen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Kann er auch, aber ich kann das auch.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich werde es dir sagen, wenn ich auf beamtete Ressourcen zurückgreifen muss.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wünscht noch jemand das Wort? Jetzt hören wir gleich die Aufklärung. Herr Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren, Frau Kollegin Frech. Sie tun ja wie wenn schon wieder irgendein Skandal aufzudecken wäre.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Das Wort haben sie jetzt verwendet!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ja ist eh klar. Aber die Art wie sie es da bringen, und wie sie sich herstellen und das Thema abhandeln, da wollen sie die Erwartung beim hohen Gemeinderat und den Vertretern der Presse erzeugen, da ist ja schon wieder was fürchterliches passiert. Man muss sagen, dass es eine Betriebsgründung ist, dass es ein Freizeitangebot ist, welches es vorher nicht gegeben hat, es haben sehr viele Leute dieses Angebot, und nicht nur junge - zu meiner Überraschung, frequentiert, es waren auch verhältnismäßig interessante Leute dort, von Serviceclubs usw. und haben irgendwelche Meisterschaften ausgetragen. Es hat mich direkt überrascht, aber es war so. Jedenfalls war es ein Angebot und es war eine Betriebsgründung und es ist nach unseren Richtlinien förderungswürdig gewesen. Bei uns gibt es in der Regel, nicht nur, aber in der Regel Zuschüsse zu Darlehen die aufgenommen werden um Investitionen bei Betriebsgründungen oder Betriebserweiterungen zu tätigen. Nicht alle nehmen solche Darlehen auf, oder zur Gänze auf, und es gibt auch zum Beispiel andere Förderungen, die wir berücksichtigen und diese Beträge dann nicht fördern. Und wenn hier jemand aus Eigenmittel oder über eine interne Finanzierung innerhalb der Familie usw., wie das sehr oft vorkommt Frau Kollegin, diese Finanzierung der Investitionen vornimmt, dann wird eben eine fiktive Rechnung, wie das auch in diesem Amtsbericht genau drinnen steht, vorgenommen. Natürlich haben sie Recht, dass sich dies sehr lange zurückzieht, weil wir natürlich nicht automatisch ohne genaues Hinschauen Förderungen auszahlen. Die Beträge werden errechnet, allerdings ist es so, dass, wenn Abgabenschulden bestehen, wir die Förderungen nicht zur Auszahlung bringen und in diesem Fall waren es etwas höhere Abgabenschulden und wir haben daher den Antrag gar nicht in Behandlung genommen. Das heißt, wenn wir auch diese sechs Sitzungen gemacht hätten, hätte ich dies nicht auf die Tagesordnung gestellt, weil ich ja keinen Beschluss herbeiführe, wenn wir der Meinung sind wir zahlen keine Förderungen aus, weil uns diese Unternehmen noch Abgaben schulden. Wir haben aber alles getan, damit diese Abgaben hereinkommen und diese Abgaben sind beglichen worden. Erst als diese Abgabenschuld beglichen war, haben wir den Akt in Behandlung genommen und daher liegt er jetzt vor. So schauen die Dinge aus, liebe Kollegin Frech; und jetzt möchte ich noch etwas sagen: Uninteressant ist die Gewerbeförderung nicht, auch nicht aus wirtschaftlicher Sicht, es ist nicht nur ein Geschenk, das muss man schon sagen, weil hier in der Zwischenzeit von diesem Unternehmen S 1.400.000,-- an Abgaben an die Stadt entrichtet wurden und dem steht diese Förderung von S 384.000,-- gegenüber. Hätte man also diese Zweifel zum Anlass genommen oder ihre Negativbeurteilung zu diesem Fall oder vielleicht zur Wirtschaftsförderung insgesamt, dann würden wir diese Einnahmen nicht erzielen können und wir rechnen ja damit, dass sich auch diese Einnahmensituation, betreffs dieses Unternehmens, fortsetzt. Aber es war jetzt, um dies auf einen guten volkstümlichen Ausdruck zu reduzieren, schon ein Geschäft. Bis jetzt war es schon ein Geschäft. Also, unter dem Aspekt möchte ich bitten, diese Dinge zu betrachten und da nicht irgendeinen Geruch hineinzubringen, als würden wir als Stadt hier nicht korrekt vorgehen. Ich muss auch sagen, dass viele Unternehmungen gerade im Anlauf Schwierigkeiten haben, auch wirtschaftlich und dass das eigentlich nichts Unanständiges ist. Wenn nämlich jemand riskiert, sich selbständig zu machen, einen Betrieb zu gründen, hohe Ausgaben auf sich nehmen muss, Geschäftserwartungen vielleicht nicht gleich so eintreten, er noch mehr Ausgaben machen muss im Bereich der Werbung und was weiß ich und kurzfristig in Schwierigkeiten gerät, dann ist es unsere Position zu helfen, so gut wir können und in diesem Fall hat es eine Zeit lang auch wirtschaftliche Schwierigkeiten gegeben, da haben wir natürlich nicht gefördert. Aber als die Abgaben bezahlt wurden haben wir

natürlich den Akt in Behandlung genommen. Diesen Anspruch hat nämlich auch jedes Unternehmen, und wir können das nicht auf Zuruf oder nach Sympathie oder ich weiß nicht wie erledigen. Ich würde also hier den hohen Gemeinderat ersuchen, diesem Antrag die Zustimmung zu erteilen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Und jetzt kommen wir zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. 25 (SPÖ, ÖVP, GAL). Wer ist dagegen? Wer übt Stimmenthaltung? 9 (8 FPÖ, 1 LiF). Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen worden.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Im Stadtsenat war das aber einstimmig, wenn ich mich richtig erinnere.

Zwischenrufe: Da waren die Fakten aber auch nicht so bekannt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Die Fakten sind die selben. An den Fakten hat sich nichts geändert. Ihr macht das mehr nach Stimmungslage wie ich sehe, meine Herrschaften. Das kann ich mir nicht erlauben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Jetzt wenden wir uns aber dem erfreulicheren Antrag zu. Städtepartnerschaft mit Bethlehem. Sie wissen alle, wir haben an und für sich viele Angebote, Städtepartnerschaften einzugehen. Zehn im Jahr könnten wir locker machen. Es geht uns fast wie einer schönen Frau die viele Freier hat und gar nicht weiß, wie man in einer höflichen Form nicht alle sozusagen zur Brust nimmt. Aber Bethlehem ist eine Ausnahme und hat sich ergeben aufgrund Christkindl - Erlebniswelt und den Aussagen des Botschafters Palästinas, der hier eine nähere Zusammenarbeit als sinnvoll und zweckmäßig erachtet hat, aufgrund von Kontaktaufnahmen die auch über Steyrer Jungunternehmer, junge Unternehmer muss man sagen, stattgefunden haben, die hier mit Palästina im Geschäft sind. Es sind dies die Herrn Mag. Aichmayr und Obrecht, die sich sehr bemüht haben, hier Stimmung dafür zu machen und auch bei offiziellen Stellen Eingang gefunden haben. Offensichtlich ist ein Land mit der politischen Situation Palästinas daran interessiert, mit Österreich als neutralem Land in Europa eine Städtepartnerschaft der Art einzugehen, wie sie jetzt Bethlehem mit Steyr, als einziger Stadt in Österreich, geschlossen hat und sie freuen sich schon sehr darauf, wie sie uns mitteilten. Wir haben also alles vorbereitet und heute soll der Beschluss gefasst werden. Wir sollen im Oktober mit ganz sympathischen Botschaftern, nämlich den Steyrer „Bruckner Sängerknaben“, die dort in der Geburtskirche ein Konzert geben werden, dorthin fahren und auch eine Unterzeichnung der entsprechenden Partnerschaftsdokumente und Urkunden vornehmen. Wir glauben, dass dies natürlich einen großen ...

Diskussion verschiedener Mandatare

Ordnungsruf

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wir sehen auch, dass ein enormes Medieninteresse dafür da ist, dass es einen großen Werbeeffekt hat. Unser Tourismusdirektor ist sich sicher, dass das für unsere Tourismusbemühungen einen neuerlichen Drive bedeutet. Es ist also in gewisser Weise ein Glücksfall, und ich bitte sie dann dem Antrag, den ich nun vortragen werde, die Zustimmung zu geben.

Es ergeht daher der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

7) Präs-383/99

Steyr - Bethlehem; Abschluss einer Städtepartnerschaft.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Präsidial- u. Rechtsangelegenheiten vom 08. 09. 1999 wird dem Abschluss eines Partnerschaftsvertrages zwischen der Stadt Steyr und der Stadt Bethlehem zur Vertiefung der internationalen Verständigung auf kommunaler Ebene, insbesondere zur Kooperation in Angelegenheiten der Wirtschaft und der Industrie, im Bereich des Bildungswesens und der Kultur, des Sports sowie des Jugend- und Studentenaustausches nach Maßgabe der im zitierten Amtsbericht des Geschäftsbereiches für Präsidial- und Rechtsangelegenheiten näher ausgeführten Darstellungen zugestimmt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht zu diesem Antrag irgendjemand das Wort? Eine Wortmeldung liegt vor. Herr Kollege Apfelthaler bitte.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren im Gemeinderat. Die Möglichkeit, mit Bethlehem hier eine Städtepartnerschaft zu machen, ist ein durchaus positives Unterfangen. Ich denke, die Möglichkeit sollten wir jetzt auf jeden Fall aufgreifen, weil es nicht allzu viel in Europa gibt, die diese Möglichkeit haben, speziell wenn sie sich Christkindlstadt nennen. Ich denke aber auch, dass nicht nur im Vordergrund die wirtschaftlichen Aspekte durch den möglichen Tourismus betrachtet werden sollten, sondern auch durchaus die kulturellen und vor allen Dingen auch die politischen Aspekte, die durch so eine Partnerschaft zustande kommen könnten. Das heißt, rein über das gegenseitige Besuchen hinaus und das Verwenden eines Werbelogos mit der Partnerstadt Bethlehem wäre mir ehrlich gesagt zu wenig. Es kommt auf uns darauf an, denken wir jeder mit seiner ideologischen oder politischen Ausrichtung, dass wir diese Möglichkeit wahrnehmen, um hier auch unter Umständen völkerverbindend zu wirken, damit wir aus der bloßen Partnerschaft, die sich primär wahrscheinlich auf einem wirtschaftlichen und touristischen Interesse begründet, einfach mehr machen. Ich war damals, ich war zu der Zeit gerade im Urlaub, als mich der Herr Bürgermeister angerufen hat und vielleicht erinnert er sich noch, wie er das vorgeschlagen hat, an und für sich sehr überrascht darüber. Ich habe es sehr gut befunden und habe ihm aber auch damals gesagt, dass es durchaus eine Geste seitens der Stadt wäre hier auch in Richtung Benennung einer Straße nach dem letzten jüdischen Mitbewohner zu denken. Er hat damals gesagt, er ist durchaus bereit darüber nachzudenken, es kann aber kein Junktim sein und so war es auch nicht gemeint. Aber ich denke mir, wenn wir das zusätzlich einflechten könnten, wäre das auch mit förderlich und wäre auch auf der anderen Seite eine durchaus kulturelle Komponente in diesem Verfahren.

Danke schön.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wünscht noch jemand das Wort?

Frau Gemeinderätin Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste. Ich glaube nicht, dass es Sinn macht, hier verschiedene Dinge miteinander zu verknüpfen. Ich glaube, wir sollten uns alle sehr freuen, dass es zu dieser Städtepartnerschaft zwischen Bethlehem und Steyr kommen wird. Ich sehe es als einen Beitrag zur Völkerverständigung, ich sehe es als einen sehr großen Beitrag zu Bemühungen im Tourismus, und ich glaube, dass damit auch wirtschaftlich sehr viele Synergieeffekte verbunden sein werden.

Ich glaube, dass beiden Seiten nicht gedient ist, wenn man sie irgendwie zu sehr miteinander verbinden würde. Ich würde mir natürlich jetzt wünschen, dass es wirklich zu einem verstärkten Austausch dieser Beziehungen kommt und dass es nicht nur eben mit diesem einen Akt der Feierlichkeiten in Bethlehem getan sein wird, sondern dass es wirklich einen regen Austausch zwischen diesen beiden Städten geben wird, auch was z.B. Schüler anbelangt. Nun, wie gesagt, sie hören sehr viel Kritik von mir Herr Bürgermeister, aber in diesem Fall hören sie keine einzige.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Halleluja! Halleluja!

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wünscht noch jemand das Wort zu diesem Antrag? Das ist nicht der Fall. Ist ein Schlusswort gewünscht.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren, ich freue mich darüber, dass an sich ja überall eine positive Haltung eingenommen wird, und ich stehe auch dazu, dass man über diese Straßen- oder Platzbenennung durchaus weiterreden soll und kann, wir haben das hier auch immer signalisiert. Es soll nur nicht zu Junktimierungen kommen. Ich meine, da muss man darüber reden können. Die Frau Kollegin Frech hat ja auch mit einer weiteren Partnerschaft noch etwas im Sinn, aber sie hat sich heute sehr zurückgehalten und mich gelobt, was mich sehr freut, weil es so selten vorkommt. Ich glaube, in der Sache Straßenbenennung, das kann man wirklich nicht junktimieren, man kann darüber reden, es soll aber auch nirgendwo der Eindruck entstehen, das muss die Straße oder der Platz sein. Diese Haltung war ja eigentlich dann doch ausschlaggebend, warum wir dieses Problem noch nicht erledigt haben.

Also, ich kann da nur Offenheit signalisieren und bin gerne bereit, und ich gehe einmal davon aus, das werden auch andere Fraktionen sein, darüber weiter zu reden. Heute geht es um den Beschluss Partnerschaft mit Bethlehem und ich pflichte ihnen vollkommen bei, was sie dazu gesagt haben unterstreiche ich ohne Einschränkungen. Ich glaube, dass es auch eine neue interessante Destination für die Steyrer, oder für die Menschen aus unserer Region ist. Wir haben alle hier Beziehungen zu diesem Ort, es hängt mit unserer Kultur und Entwicklung stark zusammen, die Menschen fühlen sich dadurch sehr angesprochen. Es ist interessant, und ich glaube es werden viel mehr Leute aus unserer Region dorthin kommen, als das früher der Fall war. Ich bin fast überzeugt davon. Es wird sich ja auch bei dem Austausch der Gedanken mit den Verantwortlichen in Bethlehem, dem Bürgermeister und den Stadtsenatsmitgliedern zeigen. Minister werden uns die Ehre erweisen und es wird Gelegenheit geben auch andere Punkte des Austausches in verschiedensten Bereichen zu erörtern und diesen Dingen dann näher zu kommen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Nun kommen wir zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Wer übt Stimmenthaltung?

Einstimmige Annahme.

Der nächste Punkt bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der nächste Punkt betrifft einen Dringlichkeitsantrag, der in der vergangenen Sitzung eingebracht wurde und heute auf der Tagesordnung steht. Es ist ein Dringlichkeitsantrag der Freiheitlichen.

Präs-409/99

Dringlichkeitsantrag der Freiheitlichen GR-Fraktion betreffend Umbenennung des Wohnungsausschusses in „Ausschuss“ für Angelegenheiten von Wohnungen und Liegenschaften“.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

DRINGLICHKEITSANTRAG

zur Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr am 08.07.1999.

Gemäß § 7 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Steyr stellen die unterfertigten Gemeinderatsmandatare folgenden Dringlichkeitsantrag:

Der gemeinderätliche Wohnungsausschuss wird um die Agenden der Liegenschaftsverwaltung erweitert. Er wird wie folgt umbenannt:

Ausschuss für Angelegenheiten von Wohnungen und Liegenschaften.

Eingefügt ist dann noch: Und um folgende Kompetenzen erweitert.

Begründung: Die Verwaltung der städtischen Bauten und Anlagen, insbesondere die Pflege und Instandhaltung nimmt immer mehr an Bedeutung zu. Eine intensivere Befassung ist daher dringend notwendig. Der Ankauf und Verkauf von Liegenschaften und Immobilien, wie gerade die Beispiele der letzten Zeit zeigen, verlangen besonders die Vorbereitung in einem hierfür geeigneten Gremium.

Der Antrag wurde von mir vorgebracht. Ich gehe einmal davon aus, dass er auch näher erläutert werden wird.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Zu Wort gemeldet ist Kollege Payrleithner.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Der hier vorliegende Antrag basiert ja auf einem Dringlichkeitsantrag, wie der Herr Bürgermeister bereits erwähnt hat, seitens der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion der letzten, etwas länger dauernden Gemeinderatssitzung vom Juli und auf eigenartige Weise wäre es heute zu diesem Tagesordnungspunkt gar nicht gekommen, weil auf der ursprünglichen Einladung zum heutigen Gemeinderat war nämlich dieser Antrag nicht oben. So ganz habe ich das dann nicht zurückverfolgen können warum. Erst nach Intervention seitens unserer Fraktion wurde dann dieser Antrag auf die Tagesordnung für heute gesetzt. Eigentlich, laut Statut, hätte er automatisch oben sein müssen, wenn die Dringlichkeit abgelehnt wird. Ich glaube, dass das schon noch immer Gültigkeit hat, Herr Bürgermeister. Uns geht es bei diesem Antrag nicht nur darum einen Ausschuss umzubenennen, sondern auch natürlich mit Inhalten und Leben zu erfüllen. Ich glaube, dass gerade in den letzten Jahren die Diskussionen, nicht nur hier im Gemeinderat, sondern auch in den Medien und vor allem in der Steyrer Bevölkerung, über Immobilien, Liegenschaften, Gebäuden, Grundstücke usw., die der Gemeinde gehören, immer mehr zugenommen haben und es hat bisher ja keinen Ausschuss gegeben, der sich dann vom Ausschussstatut her beschäftigen hätte sollen oder beschäftigt hat. Daher glauben wir, dass es dringend notwendig ist, ich darf vielleicht ein paar Beispiele erwähnen, ich glaube es wäre für alle interessant, wie es z.B. am ehemaligen Gelände des Wirtschaftshofes weiter geht, er ist zwar im Amtsblatt ausgeschrieben worden, diese 12.000 oder 13.000 m², dass war es dann auch schon. Es wäre interessant, wie schaut das aus mit dem Schätzgutachten, mit den tatsächlichen Kosten dort unten, wer sind die Bieter, wer interessiert sich dafür, was soll mit dem Grundstück in Zukunft geschehen, oder Dinge die sich beim Schlossparkpavillon zur Genüge abgespielt haben, Taborrestaurant, wie soll es dort weitergehen, und so weiter. Viele Dinge, die von Interesse für die Stadt wären, und daher ist es für uns wichtig, dass man das auch in einem zuständigen Gremium bespricht. Es gibt ja auch ein paar Gemeinderatsfraktionen die nicht im Stadtsenat vertreten sind, die dann überhaupt von diesen Diskussionen ausgeschlossen sind. Daher ist ja auch die Diskussion der Meinungsbildung in einem Ausschuss, der sich ohnedies nicht mehr in dem Ausmaß wie früher, ich bin jetzt schon 8 Jahre im Wohnungsausschuss, mit den ursprünglichen Angelegenheiten des Wohnungsausschusses beschäftigt, weil ja, wie wir alle wissen, die Dinge dort heute etwas anders sind. Erfreulicherweise hat sich ja die Wohnungssituation in den letzten Jahren drastisch geändert. Inzwischen ist die Situation ja so, dass wir fast froh sein müssen unsere Wohnungen vergeben zu können, vor allem im Resthof. Aber auch in anderen Stadtteilen ist die Situation ja so, dass wir über eine große Anzahl freiwerdender, freistehender Wohnungen verfügen, und daher naturgemäß dieses Thema in dem Ausschuss nicht mehr den Raum und die Breite einnimmt, wie noch vor Jahren. Es ist auch keine zusätzliche Aufblähung, wir brauchen keinen neuen Ausschuss, weil diese Dinge sollte man eher etwas skeptischer betrachten, weil ja die Zeit ohnedies für die Gemeinderäte sehr beschränkt ist. Es ist nur eine Umbenennung, es bleibt auch beim selben Referenten, der Herr Vizebürgermeister Tatzreiter ist ja auch zuständig für die Liegenschaften in Steyr, und daher dürfte

eigentlich einer wohlwollenden Behandlung dieses Ansuchens unserer Fraktion nichts im Wege stehen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Die nächste Wortmeldung hat Frau Gemeinderätin Mag. Frech.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, wertige Gäste. Eigentlich sollte es gar nicht notwendig sein, diesen Antrag zu stellen. Ich glaube, es hätte auch bisher eine Selbstverständlichkeit sein müssen, dass es diesen Wohnungs- und Liegenschaftsausschuss gibt. Es ergibt sich ja schon allein, der Kollege Payrleithner hat es schon erwähnt, aus der Kompetenz des zuständigen Stadtrates, der für Wohnungen und Liegenschaften zuständig ist und von daher ist auch die Kompetenz klar gegeben. Hier in diesem Ausschuss könnten diese Dinge stattfinden, die es bisher kaum oder nur am Rande und vor allem mit großen Nachteilen versehen gibt. Es gibt zwar eine Fraktionsvorsitzendenkonferenz, nur diese Fraktionsvorsitzendenkonferenz existiert laut Stadtstatut gar nicht. Das hat folgende Konsequenz, es gibt kein Akteneinsichtsrecht. Das heißt, immer wenn Tagesordnungspunkte auf der Fraktionsvorsitzendenkonferenz sind, wie z. B. Schlossparkpavillon oder Taborturm, so gibt es für die Mandatare kein Akteneinsichtsrecht. Sind diese Tagesordnungspunkte aber in einem Ausschuss, dann besteht ein Akteneinsichtsrecht und erst dann haben die Mandatare wirklich die Möglichkeit sich zu informieren und mit den Dingen zu beschäftigen. Das ist der eine Punkt, warum es nicht ausreicht in der Fraktionsvorsitzendenkonferenz darüber zu reden. Zum anderen ist einfach der Bereich der Liegenschaften die uns beschäftigen immer größer geworden. Ein paar möchte ich noch anführen, das eine ist das ehemalige Hotel Nagl, mit dem Umbau der Bibliothek wird jetzt bereits begonnen, alleine was mit dem ersten Obergeschoss passieren wird, wissen wir noch nicht, es gibt noch keine Ausschreibung, es gibt auch noch kein Schätzgutachten, es gibt auch beim Wirtschaftshof, meines Wissens nach, kein Schätzgutachten, und ich frage mich manchmal schon, wie leichtfertig wir mit Millionenwerten umgehen. Das Hotel Nagl hat im ersten Obergeschoss 780 m², wir wissen aber nicht ist das 10 Millionen, 15 Millionen, oder 20 Millionen wert, wir wissen es einfach nicht. Wir haben kein Schätzgutachten. Ähnliches gilt für den Wirtschaftshof, auch hier fehlt ein Schätzgutachten. Schätzgutachten kosten nicht die Welt und sind etwas was absolut üblich ist, bevor ich in nähere Verhandlungen trete. Und in diese näheren Verhandlungen ist man beim Thema Wirtschaftshof ja schon getreten. Wie gesagt, die Notwendigkeit, denke ich mir, liegt auf der Hand und man müsste gar nicht hergehen und diesen Antrag besonders begründen. Ich hoffe auch, dass es möglich sein müsste, diesem Antrag hier die Zustimmung zu geben, wobei ich zugleich mit meiner Wortmeldung den Antrag auf eine geheime Abstimmung stellen möchte.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ja, da brauchen wir nur abstimmen, wer dem Antrag die Zustimmung erteilt. Das machen wir dann am Schluss. Wir gehen aber zuerst mit den Wortmeldungen weiter. Der nächste Redner ist Kollege Bremm.

Unverständlicher Zwischenruf von GR Mag. Michaela Frech

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Vor der Abstimmung lasse ich abstimmen.

Diskussion verschiedener Mandatare.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Sie stellt den Antrag auf geheime Abstimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ja, aber zuerst muss einmal der Inhalt diskutiert werden.

Diskussion verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Sie hat den Antrag gestellt, und ich nehme es so zur Kenntnis.

Wünscht die SPÖ diesen Antrag sofort?

Unverständliche Zwischenrufe verschiedener Mandatare

Gelächter

STADTRAT GERHARD BREMM:

Ich sehe in Wirklichkeit überhaupt keinen Grund dafür, dass wir zu diesem Antrag hier eine geheime Abstimmung machen und wir werden diesem Geschäftsantrag nicht beitreten.

GEMEINDERAT SIEGFRIED STIEGLITZ:

Demokratieverständnis!

STADTRAT GERHARD BREMM:

Das hat mit Demokratieverständnis nichts zu tun, da geht es um eine Bildung oder Erweiterung eines Ausschusses.

GEMEINDERAT SIEGFRIED STIEGLITZ:

Weil ihr Angst habt!

STADTRAT GERHARD BREMM:

Und wenn wir schon über eine geheime Abstimmung reden, da gibt es viele andere Dinge wo man vielleicht darüber diskutieren könnte. Aber meines Erachtens nach gibt es keine Begründung dafür.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Aus demokratiepolitischen Gründen, ohne jetzt mit meiner Fraktion gesprochen zu haben, ja selbstverständlich, wenn es jemand will, treten wir, nehme ich wohl an, diesem Antrag bei.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

ÖVP?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Demokratiepolitisch, eine gute Sache!

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Keine Wortmeldung? Dann kommen wir zur Abstimmung.

Diskussion verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Dann stimmen wir ab. Wir kommen zur Abstimmung über diesen Antrag. Wer für eine geheime Abstimmung ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. 17 (FPÖ, ÖVP, GAL, LiF). Dagegen 17. Ein Drittel muss dafür sein. Somit ist geheim abzustimmen.

Aber jetzt müsst ihr mir sagen, wann man heute von Demokratieverständnis redet. Wenn ich nichts zu verbergen habe, stimme ich ja öffentlich ab, das ist mehr Demokratie, denn da bekenne ich mich ja dazu.

Diskussion verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Jetzt geht aber die normale Diskussion wieder weiter. Jetzt gehen wir wieder zum Tagesordnungspunkt über.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister, sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates, sehr geehrte Gäste. Ich möchte die Worte meiner Vorredner nicht wiederholen. Auch wir haben uns nach längerer Beratung in dieser Richtung verstanden und wir denken, dass in Ankauf, Verkauf und Verwaltung von Liegenschaften eine sicherlich ganz wichtige Verantwortung des Gemeinderates liegt und dass diese Dinge sehr wohl auch einer Beratung im Ausschuss bedürfen. Ich denke auch, dass die Verbindung Wohnungen, Immobilien, Gebäude, sprich Liegenschaft, manche Probleme, auch bei der Wohnungsvergabe, einfach mitberühren und es gut wäre, wenn sie mithineingenommen werden. Auch aus diesem Grund denken wir diesem Antrag zuzustimmen. Mir, als Vorsitzenden im Kulturausschuss, liegt es natürlich sehr nahe, sehr tief im Herzen, wenn ich an Hotel Nagl und Schlosspavillon denke, sodass ich auch aus diesem Grund meine, dass eine Beratung in einem Ausschuss, auch was Liegenschaft betrifft, eine sehr, sehr wichtige Sache wäre und wir werden diesem Antrag zustimmen. Frau Kollegin Koppensteiner wird dann sehr wohl auch noch andere Beispiele bringen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Frau GR Koppensteiner hat das Wort. Bitte sehr.

GEMEINDERÄTIN MARIA KOPPENSTEINER:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Presse. Allein aus der Sicht der Pflichtschulen, wo wir vier Geschäftsbereiche haben, die zuständig sind, aber keine Ausschüsse, ist mir diese Erweiterung sehr, sehr wichtig. Ein großer Teil der Pflichtschulen fällt in die Liegenschaft.

Unverständliche Zwischenrufe verschiedener Mandatäre

GEMEINDERÄTIN MARIA KOPPENSTEINER:

Ich sage ihnen ein konkretes Beispiel. Es wurden S 800.000,-- in die Dusche der Sporthauptschule Steyr-Tabor investiert. Eine schöne Summe, wir sind zufrieden. Nur, wir stehen knöcheltief im Wasser. Wir können nicht duschen, weil der Abfluss die höchste Stelle im Duschaum ist. Es bringt niemand zusammen, das Wasser bergauf fließen zu lassen.

Unverständliche Zwischenrufe verschiedener Mandatäre

GEMEINDERAT MAG. GERHARD KLAUSBERGER:

Ist da der Wohnungsausschuss zuständig?

GEMEINDERÄTIN MARIA KOPPENSTEINER:

Nein, wir brauchen nicht den Ausschuss um das zu reparieren, aber vielleicht finden wir vorher dann für die jeweils richtigen Dinge die richtigen Zuständigkeiten. Das ist das Problem. Ausschreibungen müssen ja dann über den Ausschuss laufen, und dann werden die Dinge, welche die Liegenschaft betreffen, im Ausschuss besprochen - oder nicht? Selbstverständlich. Und ein Großteil der Pflichtschulen ist bei der Liegenschaft, das ist der größte Prozentsatz. Auch da, glaube ich, ist es wichtig, dass das dort bei den Liegenschaften besprochen wird, es gibt ja keinen Schulausschuss oder sonst etwas. Weil ich glaube sehr wohl, dass die Pflichtschule eine Liegenschaft ist.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Vizebürgermeister Dr. Pfeil. Ich erteile es ihm.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Frau Kollegin ich glaube sie haben ein sehr schlechtes Beispiel gebracht. Das haben wir nicht gemeint, dass wir uns über verstopfte, oder nicht richtig angelegte Abflüsse in Duschen, sei es in welcher Schule auch immer, den Kopf zerbrechen. Das muss von vornherein geklärt sein. Auch würde ich sie bitten, dass sie sich mit der Vergabeordnung, die besteht, und den Ausschreibungen näher befassen, dann würden sie nicht solche falschen Dinge hier behaupten. Mir geht es um eines. Ich möchte schon anhand eines konkreten Beispiels zeigen, wie notwendig ein Wohnungsausschuss ist, der um die Kompetenzen der Liegenschaft erweitert wird. Konkret, jetzt aktuell, Tabor. Das wunderschöne Restaurant Taborturm ist in der letzten Fraktionsobleutekonferenz besprochen worden. Dort wurden Unterlagen ausgeteilt, ich möchte jetzt nicht das Thema im Konkreten behandeln, aber wir wissen alle, es wird dann auch Protokoll geführt, und dann liest man in dem Protokoll, dass ganz was anderes geschrieben steht, als man gemeint oder gesehen hat. Da denke ich schon auch, dass es wichtig wäre, solche Dinge in einem Ausschuss zu behandeln, wo, wie richtigerweise schon gesagt wurde, man sich vorbereiten kann, wo man mit den Unterlagen in die Sitzung gehen kann und wo man auch ein vom Vorsitzenden unterschriebenes Protokoll bekommt. Gerade hier, im Bereich Taborturm, soll es nicht mit einem Fiasko für die Stadt enden, wie es vor zehn Jahren begonnen hat, Jetzt stehen wir wieder vor der Tatsache, dass wir tief in unsere Tasche hineingreifen müssen, damit wir das ausbügeln können, was vor zehn Jahren passiert ist.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr StR Bremm. Ich erteile es ihm.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich würde das noch erweitern was der Herr Vizebürgermeister Pfeil gesagt hat, dass der Vergleich, den die Frau Koppensteiner gebracht hat,

nicht unbedingt treffend ist und eine solche Erweiterung rechtfertigt. Ich würde auch sagen, die Beispiele, die von der Frau Kollegin Frech angeführt wurden, rechtfertigen das auch nicht. Diese Beispiele sind auch nicht unbedingt passend, wenn sie z.B. den Wirtschaftshof ansprechen. Sie wissen, dass gerade der Wirtschaftshof schon seit längerem ein Thema im Stadtentwicklungs- und Planungsausschuss gewesen ist. Dass der Wirtschaftshof im Stadtentwicklungskonzept schon ein Thema war und dass gerade dort, wo keine Fraktion ausgeschlossen ist, dieser Bereich, dieses Areal und dieses Gebäude intensiv diskutiert worden ist. Es ist im Ausschuss auch debattiert worden. Der Taborturm, der auch angesprochen worden ist, wir wissen alle auch welches schwieriges Thema das ist. Es begeistert keinen in diesem Kreise hier herinnen, dass sich diese Entscheidung, die vor ungefähr zehn Jahren getroffen wurde, so entwickelt hat. Aber ich glaube, man müsste auch fairerweise die Zeit 10 Jahre zurückdrehen. Auch dort, wo es auch eine Reihe von berechtigten Begründungen gegeben hat, hat der Gemeinderat entschieden, dass dieses Haus verkauft wurde und niemand hat daran gedacht, dass uns das so schnell einholt und die Gefahr besteht, dass dieses Haus nicht mehr der Öffentlichkeit zugänglich ist. Also, auch diese beiden angesprochenen Themen sind nicht unbedingt ein Grund dafür, dass man diesen Ausschuss um diesen Punkt erweitert. Ich möchte dazu auch noch sagen, alleine aus der Sensibilität dieser ganzen Themen, Verkauf und Ankauf von Grundstücken, Gebäuden, Liegenschaften und Immobilien, kann man das nicht einfach in einem Ausschuss breit diskutieren und behandeln. Und der Herr Kollege Stieglitz ist ja ein Immobilienhändler.

GEMEINDERAT SIEGFRIED STIEGLITZ:

Kann man aber schon!

STADTRAT GERHARD BREMM:

Natürlicherweise kann man alles tun, wir haben hier ja schon die tollsten Erfahrungen mit verschiedenen Dingen erlebt. Wenn man alleine an die Schätzgutachten denkt, die wir machen ließen, die dann in der Öffentlichkeit abgehandelt worden sind, da ist dann logischerweise jeder Verhandlungsspielraum für die Stadt weg. Also, solche Dinge sind einfach sensibel, das muss und kann im Wesentlichen einfach nur vom Bürgermeister aus betrieben werden. Es ist ja nicht so, dass dann der Ankauf und Verkauf alleine vom Bürgermeister durchgezogen wird. Da gibt es schon auch die zuständigen Gremien, wo auch dementsprechend hinterfragt und nachgeschaut werden kann, wie die Angebote waren und was sich so abgespielt hat. Ich glaube, dass diese angeschnittenen Themen um die Erweiterung des Wohnungsausschusses nicht sinnvoll und geeignet sind. Man kann schon sagen, dass wir Gott sei Dank in der Situation sind, dass wir mehr Wohnungen zur Verfügung haben, als momentan Nachfrage da ist. Experten meinen, dass sich das in drei bis vier Jahren sowieso wieder ändern wird, dass die Nachfrage wieder größer sein wird und dann werden wir möglicherweise wieder in der anderen Situation sein, dass sich der Wohnungsausschuss mit der Qualität der Wohnungen beschäftigen muss. Das wäre sicherlich ein interessantes Thema und ein gewisses Betätigungsfeld, das ist überhaupt nicht bestreitbar, aber in diesem Umfang hier, beim Verkauf und Ankauf von Liegenschaften und dergleichen ist es nicht passend, diesen Ausschuss damit zu beschäftigen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Als nächster zu Wort gemeldet ist Kollege Apfelthaler. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates, wertete Gäste. Warum es jetzt zu so lustigen und halblustigen Interpretationsversuchen gekommen ist, liegt wahrscheinlich daran, dass wir uns über die Agenden und Kompetenzen dieses Ausschusses, dieses erweiterten Ausschusses eigentlich noch nicht so richtig im Klaren sind. Wie wir das letzte Mal darüber geredet haben, habe ich schon damals dem Kollegen Payrleithner gesagt, es wäre ganz gut, wenn schon die FPÖ diesen Vorschlag unterbreitet, dann sollte man sich zusammensetzen und überlegen, welche Agenden soll dieser Ausschuss übernehmen. Es genügt ja nicht, dass man nur den Titel dieses Ausschusses erweitert, sondern man sollte einmal sehr intensiv darüber reden, was kann dieser Ausschuss leisten, wie unterstützt, bzw. wie ergeben sich die einzelnen Diskussionen, über was sollte man dort reden, und was ist eigentlich dem Bürgermeister oder sonst irgendeiner Person oder Beamtenschaft vorbehalten. Man sieht ja schon am Antrag, dass dieser wesentliche Teil eigentlich gefehlt hat, er ist handschriftlich noch dazu gekommen „und um folgende Kompetenzen erweitert“. Nur die Kompetenzen selber sind uns dann ein bisschen vorenthalten worden. Es heißt ja nur in der Begründung, Verwaltung der städtischen Bauten etc. Also, wenn man alleine von dem aus geht, war er ein bisschen schlecht vorbereitet. Es wäre vielleicht ganz gut gewesen, wenn wir uns näher über dieses Thema unterhalten hätten. Aber nun gut. Wir diskutieren heute darüber, und ich glaube, das ist ja auch nicht unwesentlich, weil es sich hier durchaus um ein sehr spannendes Thema handeln kann. Für mich ist es insofern spannend, weil gerade die Liegenschaft einen nicht unwesentlichen Teil unseres Budgets in Anspruch nimmt. Was ich weiß, so zwischen 80 und 100 Millionen Schilling. Über dieses Budget gibt es eigentlich, abgesehen von einzelnen Agenden der Ausschüsse die in dieses Budget hineinreichen, kein Gremium, dass darüber beratschlagt, was alles mit diesem Geld passiert, das dort untergebracht ist. Und das, denke ich mir, ist für mich auf jeden Fall ein Grund, dass ich einem Ausschuss zustimme, obwohl ich das Defizit einer genaueren Strukturierung dieses Ausschusses anprangern muss. Der ist leider Gottes von den Liberalen und den Freiheitlichen mit diesem Antrag nicht mitgeliefert worden.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Die Frau Kollegin Frech hat sich zum zweiten Mal gemeldet. Ich erteile ihr das Wort.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, wertete Gäste. Wenn du richtig gelesen hast Kurt, dann hast du gesehen, dass dies ein Dringlichkeitsantrag der Freiheitlichen Fraktion war. Inhaltlich war er völlig fertig gestellt, und ich habe ihn beim letzten Mal, zu Beginn der Sitzung unterstützt, weil ich gesagt habe, ich stehe auch dahinter, dass dieses Thema wichtig ist. Also, insofern war es auch nicht möglich, dort Korrekturen anzubringen. Aber ungeachtet dessen, habe ich schon ein bisschen den Eindruck, dass da ein gewisses Rückzugsverhalten an den Tag gelegt wird. Weil ich kann mich erinnern, dass sehr wohl im Wohnungsausschuss eine ziemliche Einheitlichkeit der einzelnen Fraktionen da war, bzw. hat es sich im Nachhinein herausgestellt, dass das ein Antrag ist, der wirklich von vier Fraktionen im Gemeinderat seine Unterstützung findet. Vielleicht mit der einen oder anderen Kritik, aber wenn ich dich richtig verstanden habe Kurt, dann trittst du diesem Antrag durchaus nahe. Da sollten wir uns schon eine Frage stellen, denke ich mir. Es kommt nicht sehr oft in diesem Gemeinderat vor, dass vier Fraktionen, die wohl einen sehr unterschiedlichen Hintergrund haben, einhellig der Meinung sind, dass es wichtig ist etwas zu tun und in diesem Fall, dass es wichtig ist diesen Ausschuss um die Agenden der Liegenschaft zu erweitern. Ich denke mir schon, da sollte sich die SPÖ Fraktion überlegen, ob da nicht etwas dran ist. Wenn sich das Liberale Forum, die Grünen, die FPÖ und die ÖVP über Parteigrenzen hinweg in diesem Punkt wirklich einig sind, dann gibt es wohl einen Bedarf, dann gibt es den Wunsch nach Information, dann gibt es einen

Wunsch nach Transparenz und dann gibt es auch den Wunsch einfach wirklich sorgsam mit unseren Werten umzugehen. Und ich denke mir, eines ist uns allen klar, die Verhandlungen, die sind dem Herrn Bürgermeister vorbehalten. Es geht ja schon um das Vorfeld, um beim Hotel Nagl zu bleiben. Was machen wir mit dem ersten Stock? Was tun wir damit? Verkaufen wir, oder verkaufen wir nicht? Machen wir ein Kulturhaus daraus, oder nicht? Das sind schon die Vorfeldfragen.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Das ist doch mit allen Fraktionen besprochen worden. Tun sie doch nicht so, als wenn sie das nicht wüssten.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Es wundert mich, dass sie so wütend sind, Herr Kollege Bremm.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Das stimmt nicht!

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Was stimmt nicht?

STADTRAT GERHARD BREMM:

Was sie soeben gesagt haben.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Es stimmt nicht, dass es nicht möglich ist ...

STADTRAT GERHARD BREMM:

Nein!

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Sie wissen noch gar nicht, was ich sagen will, und sagen schon nein, das ist aber schon interessant.

Herr Kollege Bremm, sie haben vielleicht die Möglichkeit, aber wenn einer von uns Fraktionsvorsitzenden sich eine Einsicht in einen Tagesordnungspunkt, der auf der Fraktionsvorsitzendenkonferenz steht, erkämpfen möchte, so haben wir dazu nicht die Möglichkeit, weil es diese Fraktionsvorsitzendenkonferenz laut Statut gar nicht gibt. Und wenn es sie laut Statut nicht gibt, dann kann man auch kein Akteneinsichtsrecht haben. Und das ist ein wesentlicher Punkt.

GEMEINDERAT WALTER OPPL:

Das heißt, es ist ein Entgegenkommen des Herrn Bürgermeisters.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Diese Fraktionsvorsitzendenkonferenzen sind, denke ich mir, ein Gremium. Ich würde es nicht als ein Entgegenkommen des Bürgermeisters sehen, sondern ich würde es als Gremium des Meinungsbildungsprozesses sehen. Aber ich kann nur dann einen Meinungsbildungsprozess betreiben, wenn ich auch wirklich im Vorfeld meine Informationen habe. Und es gibt auch wirklich viele Punkte, die den Rahmen der Fraktionsvorsitzendenkonferenz sprengen. Und ihre etwas wütende Reaktion auf einen sehr sachlichen Antrag zeigt mir auch, dass sie sich in ihrer eigenen Argumentation gefangen haben, Herr Kollege Bremm. Sie haben zwar die Worte nicht ganz offen ausgesprochen, aber sagen sie es doch ganz offen. Die Mitglieder des Wohnungsausschusses haben bei diesen Entscheidungen im Prinzip nicht im Vorfeld informiert zu werden. Das ist Chefsache. Sie haben das eindeutig gesagt, es ist Sache des Bürgermeisters. Und die anderen haben damit nichts zu tun. Ich darf sie erinnern, das oberste Organ ist der Gemeinderat.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Der muss es ja eh beschließen!

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Ja richtig, er darf es beschließen, er darf sich aber nicht im Vorfeld damit auseinandersetzen. Das finde ich, ist für mich der zentrale Punkt. Ich habe kein Problem, wenn alle diese Themen vom Bürgermeister aus verhandelt werden, er die Alleinverantwortung trägt, und dann ist es halt so. Aber das ist nicht mein Demokratieverständnis und tut der Sache nichts Gutes. Weil ich glaube, je vielfältiger die Personen in so einem Gremium sind, umso mehr Ideen und Vorschläge kommen hinein, und davon lebt auch die Demokratie und da gibt es auch mehr an Kompetenz, je mehr Leute involviert sind. Aber dann kann ich nicht hergehen und sagen, der Gemeinderat darf es eh beschließen, in einer Phase wo alles schon gelaufen ist. Und wie oft habe ich das in den letzten zwei Jahren hier herinnen schon erlebt, dass über etwas letztlich abgestimmt worden ist, wo alles gelaufen war.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Eh klar.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Ja, den Segen dürfen wir geben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Genau so ist es.

Gelächter

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Genau so ist es. Und vier Fraktionen in diesem Gemeinderat finden das nicht befriedigend.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ganz einfach. Sie brauchen nur nicht zustimmen.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Herr Bürgermeister, und auch sie liebe Kollegen der SPÖ Fraktion, vielleicht sollten sie sich überlegen, ob nicht doch etwas dahintersteht, wenn wirklich geschlossen von vier Fraktionen der Wunsch nach Mehrbeschäftigung mit dem Thema „Liegenschaften in einem Gremium“ vorhanden ist. Und ich würde sie wirklich bitten über ihren Schatten zu springen, und ich denke mir, da muss man nicht weit hüpfen, und diesem Antrag tatsächlich die Zustimmung geben. Verlieren kann man dabei überhaupt nichts, man kann nur gewinnen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Gewinnen auch nicht, denn da kann man nie etwas verkaufen.

Als nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Gemeinderat Payrleithner, zum zweiten Mal. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Ich muss mich jetzt noch einmal zu Wort melden, weil aus meiner Sicht doch einige Widersprüche, vor allem bei den Wortmeldungen vom Kollegen Bremm, und auch ein bisschen beim Kollegen Apfelthaler, enthalten sind. Es war ja durchaus so, dass bei der letzten Wohnungsausschusssitzung dieses Thema noch einmal zur Sprache kam. Es hat sich auch die Frau Kollegin Frech erkundigt, wie die Meinung des Wohnungsausschusses zu diesem Thema ist, und ich habe eigentlich nicht den Eindruck gehabt, dass man in den

Grundsätzen dagegen ist. Ich nehme an, dass sich der Kollege Tatzreiter heute noch zu dem zu Wort melden wird. Ganz im Gegenteil, es war da nämlich sogar so, dass wir in der Sache sogar über Liegenschaften diskutiert haben, was wir früher nicht gemacht haben. Das war das erste Mal, dass man im Wohnungsausschuss darüber diskutierte. Ich glaube es war das Taborrestaurant und vor allem das Areal des ehemaligen Wirtschaftshofes, weil es ja auch darum geht, vielleicht wären dort Wohnungen recht, weil es ja für die ganze Umgebung, für den Schlüsselhof usw. von eminenter Bedeutung wäre. Und ich glaube, er selbst hat erkannt, dass es wichtig ist, dass man im Wohnungsausschuss, in einem Ausschuss überhaupt, über dieses Thema spricht. Daher verstehe ich heute nicht, warum auf einmal die SPÖ Fraktion hergeht und dem ablehnend gegenübersteht. Ich weiß schon, du wirst dann sagen, man kann eh dort darüber reden. Wichtig ist aber schon, dass es heute beschlossen wird. Weil, dass man dann nur am Kulanzweg und auf Gnaden des Herrn Vizebürgermeisters, darüber reden darf oder nicht, ist uns halt zuwenig. Es muss heute schon in einem Antrag festgelegt werden, dass man auch dort offiziell für diese Dinge zuständig ist. Und die Ausrede, Herr Kollege Bremm, mit der Fraktionsvorsitzendenkonferenz, die habe ich in den Statuten nirgends gefunden. Sie hat ungefähr dieselbe Bedeutung, wie die frühere Magistratsabteilung XIII, Köckingerstammtisch. Obwohl, da sind wichtigere und wahrscheinlich weitläufigere Sachen beschlossen worden, als in dieser Fraktionsvorsitzendenkonferenz, die eine Zeit lang, oder sogar über ein Jahr, gar nicht getagt hat. Also, das ist irgendwie eine Ausrede und ein Alibigremium.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Als nächster zu Wort gemeldet ist unser Herr Bürgermeister. Ich erteile es ihm.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates. Merkwürdige Wendungen entstehen bei Diskussionen in unserem Gemeinderat. Ich meine, normal müsste man da nur mehr geheim abstimmen, wenn hier diese Frage „Wohnungsausschuss zuständig zu machen für Liegenschaftsfragen, -ankäufe, -verkäufe“ usw., strategisch angesetzt ist, und natürlich sehr stark die Finanzen der Stadt betrifft, und das quasi zu einer Gewissensfrage hochstilisiert wird, wie wenn da wer persönliche Befindlichkeitsprobleme hätte, wenn er da aufzeigt. Ich kann dem nicht folgen. Aber ich habe da überhaupt kein Problem dabei, wenn der Wohnungsausschuss mit Leuten besetzt wurde, die auch von der Motivation her wissen was sie zu tun haben und was ihr Aufgabengebiet und ihr Kompetenzbereich ist, wie jedenfalls bei unserer Fraktion. Wir waren ja schon der Meinung, dass dorthin Gemeinderätinnen und Gemeinderäte entsendet werden, die sich besonders für diese Wohnungsfragen interessieren, die viel Kontakte mit Menschen haben, die versuchen nach sozialen Gesichtspunkten und Bedürfnissen Wohnungen zu vergeben. Ich hätte z. B. durchaus verstanden, wenn sich der Wohnungsausschuss vor einigen Jahren, als wir eine eklatante Wohnungsnot hatten, ich habe immer noch im Ohr 3000 Wohnungssuchende, stark gemacht hätte. Aber eigentlich hat sich der Wohnungsausschuss, in seinem ursächlichen Kompetenzbereich, für den Wohnbau nicht weiß Gott wie stark gemacht. Dort hätte eigentlich eine entsprechende Bewegung entstehen müssen. Der Druck hätte eigentlich von dort mehr kommen müssen. Wo, wie, und wann man Wohnungen baut, und wie man sie finanziert. Dort war der Druck eigentlich nicht vorhanden, da war nur Lamento da, dass wir zuwenig Wohnungen haben. Heute entrüstet man sich fast, weil man genug Wohnungen hat. Ich bin sehr froh darüber. Es ist für eine Stadt eine sehr tolle Situation Quartiere zu haben. Wenn man 700 Arbeitsplätze schaffen will, das werden wir wohl anstreben müssen, da sind wir uns wieder einmal einig, da braucht man Quartiere. Außerdem sind noch so viele Leute in Steyr in Substandardwohnungen, die gerne bessere Wohnungen hätten, sie können es sich vielleicht zur Zeit noch nicht leisten, aber wir wünschen es uns ja, dass die es sich auch leisten können. Also, ich würde es für eine ursächliche Kompetenz halten, dass sich der Wohnungsausschuss mit der in letzter Zeit laut gewordenen Frage der Verwahrlosung in manchen Wohnungen beschäftigen soll. Ich habe auch

überhaupt nichts dagegen einzuwenden, wenn dort Anregungen kommen, wann in Wohnbauten Investitionen, Verbesserungen, Sanierungen usw. gemacht werden sollen. Ich hätte auch überhaupt nichts dagegen, und es geschieht ja auch ohnehin laufend, dass ein Gemeinderat sagt, in diesem städtischen Haus sollten Verbesserungen vorgenommen werden, oder da ist ihm etwas aufgefallen, da sind Reparaturen notwendig, oder andere Unzulänglichkeiten festgestellt worden. Dann wird man versuchen das zu reparieren. Aber jetzt auf einmal eine Art Generalkompetenz in den Wohnungsausschuss zu verlegen, wie die Bodenpolitik einer Stadt, die ein strategischer Ansatz sondergleichen ist, wahrscheinlich einer der Wichtigsten, das in einem Wohnungsausschuss betreiben zu wollen, da muss ich ihnen ganz ehrlich sagen, tut es mir Leid. Da kann ich dem nicht folgen. Ich bin auch erstaunt, wie die Fraktionsvorsitzenden reagieren, die immer geladen sind und die ich versuche bestens zu informieren, in Richtung strategischer Vorgangsweisen bei solchen Boden- und Grundgeschäften. Wir haben ja über den Taborturm, der jetzt angeführt worden ist, nicht einmal sondern fünfmal geredet, mit unterschiedlichen Ergebnissen, muss ich leider sagen. Aber ich meine, wie will man bei einem Wohnungsausschuss darüber diskutieren, ob wir als Stadt ein Wirtshaus, ein Restaurant kaufen. Mit was für einen Zugang bitte. Wer geht denn zu einem Mitglied des Wohnungsausschusses und fragt ihn, ob er ein Wirtshaus kaufen will. Also, ich muss ihnen ganz ehrlich sagen, das ist ja so vorbei an den Realitäten wie nur was. Warum redet denn die Frau Mayr nicht mit ihnen über den Taborturm. Der gehört uns ja nicht einmal. Wie will sich denn die Liegenschaft, von innen heraus, in einem Ausschuss mit dieser Materie befassen. An wen, bitte sehr, in vielen Fällen und jedenfalls in den entscheidenden Fällen, in dieser Stadt wird herangetreten, von einem der Geschäfte mit der Stadt machen möchte? Meistens an den Bürgermeister, vielleicht an den Magistratsdirektor, auch an den Finanzverantwortlichen; so läuft das doch. Ich meine, ich könnte auch die Verantwortung nicht übernehmen, wenn ich davon keine Ahnung hätte und nichts wüsste, ich möchte es auch nicht haben. Nicht weil ich eifersüchtig bin, weil zum Schluss bin trotzdem wahrscheinlich ich verantwortlich. Jedenfalls steht es in vielen Fällen in den Statuten so drinnen. Also, man muss sich das wirklich überlegen, ob man das auf diese Art machen kann. Und eine Akteneinsicht in die Geschichte Taborturm können sie wahrscheinlich nicht nehmen, weil es gibt nämlich nicht viele Akten. Außer von damals noch, wie wir ihn verkauft haben, was der Preis war usw. In Wahrheit geht es darum einen Pächter zu haben, der bereit ist, zu Bedingungen welche die Besitzerfamilie eben vorgibt, dieses Geschäft zu übernehmen. Und dann geht ja jeder Fall, jedes Geschäft und alles was geschieht jenseits von S 25.000,-- in den Gemeinderat, in den Stadtsenat. Ich habe ja noch nie irgendein Geschäft gemacht, ohne eben die Gremien damit zu befassen, und ich muss dann wieder dem Statut entsprechend Verträge unterschreiben, aber nach Beschlussfassung im Stadtsenat und Gemeinderat. Also, es soll nicht der Eindruck erweckt werden, das Ganze geht an dem Gemeinderat oder Stadtsenat vorbei. Das ist absolut nicht zutreffend. Und eines steht natürlich auch noch fest. Es kann auch nicht im Zusammenhang mit geheimer Abstimmung von demokratiepolitischen Überlegungen geredet werden. Die Mehrheit entscheidet bitte in der Demokratie, das ist das Grundprinzip. Und was ich immer feststelle ist, dass Minderheiten die Mehrheiten dominieren möchten, mit ihren ach so richtigen Meinungen, und das ist in Wirklichkeit gegen die Demokratie gerichtet. Ich muss nämlich zur Kenntnis nehmen, dass die Mehrheit entscheidet. Und ich habe das auszuführen, was die Mehrheit beschließt, es sei denn, ich sehe einmal bei so einem Beschluss Gefahr in Verzug, dann könnte ich so einen Beschluss nicht ausführen, muss ihn aber behandeln. Schauen sie Frau Koppensteiner, es ist ja wirklich nett, dass sie sich darüber beklagen, dass es keinen Ausschuss für die Schulen gibt. Ihr Vorgänger, der ungefähr in derselben Richtung gesessen ist an diesem Platz, der Golatsch, der hat dreimal den Antrag gestellt, wir sollen doch endlich den Schulausschuss auflösen, er sei ohnehin sinnlos. Irgendwann haben wir das dann gemacht. Und wenn sie dann kommen, dann muss ich sagen ...

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Dann müssen sie aber auch dazusagen warum.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der Kollege Golatsch hat damals auch Recht gehabt. Und jetzt hat die Frau Kollegin Koppensteiner natürlich Recht. Wir haben das gemacht, was sich der Herr Golatsch und die ÖVP damals vorgestellt haben. Vielleicht, weil dort auch wieder irgendetwas nicht so gemacht worden ist, wie er es sich gerne vorgestellt hätte. Es wird schon einen Grund gehabt haben. Er hat gesagt, es ist sinnlos, es interessiert ihn eigentlich nicht, dass da Berichte kommen usw. Natürlich hat man in dem Schulausschuss berichtet was in den Schulen geschieht. Aber bitte dort sind ja auch die Direktoren, die Schulwarte, das Schulamt. Jede Frage die aufgeworfen wurde, ist erörtert worden. Ich muss ehrlich sagen, meine Damen und Herren, weil der Taborturm von allen genannt worden ist, da fällt mir noch ein interessanter Aspekt ein. Es wird heute von der Mehrheit des Gemeinderates als negativ erachtet, ich gehöre auch dazu, dass damals der Taborturm verkauft wurde. Wir müssen uns aber darüber schon im Klaren sein, dass er privatisiert worden ist.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Aber zu schlechten Bedingungen, das wissen wir heute auch.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ja was heißt denn das, schlechte Bedingungen? Wenn es einem nicht mehr gehört, dann hat man den Einfluss nicht mehr, das ist aber doch ganz normal.

Das Eigentum ist der stärkste Wert in unserer Gesellschaft. Leider ist das so, oder Gott sei Dank, jeder sieht das anders. Aber wir haben damals, nicht wir, sondern unsere Amtsvorgänger, denn wir sind alle unschuldig, den Taborturm verkauft. Jetzt tritt eine Entwicklung ein, wo wir ihn lieber wieder hätten. Aber wir sollten das mit so hohen Kosten wieder beschaffen, dass wir uns das nicht zumuten wollen. Also, meine Damen und Herren, der Planungsausschuss ist ein Ausschuss wo über diese Fragen beraten wird, und auch beraten werden muss, wo diese Kompetenzen sind, die sie für den Wohnungsausschuss reklamieren wollen. Ich möchte nur sagen, der Finanzausschuss ist der absolut dazu geeignete Ausschuss, wo es darum geht finanzielle Auswirkungen zu erörtern, und Budgethoheit hat natürlich der Gemeinderat. Viele Vorberatungen haben stattgefunden, werden auch wieder stattfinden. Es sind ja in Wirklichkeit die finanziellen Auswirkungen, die den Ausschlag geben für irgendwelche Entscheidungen. Also, so ist das nicht, und es bleibt ihnen auch leider nicht erspart, da können sie schon über alles Mögliche in jedem Ausschuss beraten, irgendwer muss ja mit den Partnern Verhandlungen führen. Es liest sich lustig in der Zeitung, wenn die Frau Frech in Steyr gerne ein Parkleitsystem möchte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Das war die Frau Pramendorfer.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Entschuldigung, ich komme schon ganz durcheinander.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Sie schauen sich ja eh ähnlich.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Nein, das doch nicht. Aber die Frau Pramendorfer wird dann vom Herrn Dr. Pfeil getröstet - so ist es jedenfalls in der Zeitung gestanden.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Nein, in der Zeitung ist gestanden, dass sie einen Antrag stellt, was aber nicht richtig war. Am nächsten Tag ist in der Zeitung gestanden, dass ein Antrag abgelehnt worden ist.

GEMEINDERÄTIN CLAUDIA PRAMENDORFER:

Nein, das ist nicht drinnen gestanden!

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Verkehrsleitsystem im Wohnungsausschuss?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich will aber eh nicht streiten, oder mich in euren Streit hineinmischen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Nein, das ist ja kein Streit.

Dann hat sie gefragt, was wir über ein Verkehrsleitsystem denken.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Jetzt sind wir aber bei einem ganz anderen Thema.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Nein, ich will ja nur sagen, dass der Herr Kollege Pfeil die Frau Pramendorfer auf 2 Jahre vertröstet hat, weil wir da das Parkhaus haben werden. So habe ich es jedenfalls in der Zeitung gelesen. Ich weiß aber nicht, ob das so gesagt wurde.

Nun, ich wünsche euch noch viel Glück, wenn ihr das im Wohnungsausschuss beraten werdet.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Kollege Hauser. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:

Geschätztes Präsidium, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Also, wenn ich mich zurückerinnere, das ist jetzt knapp 2 Jahre aus, dann hat es Wortmeldungen gegeben, dass der Wohnungsausschuss eigentlich aufgelöst gehört, weil man ihn eh nicht braucht. Denn viel gescheiter wäre es, wenn man der Transparenz wegen ein Punktesystem entwickelt und einfach, aufgrund der Kompetenzen des Punktesystems, keinen Wohnungsausschuss mehr braucht. Das kann dann gleich die GWG machen. Grundsätzlich denke ich mir schon, dass ich mich erinnere, dass sozusagen der Wohnungsausschuss dafür zuständig wäre, dass er sich vor allen Dingen um die sozialen Bedürfnisse der Wohnungswerber kümmert, und auch die Wohnungen dementsprechend vergeben werden. Und jetzt gibt es also diesen Antrag, dass die Liegenschaftsangelegenheiten dazukommen sollen, und da ist der letzte Satz in der Begründung für mich sehr bezeichnend. „Der Ankauf und Verkauf von Liegenschaften und Immobilien, wie gerade die Beispiele der letzten Zeit zeigen, verlangen besonders die Vorbereitung in einem hierfür geeigneten Gremium“. Ja, ich glaube das schon, dass ein Ausschuss gerne Immobilienmakler werden möchte. Das kann ich mir gut vorstellen, dass das die Interessen wären, dass man das gerne tun möchte. Aber es ist halt in einer öffentlichen Kommune nicht so, dass sich irgendwer Kompetenzen nehmen kann. Diese Kompetenzen, die Verhandlungen zu machen und alles vorzubereiten und dann dem Gemeinderat vorzulegen, damit das eben beschlossen wird, liegen eindeutig beim Bürgermeister. Komischerweise genau jene Fraktionen, die hier permanent sehr stark von Privatisierungsgedanken getragen werden und alles Mögliche sozusagen transparent machen wollen, kommen ja auch selbst aus der Privatwirtschaft und wissen ganz genau, dass auch in der Privatwirtschaft der Chef über Ankauf und Verkauf verhandelt und nicht irgendwer. Und darum denke ich mir, dass wir auch da dazu Stellung nehmen sollten, wie es auch in der Privatwirtschaft ist. Und sonst wird ja jemand mit einem Projekt beauftragt. Das könnte natürlich der Bürgermeister auch tun, dass er jemand mit einem Projekt beauftragt. Aber das tut er letztendlich ja, indem er rechtzeitig informiert. Und wie wir gehört haben, haben wir alle miteinander letztendlich eine Verantwortung darin, indem wir einen Beschluss im Gemeinderat fällen. Aber die letzte Verantwortlichkeit, ein Geschäft abzuschließen, liegt letztendlich beim Bürgermeister. Ich denke mir halt, dass für meine Begriffe, in diesem Antrag viel Grund darin liegt, dass man halt vielleicht als erster und schneller irgendwo plaudern kann, was geplant ist oder was passieren soll, und vielleicht sind gerade diese Dinge nicht immer das Beste. Weil ich denke mir, dass hier die eine oder andere Verhandlungssituation wahrscheinlich drastisch verschlechtert wird.

Unverständlicher Zwischenruf von GR Hans Payrleithner

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Die Vorverhandlung muss ja wer führen, und viele Köche verderben den Brei, wie ein altes Sprichwort schon sagt.

Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Dr. Wetzl. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Wertes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Presse und Zuhörer. Zu ihrer Wortmeldung, Herr Bürgermeister, betreffend dem von Frau Michaela Frech gestellten Antrag auf geheime Abstimmung. Ich weiß nicht vor was sie sich eigentlich so fürchten? Dass vielleicht der eine oder andere umfällt wenn geheim abgestimmt wird?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich fürchte mich überhaupt nicht.

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Offensichtlich schon. Fürchten sie vielleicht, dass einer einmal so stimmt, wie er denkt, dass es richtig ist. Könnte aber so sein. Sie können mir nicht erzählen, dass das Demokratie ist, dass jeder dort drinnen so stimmt wie er es für richtig hält. Wir Freiheitlichen demonstrieren das ja immer wieder. Wir stimmen immer wieder unterschiedlich ab.

Gelächter

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Ihr könnt ruhig lachen, das ist aber so. Da war zuletzt das Ärztehaus. Wir stimmen immer unterschiedlich ab. Sie können lachen, aber sie stimmen immer 18:0 ab, dafür oder dagegen. Seid ihr durch die Ideologie alle so gleichgeschaltet, habt ihr alle die gleiche Meinung? Kann wohl nicht sein. Ich nehme mal an, wenn sie die Hand heben, schauen alle her und heben ebenfalls die Hand. Und wenn das einmal geheim erfolgen würde, dann würde es vielleicht anders ausschauen. Betreffend den Antrag „Mietkauf Resthof“, den wir gestellt haben, da waren nämlich einige durchaus dafür. Das hat man ganz deutlich durchgehört und die haben es auch in der Fraktion gesagt. Aber im Gemeinderat haben sie halt anders gestimmt. Nur soviel zu dem Thema. In der Sache selber, Herr Bürgermeister, es will ihnen ja keiner irgendwelche Kompetenzen wegnehmen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Sie können sie ja eh haben.

Gelächter

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Beispiel Schlossparkpavillon, was passiert mit dem. In diesem Ausschuss geht es ja nur um Grundsatzentscheidungen, dass man solche Dinge darin berät und nicht mehr oder weniger. Die Verhandlungsführungen im Einzelnen, selbstverständlich machen sie diese und nicht der Ausschuss. Also, reagieren sie nicht so sensibel, wenn irgendeiner ihnen ein bisschen Macht wegnimmt. Das ist ja nichts Schlechtes. Aber das ist bei den Sozialisten immer so, wenn irgendetwas von der Macht weggenommen wird, dann gibt es gleich Hysterie. Alle Parteien sind dafür, nur ihr seid dagegen. Unverständlich. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich möchte ja nur einen guten Pächter haben. Bringen sie mir einen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Man kann das eigentlich nur umsetzen, wenn man einen Pächter bringt, der das dann nimmt, dann hat man etwas geleistet.

Als nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Kollege Stieglitz. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT SIEGFRIED STIEGLITZ:

Geschätztes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren. Vier Parteien hier, die Grünen, die Schwarzen, die Liberalen, die FPÖ, haben eigentlich den Antrag gestellt, dass es uns ein Anliegen ist, dass dieser Ausschuss mit höheren Kompetenzen ausgestattet wird. Ihre Haltung, Herr Bremm, muss ich sagen, die wundert mich. Sie beharren darauf, das soll Chefsache bleiben, stehen draußen und nehmen sogar das Wort Immobilienhändler in den Mund. Ein Immobilienhändler, der so arbeitet, der arbeitet schlecht. Ein Immobilienhändler der einen so unliquiden Mieter in den Schlossparkpavillon hineintut, der so ein Objekt in dem Zustand hinterlässt, der hat schlechte Arbeit geleistet. Ein Immobilienhändler der ein Objekt um 4,5 Millionen Schilling „verklopft“, und das ist verklopft worden um diesen Preis, siehe Taborrestaurant, wo jetzt ein viel höherer Preis dafür verlangt wird, wo uns das Herz blutet, wo auch ihnen das Herz blutet, der hat ebenfalls schlechte Arbeit geleistet. Aber sie beharren ja darauf, das soll Chefsache bleiben. Und zu ihnen, Herr Bürgermeister, muss ich auch sagen, sie stellen sich da heraus und sind noch stolz auf so eine Arbeit, die sie geleistet haben, dass sie so ein Stadtjuwel um so einen Preis verkauft haben, weit unter dem Wert, das ist noch Chefsache und das ist Privatisierung. Da haben sie wirklich ein Ergebnis geleistet, das nicht in Ordnung ist.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Nach einem Gutachten von einem beeideten Sachverständigen.

GEMEINDERAT SIEGFRIED STIEGLITZ:

Und außerdem muss ich ihnen noch eines sagen, sie brauchen ja gar keine Angst haben, Herr Bürgermeister, sie dürfen ja eh unterschreiben. Der Ausschuss empfiehlt ja nur. Die Unterschrift nimmt ihnen ja niemand weg.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich darf nicht, sondern ich muss unterschreiben. Das bestimmen nicht sie, sondern ich muss unterschreiben.

GEMEINDERAT SIEGFRIED STIEGLITZ:

Richtig. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wenn der Gemeinderat beschließt, dann muss ich unterschreiben, Herr Kollege.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Als nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Vizebürgermeister Tatzreiter. Ich erteile es ihm.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD TATZREITER:

Wertes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Die ganze Diskussion ist eigentlich fast wie ein Theater, wenn ich das so sagen darf. Ich erinnere mich noch an die Zeit, an den Beschluss, wie der Taborturm damals verkauft wurde. Wie alle hier herinnen fast diktiert haben, man muss doch so weit denken, auch zu privatisieren. Da war sogar der Schlossparkpavillon dabei. Wurde auch mitdiskutiert, privatisieren. Und jetzt frage ich nur, haben wir es dem Herrn Mayr nur deswegen verkauft, weil es der Herr Mayr war, oder war er der Bestbieter? Und nachdem ist hier entschieden worden, und der Beschluss war einstimmig. Und ich sage das nur, dass sich da niemand „abputzen“ kann. Und daher kann man nicht so tun, als ob jetzt etwas passiert wäre. Weil jetzt verlangt halt die Familie Mayr 30 Millionen, oder 28 Millionen, oder wie auch immer. Sie verlangen halt jetzt viel mehr, nur sie sitzen darauf. Es war ja anders gedacht, dass die Kinder das übernehmen und das war auch hier herinnen die Diskussion. Die haben eine Familie, da wird der Familienbetrieb weitergeführt und das wird privat weiter existieren, weil die werden schauen, dass das läuft. Jetzt ist es ein bisschen anders. Und jetzt auf einmal wissen wir nicht, wie wir da weitertun. Ich hätte nur gerne gehabt, wenn es jemanden einfallen würde, was es wirklich wert ist, wer es weiterführen wird und wer es vielleicht wieder kauft. Weil wenn es die Gemeinde wieder kaufen muss, dann haben wir damals genau die

falsche Entscheidung getroffen. Nämlich zu privatisieren, das war die falsche Entscheidung. Ich möchte das wirklich deutlich sagen, weil es in der Kompetenz meines Ressorts liegt und ich natürlich damals auch damit zur Diskussion gestanden bin. In der Frage selber, was wir dort haben wollen, waren wir uns alle einig, dieses Lokal muss weiter existieren. Und es kann nur mit jemanden der Erfahrung hat weiter existieren, und nicht mit irgendeinem Pächter. Ich weiß, beim Schlossparkpavillon haben wir einige Male ein Riesenmalheur gehabt. Wir haben es jetzt ausgeschrieben, aber die Anbieter sind sehr rar. Ein Einziger, den ich persönlich gut kenne, ist dabei, der das wahrscheinlich gut führen würde. Er war bei mir und hat vorgeschlagen, nur er hat wirtschaftliche Vorstellungen und ich weiß nicht, ob das tragbar wird. Ich bin mir sicher, dass er es gut führt, überhaupt keine Frage. Aber wenn wir damals dem zugestimmt hätten, hätten wir es auch schon verkauft. Das war nämlich damals auch der Wunsch hier herinnen. Und ich denke noch daran, wie der Herr Holub gesagt hat, endlich wird das einmal wer ordentlich führen. Weil das Taborrestaurant hat in der letzten Zeit etwas an Qualität verloren gehabt. Durch Erkrankungen und andere Dinge mehr, wir wissen es. Der Herr Holub war sich damals sicher, dass das durch die Familie Mayr gut geführt wird, und wir waren uns selber darüber im Klaren, dass das eine „Wirtshausfamilie“ ist, und die das sicher ordentlich führt. Weil in St. Ulrich hat das auch funktioniert. Und jetzt auf einmal sollen wir das wieder zurückkaufen, weil sie niemanden finden. Die Kinder wollen nicht, und sonst beißt auch niemand an. Jetzt können sich alle bitte einmal anmelden. Vielleicht rafft sich jemand auf und sagt „Na gut, ich nehme es halt“. Nur zu welchem Preis. Die haben Vorstellungen, das ist das 8-fache von dem Kaufpreis, den wir damals erhalten haben. Und die Familie Mayr war bei dem Preis der Bestbieter. Das muss man einmal sehen. Und in diesem Zusammenhang war da nichts hintenherum, und hat auch in Wahrheit nichts mit einem Ausschuss zu tun. Und um den Ausschuss für Liegenschaftszuständigkeiten geht es ja jetzt, der in den Wohnungsausschuss mitintegriert werden sollte. Ich frage mich nur, in welchem Zusammenhang wird der Wohnungsausschuss hier Entscheidungen treffen können.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Alle Ausschüsse können nur beraten!

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD TATZREITER:

Richtig, überhaupt keine. Er kann nur beraten. Aber dann geht es wieder nur um Wohnungen. Ich muss aber eines dazu sagen, weil es mich selber interessiert und immer wieder angesprochen und diskutiert wird. Es geht um die, die sich Wohnungen gemietet haben, und die sich jetzt überlegen auf Wohnungsmietkauf einzusteigen. Wir haben es jetzt erlebt, und es war fast so zu erwarten, obwohl in der Steinfeldstraße 6/8 eine große Quantität, auch qualitativ eingetragen als Kaufwerber, angestanden sind. Das heißt, in dem Zusammenhang haben wir dort gleich als erstes Schiffbruch erlitten. Ich weiß, dass es noch ein paar Interessenten in Wohnhäusern gibt. Wir werden sehen, wie sich das entwickeln wird. Ich stelle fest, dass der Preis die entscheidende Frage ist. Und wenn manche glauben, die Mieter, die jetzt schon drinnen sind, werden schon dafür zahlen, denn sie werden ja nicht gerne ausziehen wollen, wenn die Häuser verkauft werden, dann irren sie sich. Die Mieter haben nicht das Geld dazu. Weil davon auszugehen, dass alle so viel Geld haben, dass sie sich alles so leisten können, das stimmt nicht ganz. Wir müssen davon ausgehen, dass die Gemeinnützigkeit dafür Rechnung trägt, den sozialen Wohnbedarf herzustellen. Und da ist die Gemeinde als Eigentümer dafür zuständig. So wie alle anderen Wohnungsgesellschaften, haben wir die Aufgabe zu erfüllen.

GEMEINDERAT SIEGFRIED STIEGLITZ:

Um das geht es jetzt gar nicht!

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD TATZREITER:

Wir können leider über manche Hürden nicht hinweg, weil uns die Förderungen nicht so zufließen, wie wir es uns für die Mieter wünschen würden, und die sich die Mieter vor allem selbst wünschen würden. So sind halt die Mieten auf eine gewisse Größenordnung angesetzt und wir haben bei den letzten Wohnbauten, die wir errichtet haben, durch die bessere Wohnbauförderung, z.B. 75 % Annuitätenzuschüsse, ebenfalls eine Möglichkeit geschaffen, dass die Wohnungen nicht mehr teurer geworden sind, sondern billiger. Das war auch ein Steckenpferd vom Haider, aber nicht von eurem, sondern von unserem, vom Land Oberösterreich. Es war ihm ein grundsätzliches Bedürfnis, die Wohnungen leistbar zu machen, und man kann nicht hergehen und sagen, die Wohnungen müssen ihren Preis haben. Weil mit dem, dass die Wohnungen ihren Preis haben müssen, können es sich die meisten nicht mehr leisten. Ich sehe das ja, wie viele bei uns vorsprechen kommen. Wir haben selber in den eigenen Wohnanlagen, dort wo die Wohnungen dementsprechende Preise haben, schon Probleme. Es kommen immer wieder Wohnungssuchende von vielen Privaten, weil sie es sich nicht mehr leisten können. Sie sagen, sie können dort ausziehen, weil die Vermieter alle Jahre mit der Miete hinauffahren. Das sind die Dinge, die uns ganz besonders bewegen. Daher haben wir große Aufgaben als Wohnungsausschuss, und auch der Wohnungsverbesserung müssen wir Sorge tragen. Natürlich immer nach dem Motto, was möglich ist. Weil das Geld ist halt nicht im Überfluss da, sondern ganz genau begrenzt. In diesem Zusammenhang, in Bezug auf jene Kompetenzen, die in erster Linie der Stadtsenat und in zweiter Linie der Gemeinderat zu erledigen hat, hat der Wohnungsausschuss nicht die Kompetenzen hier einzugreifen. In diesem Zusammenhang würde ich noch einmal ganz gut überlegen, was wir da machen können. Es gibt viele Dinge, die wir im Wohnungsausschuss behandeln können. Das Einzige was uns nicht mehr so strapaziert ist die Wohnungsnot, außer bei den ganz billigen Wohnungen. Sonst haben wir das Problem, Gott sei Dank, gelöst. Und es war auch 1991 für uns auf der Fahne groß geschrieben „Wohnungen für alle“, zumindest soweit, dass die große Wohnungsnot, wie unser Bürgermeister Leithenmayr schon gesagt hat, reduziert wird. Das haben wir gemeinsam, als Stadt Steyr, zusammengebracht, aber auch mit jenen die sich dann noch ganz besonders engagiert haben, zusätzliches zu tun. Da spreche ich von den anderen Wohnungsgesellschaften, die auch den Titel Gemeinnützigkeit darauf haben.

GEMEINDERAT ING. KLAUS HOFLEHNER:

Herr Tatzreiter, von dem reden wir gar nicht.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD TATZREITER:

Ich bin schon der Auffassung, meine Damen und Herren, dass wir uns in diesem Zusammenhang grundsätzlich überlegen sollten, wie wir das angehen. Man kann darüber diskutieren, was könnten wir tun und was werden wir tun, aber es kann nicht so sein, dass wir sagen, heute machen wir einen Grundsatzbeschluss und damit hat es sich. Dann wird das vielleicht im Wohnungsausschuss diskutiert, und vielleicht sogar Vorentscheidungen getroffen. Das kann es aber wirklich nicht sein. Noch dazu wo die Kompetenzen statutengemäß beim Stadtsenat, bzw. im Gemeinderat sind. In diesem Zusammenhang, meine Damen und Herren, möchte ich das schon noch einmal ganz gründlich überlegt haben.

Unverständlicher Zwischenruf von Vizebürgermeister Dr. Leopold Pfeil

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD TATZREITER:

Darf ich noch einen Nachsatz zu Herrn Vizebürgermeister Pfeil sagen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Es ist erstaunlich, sie weigern sich Kompetenzen anzunehmen, die logischerweise dazugehören.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD TATZREITER:

Ich weigere mich nicht.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Herr Doktor, tun sie nicht haarspalten.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD TATZREITER:

Dann lesen sie das Statut, dann werden sie draufkommen, dass ich das nicht einfach an mich ziehen kann. Was mich wirklich stört, Herr Dr. Pfeil, dass sie das nicht selber angesprochen haben, weil sie waren seinerzeit für die Privatisierung.

GEMEINDERAT ING. KLAUS HOFLEHNER:

Aber schlecht ist es gemacht worden.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Um 4,1 Millionen Schilling haben unsere Vorgänger dieses Juwel verkauft. Jetzt wollen sie das 8-fache, haben sie gesagt. Ich weiß nicht was stimmt. Das ist keine Privatisierung, wie man es sich vorstellt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Aber wir hatten ein Schätzgutachten, wo es so eingeschätzt wurde.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das ist es nicht!

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Es liegt ja ein Schätzgutachten vor, und da ist es so eingeschätzt worden.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das wissen wir ja, wie das zustande gekommen ist.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Lassen wir diese Diskussion, sie erschwert nämlich allfällige Rettungsversuche.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Fürweger. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates. Ich sehe das gar nicht so tragisch, wie meine Vorredner. Es geht nur um eine Ergänzung des Ausschusses, um einen Titel. Ich würde sogar sagen, das Wort Liegenschaften könnte man vorher setzen, und dann Wohnungen an zweiter Stelle. Ich bin, und war schon ein paar Mal in der Vergangenheit, der Kollegin Koppensteiner dankbar, weil sie die Problematik der Schulen anspricht und das sind eigentlich ein Großteil der Liegenschaften, welche die Stadt besitzt. Die sind in den 60iger Jahren, nach dem Krieg, gebaut worden und die werden jetzt langsam baufällig. Ich glaube, da muss man sich einfach in einem Gremium darüber unterhalten, was ist dort herzurichten. Vom Dach beginnend, über die Fenster, die Heizungsanlagen, bis zum Mobiliar. Ich erinnere sie nur, Herr StR Bremm, wir haben erst vor einiger Zeit mit einer Bürgermeisterverfügung das Restaurant im Stadtbad herrichten müssen, weil dort das Wasser hereingeronnen ist. Also, hat man doch nicht so genau nachgesehen, und dann hat der Herr Bürgermeister, mit Verfügung, die Dachdecker bestellen müssen. Das müsste eigentlich nicht sein. Ich glaube, man müsste doch so weit sein, dass man im Vorfeld die Sachen lösen kann, und nicht immer im Nachhinein darauf kommen, dass etwas kaputt ist. Ich denke aber nicht nur an die Hauptschule Tabor, wir haben auch andere größere Liegenschaften. Beim Hallenbad, das werden die Älteren von uns wissen, hätte man schon nach 20 Jahren mit einer kleinen Restaurierung beginnen müssen. Dann hat man so lange zugewartet, bis es zu einer Totalrenovierung kommt. Dass das teurer kommt, als ständige Instandhaltung, wissen wir alle. Genau das Gleiche haben wir dann beim Ankauf des Kommunalzentrums, dem ehemaligen Gelände der Steyr-Daimler-Puch, erlebt. Hier ist es um Schätzungen gegangen, da hätten wir uns sehr wohl auch ein bisschen mehr unterhalten können. Wir haben das ja schon einige Male durchdiskutiert. Beim Rathaus, einem riesigen Gebäude, wäre es auch einmal zu überlegen, wie man das in Zukunft, bezüglich Energiekosten, sieht. Die Energiebuchhaltung steht immer wieder zur Diskussion, aber so richtig hört man nicht viel davon. Welche Heizungsanlage haben wir hier im Rathaus? Heizen wir mit Öl, oder mit Gas? Haben wir

gute oder schlechte Fenster? Was kostet uns das beheizen dieses Hauses, das ganze Jahr? Was kostet uns überhaupt die Instandhaltung dieser Gebäude? Da wissen wir überhaupt nicht sehr viel darüber. Beim Hotel Nagl ist es auf jeden Fall schon längst an der Zeit, ich würde sagen, es ist ja schon fast zu spät. Der erste Stock ist in einem Zustand, so kann man ihn sowieso nicht verkaufen. Da macht man dann wieder solche Abstriche, weil der Käufer sagt, was soll ich mit dem noch anfangen, dass man uns nachher wieder vorwirft, wir haben es zu billig verkauft. Also, ich glaube wirklich, dass es notwendig ist, diese Sachen im Vorfeld zu beraten. Herr Bürgermeister, wir sind ihnen die Arbeit überhaupt nicht neidig, wenn sie Verhandlungen führen. Ich beneide sie um diese Verhandlungen überhaupt nicht, aber wir sind kleine Gemeinderäte, und da liegt auch das Wort „Rat“ drinnen. Erlauben sie uns auch, dass wir ihnen ab und zu einen kleinen Rat geben dürfen. Und mehr machen wir hier herinnen eh nicht.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich habe auch überhaupt nichts gegen Beratung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wünscht noch jemand das Wort? Herr Kollege Keiler bitte.

GEMEINDERAT STEPHAN KEILER:

Sehr geehrte Mitglieder des Stadtsenates, sehr geehrte Gemeinderatskollegen, liebe Presse. Ich darf auf die Wortmeldung vom Kollegen Wetzl eingehen. Zuerst aber noch auf die Wortmeldung der Kollegin Frech, wo sie gemeint hat, im Wohnungsausschuss wären sich alle Fraktionen einig gewesen.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Alle 4 Fraktionen waren sich einig.

GEMEINDERAT STEPHAN KEILER:

Es waren sich alle 5 Fraktionen einig, nur jede einzeln, und wir waren uns auch einig. Wir waren uns einig, dass wir dagegen sind, gegen diese Erweiterung der Kompetenzen. Und zum Kollegen Wetzl, was den Mietkauf betrifft. Ich kann mich noch an meine Rede erinnern, über den Mietkauf, aber auf die will ich, aus Rücksicht, nicht noch einmal eingehen. Aber ich kann mich erinnern, wie wir das intern diskutiert haben. Es gibt schon Fragen, bei denen wir uns nicht einig sind, das ist natürlich, und es wäre schlecht, wenn es nicht so wäre. Aber der Mietkauf hat ganz sicher nicht dazu gehört. Es gibt selten solche Entscheidungen, wo wirkliche alle einer Meinung waren, und beim Mietkauf war das so. Kein Einziger hat, glaube ich, nur daran gedacht da mitzustimmen, weil es so widersinnig ist, was dieser Antrag beinhaltet hat. Und der Vizebürgermeister Tatzreiter hat auch gesagt, bei dem einen Versuch, mit dem Mietkauf, der gestartet wurde, ist er, wie zu erwarten war, kläglich gescheitert.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Weil wir es nicht wollten!

GEMEINDERAT STEPHAN KEILER:

Dann gehe ich doch noch einmal auf den Mietkauf ein. Das Gericht ...

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das zeigt ja, wie notwendig so ein Ausschuss ist, wo man alles bespricht.

GEMEINDERAT STEPHAN KEILER:

Das Gericht hat einen Gutachter beauftragt, der den Preis geschätzt hat. Und der war, wie wir wissen, viel zu hoch für die Käufer, und deswegen ist das Projekt gescheitert. Es war, von meiner und von der Seite unserer Fraktion abzusehen, wie es ablaufen wird. Auch wenn wir es in diesem Fall vielleicht gerne anders gesehen hätten, und uns vielleicht vom Gegenteil gerne überzeugen hätten lassen. Ich darf auch auf die geheime Abstimmung eingehen. Wir werden sehen, wie es ausgeht. Ich bin überzeugt, dass es mindestens 17 Neinstimmen geben wird, aber vielleicht bewirkt diese geheime Abstimmung, dass es noch die eine oder andere mehr wird, die dagegen ist. Dann darf ich noch etwas zu deiner Ideologie sagen, die du uns immer vorwirfst. Ich bin froh, dass ich eine habe, denn deine Ideologie, die ich hier bemerke, ist immer nur zu wissen, zu glauben, was wir alle einzeln denken. Das ist deine Ideologie, ansonsten sehe ich nicht viel davon. Ich bin froh, dass ich eine habe. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wünscht noch jemand das Wort?

Das ist nicht der Fall. Ist ein Schlusswort gewünscht? Dann kommen wir zur geheimen Abstimmung. Ich werde aus der kleinsten Fraktion den Herrn Kupfer und die Frau Frech zur Auszählung ersuchen. Der Präsidialdirektor wird jetzt namentlich alle ersuchen, und dann schreiten wir zur geheimen Abstimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ihr zwei müsst aber dann aufpassen. Finanzdirektor, du musst aufpassen, wegen der Zahlen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Gerhard, du musst das umdrehen, weil sonst alle Einblick haben. Dann haben wir wieder Beschwerden, dass Herr Dr. Pfeil allen über die Schulter schaut.

PRÄSIDENTIALDIREKTOR DR. GERHARD ALPHASAMER:

Ich werde das nun inhaltlich zur Kenntnis bringen, damit man nicht wieder lesen muss.

Stimmzettel betreffend den Dringlichkeitsantrag der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion, bezüglich Umbenennung des Wohnungsausschusses in Ausschuss für Angelegenheiten von Wohnungen und Liegenschaften. Der Text lautet: Dem in der Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 23. September 1999, unter Zahl Präs-409/99, eingebrachten Dringlichkeitsantrag der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion, betreffend Umbenennung des Wohnungsausschusses in Ausschuss für Angelegenheiten von Wohnungen und Liegenschaften wird zugestimmt. Ja oder nein ist dann anzukreuzen, entsprechend der persönlichen Meinung des Wahlberechtigten. Anschließend dann die Zettel in das Kuvert und das Kuvert dann in die Urne geben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wir werden jetzt gleich auszählen, dann gebe ich das Ergebnis bekannt, und wenn der Antrag dann erledigt ist, machen wir eine Pause. Wir müssen schon vorher die Zeremonie beenden. Gerhard, stellst du dich bitte dazu, damit das ordnungsgemäß gemacht wird.

Ordnungsruf

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Meine Damen und Herren. Das Ergebnis lautet 18 Stimmen dagegen und 16 Stimmen dafür. Somit ist dieser Antrag abgelehnt.

Unverständlicher Zwischenruf

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Es war der Antrag auf geheime Wahl. Die geheime Wahl ist mit diesen Stimmen erfolgt, und wir nehmen das zur Kenntnis.

Unverständlicher Zwischenruf

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich habe gesagt, damit ist der Antrag abgelehnt. Und nun beantrage ich 20 Minuten Pause. Findet das Zustimmung?

PAUSE VON 16.31 UHR BIS 17.05 UHR

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren, wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf. Am Wort ist der nächste Berichterstatter, Herr Vizebürgermeister Dr. Pfeil.

BE: VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen. Nun zu Punkt 9).

Antrag gemäß § 6 der Geschäftsordnung des Gemeinderates

Regionalverkehrsplan Steyr - Steyr Umland; Einsetzung einer Arbeitsgruppe.

Die Nationalparkregion Ennstal hat 1998/1999 in Zusammenarbeit mit den Gemeinden, den politischen Parteien, regionalen Verkehrsunternehmen, der ÖBB und den Interessenvertretungen (AK, Pendlerinitiative,...) einen Regionalverkehrsplan für die Ennstalregion entwickelt. In Auftrag gegeben und koordiniert wurde das Projekt (ein Pilotprojekt in Oberösterreich) vom Land OÖ/Abt. BauZ-Verkehrskoordinierung.

Ergebnis dieser Planungsgruppe ist ein Maßnahmenkonzept, welches in den kommenden Jahren schrittweise umgesetzt werden soll.

Begründung für den Antrag:

Die Stadt Steyr hat mit der Errichtung der Nahverkehrsdrehscheibe den Grundstein für eine Verbesserung des regionalen Verkehrsangebotes gesetzt. Nicht zuletzt die Einstellung der Spätverbindung der Bahn von Linz nach Steyr zeigt, dass eine regionale Koordinierung notwendig ist.

Der oö. Landtag hat 1996 ein Verkehrskonzept für den Wirtschaftsraum Steyr (BauRS-4000/1162-1996) erlassen. Im Maßnahmenteil wurde unter Punkt 4 festgestellt: „Das Verkehrskonzept soll auf regionaler Ebene mit Unterstützung des Landes weiterverfolgt werden. Schaffung eines Gremiums auf regionaler Ebene, in dem die betroffenen Gebietskörperschaften, Verkehrsunternehmen, Interessenvertretungen und Bürger anstehende Probleme, Unzufriedenheiten und Lösungsansätze zur Sprache bringen können. Dabei ist den Anliegen des öffentlichen Verkehrs und den nichtmotorisierten Verkehrs verstärkte Aufmerksamkeit zu schenken.“

Ziele des Regionalverkehrsplanes:

- ◆ Verbesserung und Abstimmung des Angebotes für die ÖV-Benutzer des Wirtschaftsraumes Steyr
- ◆ Verstärkte Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden im Hinblick auf Angebotserweiterung des öffentlichen Verkehrs
- ◆ Verbesserungen des Zugangebotes von und nach Steyr (Sommerfahrplan 2000)
- ◆ Kooperation regionaler Verkehrsunternehmer (Koordinierung Städtischer Bus - Regionalbusse - ÖBB)

- ◆ Ausdehnung der Verkehrswirksamkeit in das Umland
- ◆ Anruf-Sammel-Taxi - Steyr Umland
- ◆ Attraktivierungsmaßnahmen für den Bahnhof Steyr
- ◆ Verbesserung des Park & Ride Systems - Steyr Stadt
- ◆ Gemeinsame Werbemaßnahmen
- ◆ Einheitliche Kursbücher
- ◆ Verbesserte Kundeninformation
- ◆ Ausdehnung des ÖV-Angebotes auf Einkaufs-, Besuchs- und Besorgungsverkehr (neben Berufspendler und Schüler)
- ◆ schrittweiser, selektiver zweigleisiger Ausbau der Bahnstrecke Steyr - St. Valentin; Koordinierung mit dem Nahverkehrsprogramm für den Großraum Linz
- ◆ etc.

Präs-488/99 Antrag der GAL-Gemeinderatsfraktion betreffend Regionalverkehrsplan Steyr - Steyr Umland; Einsetzung einer Arbeitsgruppe.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Die Stadtgemeinde Steyr entwickelt in Zusammenarbeit mit dem Land OÖ einen „Regionalverkehrsplan Steyr - Umland“. Für dieses Projekt wird eine Arbeitsgruppe eingerichtet. Die Koordinierung der Arbeitsgruppe soll durch das Land OÖ/Abt. Verkehrskoordinierung in Zusammenarbeit mit dem Magistrat der Stadt Steyr / Verkehrsplanung erfolgen. In der Arbeitsgruppe sollten auf jeden Fall vertreten sein: Die Gemeinden (Steyr - Umland), die regionalen Verkehrsunternehmen, die politischen Parteien und Interessensvertretungen (Pendlerinitiative, VCÖ). Die Arbeiten sollten noch im Herbst 1999 beginnen, um bereits erste Ergebnisse in den Fahrplanwechsel der ÖBB (Sommer 2000) einfließen zu lassen.

Wir bitten die Mandatäre um ihre Zustimmung.

Unterzeichnet: GR Andreas Kupfer und GR Kurt Apfelthaler.

Soweit der Originalantrag der beiden grünen Gemeinderäte. Ich sage vorneweg: Willkommen an Bord. Ich hoffe, es ist nicht nur eine wahlkampfaktische Überlegung, das Problem der regionalen Verkehrsentwicklung in einem Antrag, 10 Tage vor einer Nationalratswahl, im Gemeinderat zu bringen. Selbstverständlich sind das wichtige Punkte, wo man sich nicht verschließen wird. Das ist überhaupt keine Frage. Etwas verwundern tut es mich aber doch, dass das jetzt auch hier steht. Ich kann mich noch gut erinnern, es ist noch gar nicht so lange aus, es war vor 2 ½ Jahren, dass die Grünen gegen den selektiven zweigleisigen Ausbau in Steyr gestimmt haben. Aber so ändern sich vielleicht auch die Zeiten. Der Herr Apfelthaler hat zuerst mit einem Vorwurf gemeint, bei einem Antrag sei die Ausformulierung nicht ganz vollständig gewesen. Ich denke, hier, bei ihrem Antrag, trifft es um so mehr zu. Wenn sie in ihrem Antrag schreiben, die Stadtgemeinde entwickelt in Zusammenarbeit mit dem Land..., aber die Koordinierung der Arbeitsgruppe soll durch das Land OÖ stattfinden. Jetzt frage ich mich, wer soll jetzt wen zur 1. Sitzung einladen? Wer? Das Land? Die Stadt? Der Magistratsdirektor, weil hier steht Magistrat der Stadt Steyr? Der Bürgermeister? Der

Verkehrsreferent? Der Landeshauptmann? Der Landesverkehrsreferent? Der Baureferent?

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Es ist nicht so schwierig!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Es ist hier alles offen geblieben, und es wäre schon eine entscheidende Frage, was beschließen wir hier im Gemeinderat? Ich denke, sie werden das dann ja noch aufklären. Beim Organisatorischen ist dieser Antrag, auch von der Zuständigkeit her, sehr bemerkenswert, aber vorher noch eines. Es steht hier der Bürgermeister in dem Stempel, und dann gibt der Bürgermeister eine Verfügung, dass eine Stellungnahme vom TOAR Grassnigg einzuholen wäre. Mir ist es leider nicht gelungen, dieser Stellungnahme habhaft zu werden. Sie ist leider auch nicht im Originalakt. Es wäre interessant, was der dazu sagt. Zum anderen, hier im Antrag war noch der Herr Bürgermeister zuständig.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich habe sie gerade vor der Sitzung bekommen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Wunderbar, gerade bekommen, danke. Soll ich es vorlesen?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ja, bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Regionalverkehrsplan Steyr - Steyr Umland; Einsetzung einer Arbeitsgruppe.

Zum Antrag der GAL-Gemeinderatsfraktion, betreffend einem Regionalverkehrsplan Steyr - Steyr Umland, unter Einsetzung einer Arbeitsgruppe, wird mitgeteilt, dass nach Auffassung der unterfertigten Fachabteilung, mit dem vom OÖ Landtag erfassten Verkehrskonzept für den Wirtschaftsraum Steyr, und dem Verkehrskonzept der Stadt Steyr, ausreichende Zielvorgaben vorhanden sind, und die Ausarbeitung eines zusätzlichen Regionalverkehrsplanes Steyr - Umland nicht erforderlich erscheint. Zur Weiterbearbeitung des Verkehrskonzeptes für den Wirtschaftsraum Steyr, könnte sich die Schaffung eines eigenen Gremiums als durchaus zweckmäßig erweisen. Seitens der Stadt, sollte in diesem Gremium je ein Vertreter der Bezirksverwaltungsbehörde, der Stadtwerke-

Verkehrsbetriebe, der Fachabteilung Tiefbau und der Fachabteilung Planung, vertreten sein. Ob vom Land OÖ, zur Schaffung eines derartigen Gremiums, bereits eine Initiative ergriffen wurde, ist nicht bekannt.

So weit die Stellungnahme vom Herrn Grassnigg. Zur Zuständigkeit, noch eine Anmerkung von meiner Seite. Dieser Antrag zeigt ganz klar, in welchem Umfeld wir uns befinden, was die Zuständigkeiten im Verkehrsbereich betrifft. Was hier im Gemeinderat und auch bei den höheren Beamten immer zu, nicht Unstimmigkeiten, aber zu Unwissenheiten führt. Der eine sagt dies, und der andere sagt das. Der Herr Magistratsdirektor hat diesen Antrag mir zugeordnet. Der Herr Präsidialdirektor hat uns mitgeteilt, sie kennen ja die Stellungnahme von der Präsidialabteilung, vom 26. Februar, für was der Herr Bürgermeister, der Herr Mayrhofer und der Herr Pfeil zuständig ist. Ein Beispiel: Phase vor der konkreten Straßenerrichtung, das heißt, wenn das Übergewicht bei der gesamten planerischen Tätigkeit liegt, ist der Herr Bürgermeister zuständig. Stadtverkehrsplanung ist Teil der Stadtplanung. Aussage, Originalzitat, Dr. Alphasamer. Für das Bauen und Verkehrsplanung.

PRÄSIDIALDIREKTOR DR. GERHARD ALPHASAMER:

Übergeordnete Verkehrsplanung!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das ist dann das Zweite noch dazu. Für das Bauen ist der Herr StR Mayrhofer zuständig und dann, Belegung der fertigen Straßen mit Straßenverkehrsordnungsvorschriften, verkehrsrechtliche Begleitmaßnahmen während den einzelnen Phasen, hier Verkehrsrecht, auch der Herr Dr. Pfeil. Hier gibt es offensichtlich einige Unwissenheiten, auch was die Gemeinderäte betrifft. Wir haben das letztes Jahr im Dezember mit der Kollegin Pramendorfer gehabt, wo sie ihren eigenen Mann angegriffen hat, und mich gemeint hat.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Eheprobleme?

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Der Herr Hauser schreibt auch, ich weise auch mit Nachdruck darauf hin, dass bei allen Maßnahmen, die mit Verkehr zusammenhängen, der Verkehrsreferent unserer Stadt, Vizebürgermeister Dr. Leopold Pfeil zuständig ist. Das haben sie aber das letzte Mal im Verkehrsausschuss abgestritten.

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:

Verkehrsmaßnahmen!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Was ist eine Verkehrsmaßnahme?

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:

Z.B. eine Verordnung ist eine Verkehrsmaßnahme.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Jetzt haben wir einen Antrag, der vom Land, wie der Herr Grassnigg richtig schreibt, von verschiedensten Seiten her, schon häufigst vorberaten worden ist. Es gibt die unterschiedlichsten Konzepte und Informationen über die Wirtschaftsregion Enns - Steyr. Pressekonferenz vom 1. September 1997, LR Hiesl. Bessere Anbindung von Steyr, Zentralraum, Bundesstraße, Verkehrsanbindung von Steyr, aktueller Stand des Projektes B 115, Informationsbroschüre, Variantenuntersuchung Steyr-Westbahn, Verkehrskonzept. Das ist vielleicht das Interessanteste, für den Wirtschaftsraum Steyr. Das heißt, es ist nicht richtig, wenn man jetzt ein neues Verkehrskonzept fordert, sondern die Gesamtkoordinierungsaktivitäten müssen von der Region wahrgenommen werden, um die Region sowohl auf der Schiene, als auch auf der Straße an den OÖ Wirtschaftsraum mit zeitgemäßen Anschlüssen zu versehen. Da bin ich wieder bei ihnen, und da tue ich alles, was hier notwendig und möglich ist. Und ich ersuche auch alle Fraktionen und Gemeinderatsmitglieder den Antrag zu unterstützen, falls er noch etwas abgeändert wird, dann können wir sicherlich da mitstimmen. Ich bedanke mich fürs Erste.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Der Antrag steht zur Debatte. Wer wünscht das Wort? Herr Kupfer bitte sehr.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich freue mich zwar einerseits, dass die Freiheitlichen einen Antrag der Grünen einbringen und der Referent ihn auch vollständig verliest, aber andererseits ärgert es mich ein bisschen, dass man zu Beginn einer Diskussion, einen Antrag der relativ klar formuliert ist, und den es in einer ähnlichen Form auch im Ennstal gibt, so zerredet, wie sie es jetzt gemacht haben. Ich möchte aber, bevor ich auf ihre Vorwürfe eingehe, doch zuerst einiges über das Ziel unseres Antrages sagen. Nämlich, dass wir ein Verkehrskonzept in Steyr haben, das 1994 im Gemeinderat beschlossen worden ist, und die verkehrspolitischen Ziele sehr klar dargelegt hat, nämlich den öffentlichen Verkehr zu stärken. Es ist einiges passiert, es ist die Nahverkehrsdrehscheibe errichtet worden. Die Buslinien sind seit 2 Monaten in Betrieb, es wird nachgebessert. Wie wir alle wissen, gibt es sogenannte Geburtswehen, speziell jetzt zu Schulbeginn, aber die Hardware steht und ich denke, an der Software muss gebastelt werden. Wie der Kollege Pfeil gesagt hat, gibt es mehrere Studien. Es gibt die Studie des Landes von 1996, es gibt eine, vom Landesrat Haider in Auftrag gegebene, ganz aktuelle Erhebung über den Bahnhof Steyr und die Akzeptanz, Pendlerbewegungen etc., es gibt eine Systemstudie, wo auch dieser selektive zweigleisige

Ausbau nach Steyr enthalten ist, und wie gesagt, auch das Verkehrskonzept der Stadt Steyr. In all diesen Konzepten steht drinnen, auch in immer wieder verschlüsselter Form, dass eine Koordinierung notwendig ist. Dieses Manko, auf das wir mit diesem Antrag hinweisen, gibt es. Und es steht in jedem Konzept, dass Lösungsvorschläge und Ideen vorhanden sind, nur es mangelt eben an der Koordinierung. Das ist der wichtigste Punkt für mich. Wir wollen hier kein neues Verkehrskonzept entwickeln. Konzepte und Ideen gibt es genug. Es geht für uns nur darum, dass die Ideen, die es gibt, gebündelt werden, und dass ein Netzwerk geknüpft wird. Das kann nur so gehen, dass nicht die Stadt alleine da mitarbeitet, sondern alle, die mit öffentlichen Verkehr zu tun haben. Nämlich die Gebietskörperschaften, die einzelnen Verkehrsunternehmen etc., wie es in dem Antrag formuliert ist, ich glaube ich brauche das nicht wiederholen, jeder hat den Antrag gelesen bzw. ist er auch verlesen worden. Die Ziele sind relativ klar, und das hat auch die Studie im Ennstal ergeben. Diese Studie, an der ich auch mitgearbeitet habe, wurde im Juni 1998 vorgestellt, und viele dieser Maßnahmen, die in diesem Konzept enthalten sind, sind bereits in den Sommerfahrplan der ÖBB eingearbeitet. Also, ich glaube, dass das gar nicht so kompliziert ist.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich habe es am Tisch gehabt.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Es geht darum, dass die Stadt mit der Bitte und dem Wunsch an das Land herantritt, gemeinsam diese Maßnahmen, die das Land auch plant und im großen Interesse von LR Haider sind, durchzusetzen, weil umsonst hätte er dieses Projekt nicht gestartet, und umsonst steht es auch nicht in allen Konzepten drinnen. Darum finde ich auch überhaupt nichts Verwerfliches oder Schwieriges dran, dass die Stadt an das Land herantritt und versucht eine Arbeitsgruppe zu installieren, die diese Aufgaben koordiniert, genauso wie es im Ennstal gemacht worden ist. Dafür bitten wir um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Als nächste zu Wort gemeldet ist Frau Kollegin Mag. Frech. Ich erteile es ihr.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste. Es ist völlig klar, dass ich diesem Antrag meine Zustimmung geben werde. In den OÖN vom 3. August war auch zu lesen, dass so ein Nahverkehrskonzept zu errichten auch eine Forderung vom Liberalen Forum ist, und selbstverständlich habe ich meine Meinung seit dem 3. August nicht geändert. Ich halte es für absolut notwendig, hier verstärkt Maßnahmen zu setzen. Wenn sie sich noch daran erinnern können, es hat ja von mir schon öfters Initiativen in diese Richtung gegeben, z.B. diese Resolution im Jänner 1998, wo es unter anderem um den selektiven zweigleisigen Ausbau gegangen ist, wo jetzt der LR Haider anlässlich der Eröffnung der Busdrehscheibe auch öffentlich zugesagt hat, dass jetzt endlich dieser selektive zweigleisige Ausbau kommen wird. Der ist ja auch hier im Antrag enthalten und scheint jetzt auch wirklich auf dem Wege der Umsetzung zu sein, was mich sehr freut. Was erwähnt wird, ist auch diese Streichung der Spätverbindung, wo ich hoffe, dass es wirklich korrigiert wird, wobei ich

noch einmal in Erinnerung rufen möchte, warum dieser Zug eingestellt worden ist. Er ist, laut Aussage des LR Haider, deshalb eingestellt worden, weil man geglaubt hat, dass es eine Verbindung wäre, die um 3.00 Uhr morgens stattfindet. Um 23.00 Uhr hätte man sie nicht gestrichen. Das lässt mich hoffen, dass es, wie der Landesrat auch in Aussicht gestellt hat, wirklich zu einer Ersatzlösung kommen wird, dass es zumindest eine Busverbindung von St. Valentin nach Steyr geben wird, und zuerst eben mit dem Zug von Linz nach St. Valentin. Die Punkte sind selbstverständlich alle zu unterstützen. Ich denke, es ist vor allem sehr wichtig, in diese Arbeitsgruppe jene einzubinden, welche die Nutzer des öffentlichen Verkehrs und auch die Experten in diesem Sinn sind. Deshalb finde ich das sehr gut, hier auch Pendlerinitiativen, oder den VCÖ, einzubinden und nicht nur die Politiker und Fachexperten. Was mir etwas Leid tut ist, wenn ich mir hinten die Ziele so anschau, wie weit wir, zum jetzigen Zeitpunkt, von diesen Zielen eigentlich entfernt sind. Vor allem möchte ich den Punkt auf den Bereich Anruf-Sammel-Taxi leiten. Wenn ich mein Protokoll von der Gemeinderatssitzung vom 17. September 1998 hernehme, da gab es einen gültigen Gemeinderatsbeschluss. Und zwar, dass sich der Gemeinderat der Stadt Steyr zu einem schrittweisen, flächendeckenden Ausbau des Anruf-Sammel-Taxi-Systems in Steyr, innerhalb der nächsten 5 Jahre, entschließt. Da wurde auch beschlossen, das ist ein gültiger Gemeinderatsbeschluss vom September 1998, dass ein Gesamtkonzept bis spätestens Februar 1999 erstellt wird. Das Gesamtkonzept liegt noch immer nicht vor, und wir haben heute September 1999. Ich denke mir, hier wäre es endlich an der Zeit, das einzufordern, denn das ist ein gültiger Gemeinderatsbeschluss, der von ihnen die Mehrheit gefunden hat. Ich frage mich, wo bleibt dieses Gesamtkonzept? Vor allem möchte ich daran erinnern, dass es damals, in der Diskussion im Gemeinderat, der Wunsch war, dieses Gesamtkonzept bis Dezember zu haben, weil von September bis Dezember wäre es eigentlich möglich, haben wir uns gedacht. Das war damals ein gemeinsamer Antrag von LIF und F. Nur, es war selbst bis Februar nicht möglich. Es war auch bis September nicht möglich, wir warten immer noch. Wenn ich mir dann aber anschau, wenn sie die Zeitung verfolgt haben, dass Linz jetzt inzwischen sogar Anruf-Sammel-Taxi bis Lichtenberg und Gramastetten macht, und wir es innerhalb von Steyr nicht schaffen, eines auf die Beine zu bringen, geschweige denn in den Umlandgemeinden, dann denke ich mir, hier ist Handlungsbedarf. Andere Städte und Gemeinden zeigen vor, wie es geht. Was ich mir natürlich auch wünschen würde, sind Attraktivierungsmaßnahmen für den Bahnhof Steyr. Das ist etwas, wo uns leider die ÖBB, im Gegensatz zu anderen Bahnhöfen, nicht unbedingt in die Prioritätenreihung hineingenommen hat, wobei bei unserem, denke ich mir, es insofern schade ist, weil man die neue Drehscheibe, und trotzdem einen alten Bahnhof hat. Wo ich dem Kollegen Kupfer nicht ganz zustimmen kann, das ist, dass eine Verbesserung des regionalen Verkehrsangebotes durch die Nahverkehrs Drehscheibe erreicht worden ist. Weil ich denke mir, du hast glücklicherweise das Wort „Zentral“ nicht hineingeschrieben, weil es kann wohl nicht eine zentrale Umstiegsstelle sein, wenn ich zu ebener Erde die Städtischen Busse, und im 1. Stock die Regionalbusse habe. Das ist keine zentrale Umstiegsstelle. Aber jetzt geht es darum, denke ich mir, das zu verbessern, was vorhanden ist. Was mir wesentlich erscheint, dass alle Gemeinderäte in diesem Gemeinderat und alle Fraktionen sich wirklich verstärkt um den öffentlichen Verkehr in Steyr, und im Anschluss an die Umlandgemeinden, engagieren. Gerade in diesem Konzept, die Umlandgemeinden Garsten - Steyr. Wenn ich mir vorstelle, dass wir bis heute keinen Busverkehr nach Garsten und St. Ulrich haben, außer Schulbusse, dann denke ich mir, da müsste sich auch etwas ändern. Jetzt bitte ich wirklich noch um Aufklärung, warum dieser gültige Gemeinderatsbeschluss nicht erfüllt worden ist. Ein Gesamtkonzept für das Anruf-Sammel-Taxi hätte bis Februar vorliegen müssen. Ich möchte wissen, warum es das immer noch nicht gibt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es weitere Wortmeldungen? Kollege Hauser, bitte sehr.

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, geschätztes Präsidium, werte Gäste. Erstens stehe ich einmal dem Antrag der Grünen sehr positiv gegenüber und ich denke mir, dass vor allen Dingen das, was der Herr Kollege Kupfer gesagt hat, dass es zum Großteil um Koordination geht und dass da nicht einmal viel Geldmittel in die Hand zu nehmen sind, sondern, dass es vor allen Dingen um die eine oder andere Angleichung, um das eine oder andere Projekt geht, um es sozusagen nur zeitlich richtig einzusetzen, für mich schon ein sehr gutes Ziel ist. Hier sollte man einmal schauen, dies voranzutreiben und vor allen Dingen, schauen wo es sonst noch Dinge gibt, wo man ansetzen muss. Wenn die Dinge nach den ersten Arbeitsgruppenbesprechungen dann einmal am Tisch liegen, denke ich mir, dann wird man auch sehen können, wo es kräftigere Maßnahmen gibt und wo man dann ernsthafter diskutieren muss, was zu verändern ist.

Jetzt möchte ich gerne noch zur Frau Kollegin Frech etwas sagen. Ich habe das in „Unserer Welle“ gehört, dass sie zum Anruf-Sammel-Taxi etwas gesagt haben und ich habe das auch in den OÖN gelesen, dass sie sich echauffieren, dass dieses Konzept angeblich nicht vorhanden sei, und das verwundert mich schon etwas. Da weise ich darauf hin, dass dieses Konzept der Stadtwerke seit April 1999 vorliegt und die Stadtwerke darum gebeten haben, dass das in den Fraktionen diskutiert wird, und irgendwann entschieden wird, welche Diskussionsvarianten wir jetzt fortführen sollten, und wie es weitergeht. Die Leute, die im Kommunalausschuss sitzen, müssen das wissen.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Ich habe es nicht bekommen!

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:

Dann waren sie beim Kommunalausschuss nicht anwesend, oder sonst irgendwas. Das weiß ich nicht.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Ich habe vor 2 Wochen mit dem Herrn Anibas gesprochen und er hat gesagt, es gibt keines!

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:

Also, seien sie mir nicht böse. Da steht oben, Stadtwerke Steyr, der Kollege Kupfer kann das bestätigen. Das sind Dinge die vorhanden sind, welche die Stadtwerke ausgearbeitet haben. Ich sage ihnen nur, dass unter anderem alleine in diesem Papier 7 Liniendiskussionsvarianten drinnen sind, mit denen wir uns beschäftigen sollten. Daher finde ich es relativ vermessen, wenn man die ganze Zeit sagt, es ist das nicht da. Bloß weil man irgendwann im Herbst darauf kommt, dass man von April bis jetzt selber nicht initiativ geworden ist.

Ich sage das jetzt einmal so, weil so stellt es sich für mich dar. Da muss ich ihnen ganz offen und ehrlich sagen, das Konzept haben sie genauso, wie die anderen auch. Ich kann es ihnen ja nicht beweisen, ich kann ja nur sagen, ich war bei dieser Kommunalausschusssitzung anwesend, wo ich es gekriegt habe, wo ich es gesehen habe und wo es in Farbfolien vorgezeigt worden ist. Vielleicht hat der Herr Anibas gesagt, dass es kein anderes Konzept gibt, das könnte ich mir schon vorstellen.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Nein!

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:

Dass es keines gibt, das stimmt sicher nicht. Wenn sie die Kommunalausschussprotokolle lesen, werden sie es sehen. Wie wir im Februar die Sitzung gehabt haben, haben sie ausdrücklich gesagt, sie haben nur dieses Teilstreckenkonzept. Also, genau das, was wir gehabt haben, wo der Herr Bürgermeister damals auch sehr dafür eingetreten ist, dass sozusagen diese Teilvarianten nicht stattfinden sollen, sondern ein Gesamtkonzept erstellt werden soll. Das genau haben sie wieder, mehr oder weniger, beredet. Dann haben wir gesagt, wir brauchen ein ganzes, und das ist bis April fertiggestellt worden. Der Herr Stadtrat Bremm weiß das auch, denn der sitzt auch im Kommunalausschuss.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Warum passiert dann nichts?

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:

Jetzt können sie nicht immer auf die anderen zeigen. Sie haben die selben Berechtigungen einzufordern, dass es im Kommunalausschuss diskutiert und weiterbearbeitet wird. Zeigen sie nicht nur immer auf die anderen und sagen, wann tut ihr endlich etwas, und stehen hinten und kritisieren. So kann ich mir das auch nicht vorstellen. Daher denke ich mir, dieses Konzept ist vorhanden und es ist einfach unrichtig, was sie gesagt haben. Ich denke mir letztendlich, dass wir alle gemeinsam daran arbeiten sollten, dass wir das auch zu einem Abschluss bringen, weil es ein notwendiges und richtiges Thema ist. Da gebe ich ihnen völlig Recht, da stimme ich ihnen auch zu. Da waren sie ja auch nicht ganz alleine, die gefordert haben, dass das kommen soll. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es eine weitere Wortmeldung? Nein, das ist nicht der Fall. Darf ich noch kurz berichten, dass ich mit dem zuständigen Vertreter der ÖBB vereinbart habe, dass das Erneuerungs- und Bahnhofsausbaukonzept gegenwärtig erarbeitet wird, und bei uns, in einem Gremium das wir uns wünschen können, von der Bahn vorgestellt wird. Sie sind dabei, diese Konzeption fertig zu stellen und es ist vielleicht heuer noch möglich, diese Präsentation vorzunehmen, weil ich auch sehr daran interessiert bin, dass uns einmal bekannt gemacht wird, welche Umbaumaßnahmen die Bahn dort wirklich plant. Ich erinnere mich noch mit Vergnügen, wie alle in den Zeitungen das Büffet und die Gastronomie dort gerettet haben. Lauter Retter hat es gegeben. Die Bahn selber hat nie die Absicht gehabt, das Lokal zuzusperren. Wir kriegen das also, aber wir werden damit rechnen müssen, dass die Realisierung erst in frühestens 2 Jahren vorgenommen werden kann. Aus finanziellen Gründen, weil

wir nicht in der ersten Phase dabei sind. Weil andere Bahnhöfe haben auch geschrieen und wir haben jetzt verhältnismäßig große Investitionssummen, auch bei der Bahn, für die Bahnhofsüberbauung, gebraucht. So ist die Situation. Zutreffend ist natürlich eines, dass wir jetzt nicht ganz genau wissen, wie wir das weiterbetreiben, da wird es noch gewisser Beratungen bedürfen, in welcher organisatorischen Form wir diesen Arbeitskreis tatsächlich zum Leben erwecken. Aber im Prinzip, steht der Antrag, dass er gebildet werden soll, zur Abstimmung. Ich würde auch anregen, die Meinung der Vertreter der Fachabteilung und der Bezirksverwaltungsbehörde mit einzubinden. Ich hätte auch noch gerne, dass es sich in diese Richtung entwickeln soll. Der Antrag steht zur Abstimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich verzichte auf das Schlusswort!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Also, kommen wir zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen. Danke sehr. Ist jemand dagegen? Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltung wird nicht geübt. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Den Grünen sei gratuliert.

Nächster Berichterstatter ist Herr Vizebürgermeister Tatzreiter.

BE:VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD TATZREITER:

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates, liebe Kolleginnen und Kollegen. In meinem Antrag geht es um den Abschluss eines Mietvertrages, wie alle 2 Jahre wiederholend, über die Überlassung des Kommunalen Zentrums, für die Abhaltung der Messetage in Steyr. Diese finden ja, wie gesagt, alle 2 Jahre statt und zwar im Kommunalzentrum in der Ennser Straße 10. Der Termin ist ja festgelegt, mit 14. - 17. 10. und wie im Amtsbericht dargestellt, auch die Größenordnung der Mietpauschale, das heißt die Zins- und Pauschalgrößenordnung von S 600.000,--, deswegen auch im Gemeinderat. Es sind auch die weiteren Abgaben, wie Umsatzsteuer usw. enthalten. Ich bitte dem, wie im Amtsbericht bzw. im Antrag selbst dargestellt, die Zustimmung zu geben.

Es ergeht hier der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

GHJ2-44/97 Abschluss eines Mietvertrages mit der ORION Messe- und Ausstellungsgesellschaft m.b.H. & Co KG über die Überlassung von Räumlichkeiten im Kommunalzentrum Steyr zur Abhaltung der Messetage '99.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Auf Grund des vorstehenden Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 3.9.1999 wird dem Abschluss des in der Beilage beigeschlossenen Mietvertrages mit der Firma ORION Messe- und Ausstellungsges. m.b.H. & Co KG, 4531 Kuchl, Alte Bundesstraße 177, über die Überlassung von Räumlichkeiten in den Stadtbetrieben Steyr zur Abhaltung der Messetage Steyr '99 zugestimmt. (Beilage)

Ich ersuche um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Der Antrag steht zur Debatte. Wünscht jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Wir kommen daher gleich zur Abstimmung. Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilt, der möge ein Zeichen geben. Danke sehr, Gegenprobe. Wer übt Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Nächster Berichterstatter ist Herr StR Bremm.

BE:STADTRAT GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Damen und Herren. In meinem Antrag geht es um den bereits errichteten Fun-Court, der mittlerweile eröffnet worden ist. Wir haben jetzt 4 Fun-Courts im Bereich des Stadtgebietes ihrer Bestimmung übergeben und ich ersuche den Gemeinderat, aufgrund der Dringlichkeit der Bürgermeisterverfügung vom 5.8.1999, die Zustimmung zu geben. Dieser Fun-Court wurde auch im Budget vorgesehen.

Es ergeht hier der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

GHJ2-40/99 Errichtung eines Fun-Courts auf dem öffentlichen Spielplatz Taborweg, GP 1222/2, KG Steyr.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Die Bürgermeisterverfügung vom 5.8.1999, womit wegen Dringlichkeit gemäß § 49 (7) des Statutes für die Stadt Steyr Nachstehendes angeordnet wurde, wird hiermit genehmigt.

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 5.8.1999 wird der Auftragsvergabe zur Errichtung eines Fun-Courts am Tabor, an die Fa. Sportbau Eybl, Wels, sowie Freigabe von

S 700.000,-- i.U. (siebenhunderttausend)

bei der VA-Stelle 5/815000/050080

zugestimmt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke für den Antrag. Zu Wort gemeldet hat sich Herr Kollege Stieglitz. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT SIEGFRIED STIEGLITZ:

Sehr geehrte Damen und Herren. Es freut mich, dass dieser Fun-Court errichtet wurde. Ich glaube, dies ist genau der richtige Weg, dass wir der Jugend etwas bieten, wo sie Inhalte hat. Eine Bitte und eine Kritik an die zuständigen Referenten. Wenn man in Steyr diverse Spielplätze besichtigt, dann muss man schon kritisieren, dass die zum Teil in einem katastrophalen Zustand sind. Ich ersuche, dass dem nachgegangen wird. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Zu Wort gemeldet hat sich noch Frau Kollegin Frech. Ich erteile es ihr.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, werter Gast. Also, irgendwo habe ich manchmal in diesem Gemeinderat so ein Desavouerlebnis. Alles schon einmal erlebt und gesehen.

GEMEINDERAT STEPHAN KEILER:

Geht uns genauso!

Gelächter

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Mir leider auch. Es ist nur die Frage, ob man etwas daraus lernt, oder nicht. Ich darf sie erinnern, es gab eine Gemeinderatssitzung am 17. September 1998, also ungefähr heute vor einem Jahr. Da hatten wir auch so eine Multispielanlage, oder einen Fun-Court auf dem Programm. Und was war da? Da hatten wir genauso einen Dringlichkeitsbeschluss. Ich weiß jetzt schon, lieber Kollege Bremm, was sie mir sagen werden. Was haben sie damals so gesagt, wahrscheinlich wieder so in diese Richtung, na ja, absichtlich war es nicht, man muss sich das schon gut überlegen und es ist ja auch wichtig, wo diese Plätze und Einrichtungen installiert werden. Jetzt haben sie wieder 1 Jahr Zeit gehabt, zu überlegen, und dann müssen sie trotzdem wieder eine Bürgermeisterverfügung ins Spiel bringen. Letztes Jahr war es noch eine Dringlichkeit, wo der Magistrat entschieden hat, jetzt sind wir zu einer Bürgermeisterverfügung übergegangen. An sich müsste die Dringlichkeit der Stadtsenat machen, aber auch der Stadtsenat ist in diesem Fall übersprungen worden. Der hat es im Nachhinein erst sanktioniert, weil es eine Bürgermeisterverfügung war. Ich frage mich, wofür brauche ich eine Bürgermeisterverfügung für einen Fun-Court, der im Budget drinnen ist. Wo ich von Jänner bis September weiß, dass ich ihn machen werde, und komischerweise binnen 6 Wochen, die Bauzeit war nämlich maximal 6 Wochen, weil vorher war die Auftragsvergabe nicht, muss alles plötzlich ganz geschwind geschehen und im September geben wir es erst in den Gemeinderat, wo wir ihn schon längst eröffnet haben. Da wird meines Erachtens wirklich eine Bürgermeisterverfügung ad absurdum geführt, weil die gehört für Notfälle her. Das steht auch im Statut so drinnen, wenn es nicht ohne Nachteil für die Sache abgewartet werden kann und in besonderen Notfällen. Aber bitte, ein Fun-Court, der im Budget drinnen ist, ist doch wirklich kein Notfall. Warum macht man so etwas? Noch dazu bei etwas, was doch wirklich auf keine Gegenstimme im Gemeinderat stößt. Kein Mensch wird sich hier herinnen hinstellen und gegen eine Multispielanlage sein. Ich muss ihnen leider sagen, im letzten Jahr habe ich noch kritisiert und mitgestimmt, aber heute, in diesem Fall, kritisiere ich und enthalte mich auch der Stimme. Das haben sie, lieber Kollege Bremm, zu verantworten, weil sie es nicht möglich machen, ordentlich und zeitgerecht ihre Planung zu machen.

Diskussion verschiedener Mandatare

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Also, zweimal in Serie Dringlichkeitsbeschlüsse zu machen, für einen Spielplatz, das finde ich wirklich skurril. Und weil wir schon beim Thema sind, dann bitte ich sie, in die zukünftigen Planungen endlich etwas hinein zu nehmen. Das ist, dass dafür auch wirklich Geld da ist, da natürlich auch Spielplätze und Multispielanlagen Folgekosten verursachen, und sie müssen saniert und gepflegt werden. Ich darf sie erinnern, sie haben es in den Zeitungen auch lesen können, es gab eine Studie, wo Spielplätze in ganz Österreich getestet wurden und die in Oberösterreich haben am schlechtesten abgeschnitten, da hat es die meisten Beanstandungen gegeben. Ich glaube, dass es an der Zeit wäre, dass wir auch einmal im Jahr Überprüfungen unserer Spielplätze vornehmen. Nicht nur durch das Amt, sondern tatsächlich durch Sachverständige, die sich tagtäglich damit beschäftigen. Ich weiß, Herr Bürgermeister, der Prof. Beidl hat sich auch angeboten, das für Steyr auch sehr kostengünstig zu machen. Ich denke mir, das wäre eine Möglichkeit, um wirklich einen Sicherheitsstandard herzustellen. Aber, wie gesagt, zum zweiten Mal eine Bürgermeisterverfügung für eine Multispielanlage, was machen wir dann nächstes Jahr? Über der Bürgermeisterverfügung gibt es ja gar nichts mehr. Machen wir wieder eine? Also, Herr Kollege Bremm, so soll es nicht sein.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Nächste Wortmeldung, Frau Kollegin Reznar bitte.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:

Geschätztes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren. S 700.000,-- kostet dieser Fun-Court und ich finde es ganz positiv, dass wir solche Kinder- und Freizeiteinrichtungen schaffen. Aber ich frage sie jetzt, wer ist für die Instandhaltung dieser Einrichtungen zuständig?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Die Liegenschaft!

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:

Ich darf sie einladen, einmal mit, oder auch ohne mir, auf den Kinderspielplatz im Schlosspark zu gehen. Das ist nämlich eine einzige Katastrophe. Verludert und verlottert! So ist das.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das ist nicht zutreffend. Ich war am Samstag mit meinem Enkelsohn dort.

Erzählen sie mir nichts.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:

Nein, Herr Bürgermeister, ich war dort. Ich kann ihnen alles genau erklären. Es ist unsicher und ausgesprochen gefährlich. Ich habe bei diesem Klettergitter, das leider noch dort steht, das steht nämlich in keiner Stadt mehr, erlebt, dass sich dort ein kleines schmales Mädchen, fast aufgehängt hätte, die ist mit dem Kopf dort hängen geblieben. Wenn die Mutter nicht schnell hin gelaufen wäre und das Kind runtergeholt hätte, dann wäre unter Umständen mehr passiert. Diese Rutsche z. B. ist eine Katastrophe. Es ist seitlich keine Absperrung, die Kinder klettern über die Stiege hinauf, oben gibt es eine kleine Rauferei und schon liegt eines unten. Auf der anderen Seite, ist ein Kinderspielplatz der diese Spiralenrutsche hat, da gehen sie auf der einen Seite hinauf, laufen über die Schiene drüber, und auf der anderen Seite fliegen sie wieder herunter.

GEMEINDERAT WALTER OPPL:

Fun-Court. Wir sind beim Fun-Court!

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:

Die Sandkiste ist nur zur Hälfte mit Sand bestückt. Dieser Brunnen, der dort auch sein soll, der aber im Sommer ein Rinnsal ist, der ist voll mit Laub und Dreck. Jetzt frage ich sie, wenn man den Kindern das schon nicht zeitgerecht herrichtet, was geschieht dann mit den S 700.000,-- von dem Fun-Court? Denn der ist dann in einem halben Jahr genau so vergammelt und verludert, wie der Kinderspielplatz im Schlosspark.

Unverständliche Zwischenrufe verschiedener Mandatare

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:

Ja, dann möchte ich nicht wissen, was da dann passiert.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Als nächster, Herr Kollege Kupfer bitte.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Liebe Kolleginnen und Kollegen. Das Thema Spielplätze kann man auf 2 Varianten diskutieren. Wie man es nicht machen sollte, das haben wir jetzt erlebt. Nämlich, dass es Probleme auf unseren Spielplätzen gibt, das ist ganz klar. Dass wir auch in gewissen Stadtteilen zu wenig Spielplätze haben, und wir uns darum bemühen müssen, frühestens beim nächsten Budget, damit wir wieder einen Spielplatz in einem Stadtteil errichten können, das ist auch klar. Aber was man nicht machen kann, das ist wirklich skandalös, dass man diejenigen, die sich tagtäglich bemühen diese Kinderspielplätze wirklich betriebsgerecht zu halten, nämlich zwei bis drei Beamte, recht viel mehr haben wir bei der Liegenschaft nicht, die im Kreis fahren und sich jeden Kinderspielplatz anschauen, dann so zu

vernadern. Wenn sie den Spielplatz im Schlosspark anschauen, mein Sohn geht dort in den Kindergarten und ist täglich auf diesem Spielplatz. Ich kenne diesen Spielplatz ganz genau. Gerade vorgestern sind, ich weiß nicht wie viel m³ Sand ausgewechselt worden. Ein Indiz dafür, dass ein Spielplatz gut ist, ist, wie er angenommen wird. Und der Spielplatz im Schlosspark ist einer der bestangenommensten überhaupt in unserer Stadt. Dass es auch dort Verbesserungsmaßnahmen geben kann und auch soll, ist ganz klar. Nur die Geräte, die sie jetzt angesprochen haben, sind die beliebtesten Geräte, und dass man nicht bei jedem Gerät ein Geländer machen kann, ...

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:

Dann hätten sie die Kinder sehen sollen, da hätten sie aber geschaut!

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Ich bin wirklich jeden Tag dort.

GEMEINDERAT SIEGFRIED STIEGLITZ:

Wir auch!

Gelächter

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Nein Siegfried, du bist ja nie in Steyr. Du bist, wenn Sitzung ist, ein Mal im halben Jahr in Steyr, aber du bist dann sicher nicht am Spielplatz, und was du dort tatest, würde ich auch gerne wissen. Also, wenn eine Kritik, dann eine konstruktive Kritik. Dass z. B. der zuständige Referent für Reparaturen mehr Geld bekommt. Da ist nämlich das Problem, dass wir S 500.000,-- bei der Liegenschaft haben und damit Geräte reparieren bzw. ankaufen können. Also, nicht alles über einen Kamm scheren und sagen, es ist alles schlecht und die Kinder tun sich weh. Ein gutes Beispiel ist das mit dem Wasser. Es gibt nichts Schöneres für Kinder, als mit Schlamm, Blätter und Wasser zu spielen.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:

Es ist ja kein Wasser dort, Kinder!!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Dort ist nur Dreck!

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Aber dort spielen die Kinder trotzdem.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Nein, dort nicht!

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Kennen sie den Spielplatz Herr Bürgermeister? Kennen sie ihn genauso gut wie ich?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich weiß nicht ob ich ihn genauso gut kenne, aber ich war dort.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Also, höchste Einladung. Nächste Woche findet in Steyr ein Spielplatzsymposium mit internationalen Referenten statt, und da kann man sich ein paar gute Beispiele anschauen, z. B. Ennsleite, wie es in Zukunft gemacht werden soll, und ich hoffe, dass wir im nächsten Budget auch mehr Mittel dafür unterbringen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Sowieso, mehr Mittel. Ich möchte nur einen hören der sagt, wo wir weniger Mittel hingeben. Wenn das gegenüber gestellt wird, werden wir das möglicherweise leichter zustande bringen. Wissen sie was ich ihnen sage, Frau Kollegin Reznar? Wenn ich das, was sie gesagt haben, ganz ernst nehme, müsste ich jetzt zum Kollegen Tatzreiter sagen, dass er sofort den Spielplatz sperren lässt. Sie haben nämlich von einer Katastrophe und akuter Gefahr auf diesem Spielplatz gesprochen.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:

Ich würde auch darum bitten!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich sage ihnen folgendes. Schade dass der Kollege Apfelthaler momentan nicht da ist, aber es liegt ein Prüfbericht über die Untersuchung aller Steyrer Spielplätze vor. Wenn ich das richtig in Erinnerung habe, wurden in 3 Fällen, konkrete Schäden festgestellt, die sofort repariert und bereinigt wurden. Im

Prinzip wurden die Spielplätze für betriebsbereit, nicht gefährlich, und in Ordnung befunden. So liest sich das im Prüfbericht. Natürlich kann man sagen, der Fun-Court kostet S 700.000,--. Hätten wir den nicht gemacht, hätten wir mehr Geld für die bestehenden Spielplätze einsetzen können. Ich mache sie nur darauf aufmerksam, dass alleine das Sand auswechseln eine halbe Million Schilling im Jahr kostet. Also, es ist nicht so, dass wir dafür kein Geld aufbringen. Wir haben, glaube ich, 22 Spielplätze wie der im Schlosspark. Es gibt natürlich noch eine Vielzahl von anderen Spielplätzen, insgesamt sind es über 40, wenn man die Kleinspielplätze auch noch dazu nimmt, die immerhin auch einer Wartung, Beobachtung, Überprüfung und Instandsetzung bedürfen. Und dann gibt es noch die Vandalismusakte. Wissen sie, es ist nicht richtig, wenn sich da eine Gemeinderätin herstellt und laut Katastrophe schreit. Denn eine Stunde nachdem wir es herrichten haben lassen, oft um ein „Schweinegeld“, kann schon wieder irgendeiner kommen und das mutwillig und mit Gewalt wieder zerstören. Es soll nicht der Eindruck erweckt werden, und der wird nämlich durch so eine Diskussion erweckt, wir kümmern uns nicht um unsere Kinderspielplätze. Ein massives Kinderspielausbauprogramm ist derzeit in der Realisierung. Bitte sehr, 4 Fun-Courts in 3 Jahren. Rechnen sie die großen Spielplätze auf der Ennsleite, Fußballplatz am Resthof, usw. dazu. Ich sage ihnen, ich war bei der Eröffnung dieses Fun-Courts, von dem jetzt hier die Rede ist, wo wir jetzt die Finanzbeschlüsse machen. Bevor ich auch noch Grüß Gott sagen konnte, haben sie mir schon eine „Goschen“ angehängt, der Kollege Hack war Zeuge. Weil ein paar ältere „Jugo“ oder so, den Platz in der Vorwoche schon frequentiert haben. Wenn ich mich von dem einschüchtern ließe, steht natürlich im nächsten Budget kein Spielplatz drinnen, weil warum sollte ich mir das antun. Aber im Gegenteil, ich bin nur sehr überzeugt davon, dass in einer Stadt, die so wenig Raum hat, und wo Gott sei Dank viel gebaut wird, man der Jugend, die weniger Freiflächen als früher hat, diese Spielplätze zur Verfügung stellen muss. Da sind wir uns, glaube ich, einig. Aber bitte malen sie nicht ein Katastrophenszenario. Ich glaube, dass man auch durchaus moderne Gesichtspunkte einfließen lassen muss. Und ich gebe ihnen auch Recht, dass wir uns nicht nur die Investitionskosten, sondern auch die Folgekosten anschauen müssen. Bei dieser Gelegenheit möchte ich noch einen kleinen Aspekt in Erinnerung rufen. Wir haben uns z. B. bemüht einen Wachdienst zu installieren, und wenn ich das richtig im Kopf habe, zahlen wir dafür rund S 180.000.--. Da hat uns der Kollege Kupfer, der jetzt dankenswerterweise zu den Spielplätzen positiv gesprochen hat, damals bezichtigt, wir würden Polizeistaatmethoden einführen. Das tun wir natürlich nicht. Aber wir sind die Hausherren, uns gehören diese Anlagen, und wir sind dafür verantwortlich, wenn dort Gefahr in Verzug ist, wenn etwas kaputt ist, wie sie sagen, Frau Kollegin Reznar, dann müssen wir versuchen das herzurichten. Wir sind aber auch dafür verantwortlich, zumindest in den Augen der Bevölkerung, dass die von uns erlassene Spielplatzverordnung, die ja in Wirklichkeit dem Schutz der Kinder und der Jugendlichen dienen soll, umgesetzt und aufrecht erhalten wird. Das ist, meiner Meinung nach, ein bedrohliches Zeichen, dass wir eigene Sicherheitsorgane aufbieten müssen, damit wir diese Spielplatzordnung aufrecht erhalten und dass nicht ein falscher Personenkreis diese Spielanlagen in Betrieb nimmt und die Kinder, für die diese Anlage geschaffen wurde, dort gar nicht ihren Bewegungsdrang nachkommen können. So sehe ich diese Geschichte. Es wäre auch meine Bitte, dass die Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates in ihren Vierteln darauf hinweisen, dass wir auch die Mithilfe der Bevölkerung brauchen. Nämlich auch eine Zivilcourage an den Tag zu legen und die Eltern, die ja auch eine Aufsichtspflicht haben, sollten durchaus auch ein bisschen hingehen und nach dem Rechten sehen, und nicht alles nur auf uns abschieben. Wir können uns den Personalaufwand nicht leisten, dass wir bei jedem Spielplatz auch noch einen Wächter hinstellen. Das kostet nämlich, wie ich mir einmal ausgerechnet habe, 8 Millionen Schilling.

Ein Wort möchte ich noch zur Bürgermeisterverfügung sagen, weil die besonders heftig von der Kollegin Frech kritisiert wurde. Das können sie schon tun, sie haben schon Recht. Ich habe mich auch ein bisschen gekränkt. Ich schaue mir ja mit dem Kollegen Lemmerer den Budgetvollzug an, das gehört ja zu meinen Aufgaben als Finanzreferent. Nachdem dort immer noch das Geld gestanden ist, das Jahr sich schon dem Ende zugeneigt hat, und ich von der Realisierung dieses Spielplatzes noch nichts gehört habe, habe ich eine Verfügung gemacht. Wir haben auch in unserer Fraktion diskutiert, und auch der Sportreferent, der jetzt auch von ihnen eine „abgefangen“ hat, ist als Sportreferent tätig geworden und hat eingemahnt, dass der im Sommer immer noch fehlt. Ich hätte ihn ja gerne noch vor den Ferien gehabt. Ich gebe ihnen ja Recht. Er ist nur nicht dort gestanden. Aber dann darf man auch

nicht zu feige sein, dass man eine Verfügung macht, noch dazu wo ich mir sicher bin, dass sie alle für die Spielplätze sind. Daher habe ich eine Verfügung gemacht, damit das Ding überhaupt in Gang kommt. Es ist immer noch besser, wenn er im September zur Verfügung steht, als gar nicht. Und so würde ich auch im Gemeinderat um guten Willen bitten um das in irgendeiner Form zu unterstützen und auch zu würdigen.

GEMEINDERAT SIEGFRIED STIEGLITZ:

Herr Bürgermeister, wenn sie hier herinnen „Jugo“ sagen, dann ist es ruhig, wenn wir „Jugo“ sagen, dann ist der Bär los.

GEMEINDERAT WALTER OPPL:

Er hat nur zitiert, das ist der Unterschied.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Schlusswort Herr Kollege bitte.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wirklich nur ein kurzes Schlusswort, ein paar Bemerkungen, weil ich auch, wie der Herr Bürgermeister es so schön gesagt hat, ein paar „abgefangen“ habe.

Unverständlicher Zwischenruf von GR Mag. Michaela Frech

STADTRAT GERHARD BREMM:

Auch ich bin nicht froh darüber, das können sie mir glauben. Das hat der Herr Bürgermeister ja schon gesagt, ich bin im Juni marschiert und habe gesagt: Was ist da los? Wie schaut es aus? Wie weit sind wir da? Es ist halt ein Faktum, ich kann es heute nicht mehr ändern. Wir haben nur gesagt, jetzt ist er raschest zu errichten und es hat dann trotzdem noch ein bisschen gedauert.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Das ist ja ihr Ressort! Haben sie ihr Ressort nicht im Griff?

STADTRAT GERHARD BREMM:

Ich würde ihnen vorschlagen, dass wir einmal eine kleine Schulung über die Zuständigkeit im Gemeinderat machen.

Die Instandhaltung der Spielplätze. Wir sind hier, auch aufgrund diverser Dinge die vor einiger Zeit einmal waren, sofort aktiv geworden. Auch die Stadtgärtnerei ist hier jeden Tag unterwegs. Sie sind angewiesen, Mängel, die sie bei der Betreuung der Grünflächen und dergleichen sehen, auch im Bereich der Kindergärten, sofort weiter zu geben. Es funktioniert hier auch sehr gut. Sie können sich selbst davon überzeugen, dass die S 700.000,-- für die Errichtung dieses Fun-Courts, eine der besten Investitionen sind, die wir im Freizeitsport, nicht in Vereinen, sondern rein im Freizeitsport, getätigt haben. Wir haben wirklich die größte Treffsicherheit gehabt. Die große Akzeptanz und Beliebtheit, gerade bei den Kindern wo wir es etwas schwieriger haben, zwischen 8 und 16 Jahren, beweisen das. Man sieht auch, dass diese Fun-Courts von einer großen Anzahl von Jugendlichen belegt sind, und es ist sicherlich dort und da noch ein Bedarf für so eine Sportanlage.

Ich ersuche, trotz der Dringlichkeit, hintennach die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Wir kommen nun zur Abstimmung. Wer für diesen Fun-Court ist, den bitte ich um ein Zeichen. Danke sehr. Gegenprobe. Stimmenthaltung? 1 Stimmenthaltung (LIF). Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen. Gegen den Fun-Court, Frau Kollegin?

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Nein!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ach so, gegen die Bürgermeisterverordnung. Ohne Bürgermeisterverordnung kein Fun-Court. Sie sind eine Formalistin. Sie ist dafür, aber dagegen.

Danke dem Kollegen Bremm.

Anstelle des leider im Spital befindlichen Kollegen Eichhübl, dem wir gute Besserungswünsche vom Gemeinderat entbieten, wird der Herr Dr. Pfeil, der seine Vertretung inne hat, die Anträge des Kollegen Eichhübl zum Vortrag bringen.

BE: VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen. Ich soll schöne Grüße vom StR Eichhübl ausrichten. Er hat ein Wirbelsäulenproblem und das Wirbelsäulenproblem hat ein Magenproblem miteingehandelt. D. h., er hat bei der Therapie jetzt zwei Probleme bekommen.

Im ersten Antrag geht es um das städtische Freibad. Ähnlich wie in anderen Bereichen soll auch hier eine Badeordnung, die zeitgemäß ist, durch den GR, der hierfür zuständig ist, beschlossen werden. Ich ersuchen den Gemeinderat mich von der Verpflichtung der Verlesung der Badeordnung zu entbinden

und die Diskussion und Abstimmung darüber dem Bürgermeister zukommen zu lassen. Danke.

Stw-69/99

Städt. Freibad; Erlassung einer zeitgemäßen Badeordnung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke Steyr vom 19. 07. 1999 wird dem Ansuchen um Erlassung einer neuen, zeitgemäßen Badeordnung für das städt. Freibad zugestimmt. (Beilage)

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Die Frage ist aber erlaubt, ob jemand dazu debattieren möchte? Das ist nicht der Fall. Wir kommen gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen. Danke sehr. Gegenprobe. Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich danke ihnen. Im nächsten Antrag geht es um die Verlegung von Erdgasleitungen, Nieder- und Hochdruck, in der Resthofstraße und um die Erneuerung der Trinkwasseranschlüsse; Bauarbeiten - Auftragsvergaben. Der Antrag des StS an den GR lautet daher:

Stw-74/99

Verlegung von Erdgasleitungen, Nieder- und Hochdruck in der Resthofstraße und Erneuerung der Trinkwasseranschlüsse; Bauarbeiten; Auftragsvergaben.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion vom 26. August 1999 wird im Zusammenhang mit der Verlegung von Erdgasleitungen Nieder- und Hochdruck in der Resthofstraße sowie der Erneuerung der Trinkwasseranschlüsse der Vergabe an nachstehend vorgeschlagene Unternehmen zugestimmt:

Tiefbauleistungen

Gasleitungsbau

Fa. Ploier + Hörmann GmbH, Marchtrenk

Anteil S 1,263.059,-- (exkl. USt.)

Erneuerung Trinkwasseranschlüsse

Fa. Ploier + Hörmann GmbH, Marchtrenk

Anteil S 60.467,-- (exkl. USt.)

Ankauf Sphärogußrohre für Erdgashochdruckleitung

Firma Kontinentale HG, Wels

S 571.675,-- (exkl. USt.)

Die erforderlichen Mittel für den Gasleitungsbau wurden im Investitionsplan 1999 des Steyrer Versorgungsbetriebeverbundes Gas und Verkehr unter A IV 7 berücksichtigt und werden aus der laufenden Gebarung des Teilbetriebes Gaswerk erbracht. Die Aufwendungen für die Erneuerung der Trinkwasseranschlüsse wurden im Investitionsplan 1999 der Stadtwerke Steyr unter A IV 6 berücksichtigt und werden aus der laufenden Gebarung des Teilbetriebes Wasserwerk erbracht.

Ich ersuche um Diskussion bzw. Abstimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Auch dieser Antrag steht zur Debatte. Wird das Wort gewünscht? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Wir kommen gleich zur Abstimmung. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke, das ist einstimmig.

Ich danke Herrn Dr. Pfeil. Nächster Berichterstatter ist Herr StR Mayrhofer.

BE: STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, geschätztes Präsidium. Im ersten Antrag geht es um die Abwasserbeseitigung Kanalisation Christkindl. Sie werden sich noch erinnern können, es ist eine Neuausschreibung notwendig gewesen, d. h., wir haben es als notwendig empfunden und haben damit um 1,4 Millionen Schilling ein günstigeres Angebot erzielen können. Mit der Ausführung der Kanalisationsbauarbeiten im Wert von S 7,495.104,-- ist die Firma Robert Koller von Grein beauftragt worden. Die Planungs- und Ausführungsphase, die Koordination ist an das Ingenieurbüro Brunner zum Preis von S 423.101,-- übertragen worden. Die notwendigen Mittel, in der Höhe von 3 Millionen Schilling, sind im heurigen Budget vorgesehen und S 4,918.205,-- sind im Budget 2000 vorzusehen. Zur Finanzierung der insgesamt Mittel in Höhe von S 7,918.205,-- ist eine Darlehensaufnahme notwendig. Dieser Antrag ist ein Dringlichkeitsantrag. Ich ersuche um Zustimmung.

BauT-4/99

Abwasserbeseitigung Stadt Steyr, Kanalisation Christkindl - Unterhimmel; Antrag um Vergabe der Bauarbeiten und der Bauleitung bzw. Projektleitung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 7. Juli 1999 werden die Erd-, Baumeister- und Rohrverlegungsarbeiten zur Herstellung der Kanalisation Christkindl - Unterhimmel zum Preis von **S 7,495.104,--** exkl. MWSt. an die Firma Dipl. Ing. Dr. techn. Robert Koller, 4360 Grein, Ufer 11, übertragen.

Weiters wird der Vergabe der örtlichen Bauaufsicht sowie der Übertragung der Aufgaben als Projektleiter und

Baustellenkoordinator in der Ausführungsphase nach dem Bauarbeitenkoordinationsgesetz 1999, an das Ing.-Büro Brunner, 4400 Steyr, Buchholzerstraße 55, zum Gesamtpreis von **S 423.101,--** exkl. MWSt. zugestimmt.

Die erforderlichen Mittel für die Abwicklung des Kanalbaues, sind in Höhe von S 3.000.000,-- im Budget 1999 bei der VSt. 5/8510/004150 (Kanalbau Unterhimmel - Christkindl) vorgesehen. Die restlich erforderlichen Mittel in Höhe von S 4.918.205,-- sind im Budget 2000 vorzusehen.

Der Beschluss gilt vorbehaltlich der Zustimmung der Vergabekommission des UWF beim Amt der OÖ. Landesregierung.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von S 7.918.205,-- notwendig, die hiemit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat Steyr gemäß § 47 Abs. 5 StS 1992 zum sofortigen Vollzug des Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Der Antrag steht zur Debatte. Wer wünscht das Wort? Eine Wortmeldung. Frau Kollegin Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich habe dazu eigentlich nur eine Frage. Nachdem jetzt dieses Bauarbeitenkoordinationsgesetz existiert, seit Sommer, ist meine Frage, inwieweit sich jetzt dadurch Mehrkosten für uns ergeben beispielsweise die auch für das nächste Budget schlagend werden. Das wäre meine Frage gewesen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Schlusswort Herr Referent.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Es wird versucht, diese Mehrkosten auf die Firmen abzuwälzen. Die Firmen wehren sich natürlich dagegen. Wir schreiben es mittlerweile in die Ausschreibungen hinein, dass diese Koordination von der jeweils ausführenden Baufirma übernommen werden muss. Schlagend werden sie dort, wo wir selbst auch die Bauaufsicht machen. Da entstehen natürlich zusätzliche Kosten, wobei wir noch nicht in der Lage sind abzuschätzen, wie sich das personell bei uns ausgeht, ob wir zusätzliche Personalkapazitäten dafür brauchen oder nicht. Wir hoffen, dass wir mit demselben Personalstand durchkommen. Generell ist natürlich schon mit 1 ½ bis 2 % der Bausumme zu kalkulieren.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke, das war das Schlusswort. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Gegenprobe. Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen worden.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Der nächste Antrag bezieht sich auf die Kanalisation Reichenschwall. Auch hier war es notwendig eine Neuausschreibung vorzunehmen. Es ist uns auch hier gelungen um S 400.000,-- ein billigeres Ergebnis zu erzielen. Mit dem Bau beauftragt wurde die Firma Leithäusl aus Wels und zwar zum Preis von S 5.400.000,--. Mit der Bauaufsicht ist die örtliche Firma Spirk & Partner, zum Preis von S 160.372,--, beauftragt worden. Die erforderlichen Mittel in Höhe von S 1.819.000,-- sind im Budget 1999 vorgesehen. Die restlichen Mittel in Höhe von 3.741.372,-- sollen aufgeteilt werden und zwar auf das Budget 2000 in Höhe von

S 2.689.372,-- und über 1.052.000,-- mit Mittel, welche im Zusammenhang mit der Verkehrsdrehscheibe gegenüber der Budgetierung eingespart werden können. Zur Finanzierung der Mittel in Höhe von 1.819.000,-- ist eine Darlehensaufnahme notwendig. Ich ersuche um Zustimmung.

BauT-7/99

Abwasserbeseitigung Stadt Steyr; Kanalisation Reichenschwall - Pyrarch; Errichtung NS 26, 41, 42, 9; Antrag um Vergabe der Bauarbeiten und der örtlichen Bauaufsicht.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 9. Juli 1999 werden die Erd-, Baumeister- und Rohrverlegungsarbeiten zur Erneuerung der Kanäle in der Leopold Werndl-Straße nach dem Projekt Reichenschwall - Pyrarch/Ergänzungen 1999 an die Firma DI Herbert Leithäusl, KG f. Bauwesen, 4632 Pichl b. Wels, Inn 9, zum Preis von **S 5.400.000,--** exkl. MWSt. übertragen.

Weiters wird der Vergabe der örtlichen Bauaufsicht an das Ing.-Büro Spirk & Partner, Stefan Fadinger-Ring 11, zum Gesamtpreis von **S 160.372,--** exkl. MWSt. zugestimmt.

Die erforderlichen Mittel für die Abwicklung des Kanalbaues sind in Höhe von S 1.819.000,-- im Budget 1999 bei der VSt. 5/8510/004430 (Kanalbau Reichenschwall - Pyrarch) vorgesehen. Die restlich erforderlichen Mittel in Höhe von S 3.741.372,-- sollen wie folgt finanziert werden:

Budget 2000 bei VSt. 5/8510/004430 S 2.689.372,--.

S 1.052.000,-- exkl. MWSt. Mittel, welche voraussichtlich im Zusammenhang mit der Verkehrsdrehscheibe Bahnhof Steyr (VSt. 5/612000/776000) eingespart werden und von der VSt. Kanal Reichenschwall-Pyrarch für die Herstellung des Kanals Dachsbergweg (St. S. v. 17. Juni 1999) herangezogen wurden. Sollten diese Mittel im heurigen Jahr nicht oder nur teilweise übrig bleiben, wäre der Budgetansatz für das Jahr 2000 entsprechend zu erhöhen. Diesbezüglich ist ein eigener Beschluss herbeizuführen.

Der Beschluss gilt vorbehaltlich der Zustimmung der Vergabekommission des UWF beim Amt der OÖ. Landesregierung.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von S 1.819.000,-- notwendig, die hiemit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die

Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung, noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat Steyr gemäß § 47 Abs. 5 StS 1992 zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Danke sehr, nächster Punkt bitte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Der nächste Punkt bezieht sich auf eine Bebauungsplanänderung. Da geht es um eine Aufhebung und zwar über den Bebauungsplan an der Enns. Hier wurde in Absprache mit der Fachabteilung für Stadtentwicklung ...

Zwischenrufe: Da fehlt ein Punkt!

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Punkt 16), Autobusbahnhof Hessenplatz, kommt jetzt.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Entschuldigung, der war so klein, dass er mir entgangen ist. Autobusbahnhof Hessenplatz, die restlichen Planungsleistungen. Hier ergeht ebenfalls ein Dringlichkeitsbeschluss. Und zwar wurde der Auftrag für die ergänzenden Planungs- und Bauleistungsleistungen ebenfalls an das Büro Dipl.-Ing. Schmid in der Höhe von S 179.866,-- exkl. MWSt. bei der VSt. der Stadtwerke, Versorgungsbetriebeverbund Gas und Verkehr vorgeschlagen. Ich ersuche um Zustimmung.

BauStr-12/98

Autobusbahnhof Hessenplatz - Bahnhofstraße; restliche Planungsleistungen.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 30. 06. 1999 wird der Vergabe der ergänzenden Planungs- und Bauleistungsleistungen an das Büro Dipl.-Ing. Schmid in Höhe von S 179.866,-- exkl. MWSt. zugestimmt.

Die erforderlichen Mittel in o.g. Höhe sollen im Wege einer Kreditübertragung von VSt. 5/612000/776000, Verkehrsdrehscheibe Bahnhof, wo sie verfügbar sind, auf VSt. 5/879000/779200 der Stadtwerke Versorgungsbetriebeverbund freigegeben werden.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 47 Abs. 5 StS 1992 zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Frau Kollegin Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen. Wenn ich so an diese Eröffnung vom städt. Busbahnhof denke, so mit Freibier für alle, da ist mir so durch den Kopf gegangen, mir wäre statt Freibier für alle lieber gewesen, Kundenorientierung für jeden. Ich muss sagen, ich bedauere es sehr, dass man einen neuen Busbahnhof gebaut hat und dort zwar einen Warteraum und eine Toilette hat, aber nur für die Chauffeure. Selbstverständlich bin ich dafür, dass die Chauffeure einen Warteraum und eine Toilette haben, aber ich wünsche mir das Gleiche auch für unsere Kunden. Es hätte eigentlich, meines Erachtens, wirklich möglich sein müssen, bei Kosten von 7 Millionen Schilling, dort auch einen Warteraum und eine Toilette unterzubringen, weil die Toilette am Bahnhof ist erstens wieder ein Schritt, den man hingehen muss, und das ist gerade für ältere Leute nicht unbedingt günstig, und der Warteraum ist gerade im Winter etwas, was uns sehr fehlen wird. Bei 7 Millionen wäre das sicher drinnen gewesen. Ich würde mir wünschen, dass man in Zukunft, wenn man solche Dinge plant, sie nicht nur aus der Sicht der Experten plant, sondern aus der Sicht jener, die sie benützen müssen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Herr Kollege Kupfer bitte.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Ich möchte in diesem Zusammenhang zwei Dinge sagen. Die Kollegin Frech hat zwar Recht, dass einiges vergessen worden ist, aber man muss ehrlichkeitshalber dazu sagen, da sind wir alle selber Schuld, weil wir sind alle in dem zuständigen Ausschuss gesessen, haben alle Pläne gesehen, hätten mitwirken können, auch du und ich ...

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Ich habe gesagt, da fehlt eine Toilette. Es hat geheißen, es gibt kein Geld dafür.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Also, an das kann ich mich nicht erinnern. Es ist auch jetzt müßig, darüber zu reden. Zwei Dinge möchte ich sagen. In der letzten Zeit, und besonders durch deine Presseaussendungen, wurde der Eindruck vermittelt, dass im Zusammenhang mit der Buslinienführung, Bau der Nahverkehrsdrehscheibe so ziemlich alles schief gegangen ist. Ich denke mir, das ist ein großes

Projekt, die Einzüge der neuen Buslinien war nicht einfach und dass es da Probleme gibt, ist ganz klar. Ich will auch die Diskussion jetzt nicht mehr anzetteln. Ich möchte nur eines sagen: Das, was du mit diesen Aktionen erreichst, ist das, dass wir sehr, sehr viel Geld in Werbemaßnahmen stecken müssen um das Negativimage der städt. Verkehrsbetriebe wieder aufzumöbeln. Wenn du den anderen Weg gewählt hättest, mit deinen Problem nämlich direkt zu den Verkehrsbetrieben zu gehen, dann hätte es ganz anders ausgesehen. Nur ein Beispiel. Mir wurde letzte Woche angetragen, dass es mehrere Probleme mit der Taborschule gibt, Busverbindung Taborschule. Ich habe dann mit den Verkehrsbetrieben Verbindung aufgenommen und innerhalb von einigen Tagen war es möglich, zusätzlich 3 bis 4 Busse einzuführen. Das ist auch bei anderen Dingen möglich. Wenn jetzt die Uhr falsch geht, wie du auch zitiert hast, dann kann man da anrufen, die Verkehrsbetriebe sagen, die Uhr geht falsch, kann man das nicht auswechseln oder kann man das reparieren. Mit jeder Kleinigkeit an die Presse zu gehen und die städt. Verkehrsbetriebe schlecht zu machen, das erwirkt ein dermaßen großes Negativimage für den öffentlichen Verkehr, den wir uns alle nicht wünschen.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Da könnt ihr euch die Hand geben.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Dass sie auf dieser Seite ein bisschen blind sind Herr Kollege Payrleithner, das weiß ich eh.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Jetzt sind wir woanders.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Ja, wir sind woanders. Der Herr Bürgermeister hat zuvor die Gespräche mit der ÖBB bezüglich Bahnhof angesprochen. Ich habe auch letzte Woche mit der ÖBB über die Umbaumaßnahmen Bahnhof ein Gespräch geführt und auch mir wurde mitgeteilt, dass diese Maßnahmen erst zwischen 2001 und 2003 geplant sind. Da bin ich genauso traurig wie höchstwahrscheinlich alle anderen hier auch. Was mich aber sehr, sehr traurig stimmt, in diesem Zusammenhang, ist eigentlich das, dass die wichtigste Maßnahme am Bahnhof, die Kollegin Frech hat es auch angesprochen, die Toiletten, bei diesen Umbaumaßnahmen erst ganz am Ende an der Reihe sind. Und wer den Zustand der Toiletten am Bahnhof kennt, der weiß, dass dort eigentlich der dringendste Handlungsbedarf ist und aus bauphysikalischen Gründen wurde mir gesagt, ist es erst ganz am Ende der Baumaßnahmen möglich, das zu machen. Ich denke mir, hier sollten wir auch, spätestens bei den Vorstellungen der Pläne der ÖBB, vom Gemeinderat her sehr stark darauf drängen, dass diese Maßnahmen zu Beginn und womöglich auch schon im kommenden Jahr, bevor die großen Baumaßnahmen am Bahnhof und am Vorplatz beginnen, vorgezogen werden.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Frau Kollegin Frech zum 2.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen. Ja, lieber Andreas, die Wahrheit kann man natürlich manchmal schon ein bisschen verdrehen. Irgendwie erinnert mich die Geschichte daran, geprügelt wird der Bote, der die schlechte Nachricht bringt. Geprügelt müssten aber die werden, die solche Dinge machen. Wenn ich daran erinnern darf, dann ist es ja nicht so, dass ich mich an die Presse wende ...

Zwischenrufe verschiedener Mandatäre

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Es gibt auch verbale Prügel und die sind hier herinnen nicht selten. Es ist ja durchaus nicht so, dass man Dinge einfach an die Öffentlichkeit weitergibt und nicht mit den Stadtbetriebe spricht. Wenn ihnen aufgefallen ist, manche Dinge sind auch behoben worden. Ich darf sie daran erinnern, dass es zu Beginn dieser Linienführung, dass lt. Fahrplan und lt. tatsächlicher Linienführung, es so war, wenn sie von der Ennsleite auf den Bahnhof gefahren sind, musste man dann 14 Minuten auf die Verbindung zum Krankenhaus warten. Am 1. Tag der Linienführung habe ich bereits mit dem Dipl. Kaufmann Zeilinger Gespräche geführt und es ist dann auch im Laufe der Zeit behoben worden. Es ist immer so, dass ich meine Kritik zuerst sehr wohl mit dem Betreffenden artikuliere. Nur manches Mal wird es gemacht, in diesem Fall hat man es gemacht, manches Mal wird es nicht gemacht.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Nein, nein, bei ihnen steht alles in der Zeitung.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Ihre Angst vor Öffentlichkeit muss eine sehr enorme Angst sein.

Diskussion verschiedener Mandatäre

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Nicht alle durcheinander, es gibt Wortmeldungen.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Ich weiß nicht Andreas, wie dir das gefallen würde, wenn du auf einen Bus am Resthof wartest, der um 22.15 auf den Bahnhof fahren soll, du stehst dort, nimmst diese letzte Verbindung und der Chauffeur sagt dir beim Einsteigen, dass er nur zwei Stationen fährt. Lt. Fahrplan, der ausgehängt ist, fährt der Bus aber bis zum Bahnhof. Der Chauffeur sagt dann, auf meinen Einwand, dass es lt. Fahrplan aber so ist, ja, die Fahrpläne sind falsch. Ich habe am nächsten Tag mit dem StR Eichhübl telefoniert und habe gesagt, wissen sie was, ich bin gestern zu Fuß vom Resthof auf den Stadtplatz gegangen, weil der Bus eben nicht, oder nur zwei Stationen gefahren ist. Dann sagt er mir, ja das Problem ist uns eh schon bekannt. Ich habe ihn dann gefragt, warum er das Problem nicht behebt. Ja, Personalnot und Urlaubszeit ist, aber wir werden es jetzt natürlich sofort machen. Dann ist ihm herausgerutscht, dass das Problem schon drei Wochen bekannt ist. Wenn ich bei der ESG in Linz nachfrage, wenn so etwas ist, dass ein Fehler passiert, dann ist das am nächsten Tag oder nach zwei Tagen korrigiert und nicht nach drei Wochen. Es hat dann aber trotzdem noch eine weitere Woche gedauert, bis diese Fahrpläne korrigiert worden sind. Jetzt sind sie korrigiert, jetzt stimmen sie. Aber das ist nicht von sich aus passiert, das ist nur passiert, weil man wirklich darauf gedrängt hat. Oder, wenn sie sich ansehen, vielleicht haben sie das schon bemerkt, es hat sich etwas an den Fahrplänen, die an den Haltestellen aufgehängt sind, geändert. Sie sind jetzt etwas übersichtlicher, sie sind mit Leuchtfarben markiert, weil wir auch festgestellt haben, dass einfach die Lesbarkeit schlecht ist. Die Stadtwerke haben darauf reagiert. Auf manche Dinge haben sie nicht reagiert und auf manche Dinge reagieren sie sehr, sehr spät. Ich denke mir eines, es ist wirklich nicht angebracht, die Kritik, die konstruktiv geäußert wird, die ihre Berechtigung hat, wir prangen ja nicht etwas an, was nicht vorhanden ist, und dass man dann sagt, na gut, das ist imageschädigend. Imageschädigend ist das Verhalten der Stadtbetriebe und die mangelnde Kundenorientierung die dort herrscht und dazu stehe ich. Solange sich das nicht ändert, solange werde ich mich dafür einsetzen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Eines muss man schon sagen Frau Kollegin Frech. Wenn man immer nur auf etwas hinhaut, wo man soviel Geld investiert, das ist nicht richtig, wenn sie mit allem in die Zeitung gehen, sie setzen ja nichts um. Ich kann dem Herrn Kupfer nur Recht geben. Er weiß ja auch über das Bescheid, aber sie gehen in die Zeitung und damit ist ihre Arbeit erledigt. Das finde ich nicht ganz richtig. Sie können nicht alles was wir neu machen schon im Vorhinein schlecht machen. Herr StR Eichhübl ist leider heute nicht da, dass er zu den Buslinien Stellung nehmen kann. Das finde ich auch unfair, wenn man jetzt da so daher redet.

Es liegen mir noch zwei Wortmeldungen vor. Herr Hack bitte.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:

Geschätztes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren. Lieber Herr Kollege Kupfer, ich hätte eine ganz große Bitte. Wir haben am Stadtplatz auch Probleme, so wie die Schulen am Tabor. Könnten sie bitte für uns bei den Stadtwerken anrufen und die 5 Busse auch über den Stadtplatz fahren lassen. Wäre das möglich, wenn es eh so einfach geht. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Eines muss man jetzt schon sagen. Wir haben eigentlich keine Busliniendiskussion, sondern im Grunde sprechen wir ja um den Autobusbahnhof Hessenplatz, um die restlichen Planungsleistungen und nicht darum ob sie auf den Stadtplatz fahren oder nicht. Das gehört hier eigentlich nicht zur Sache.

Kollege Hauser hat sich auch zu Wort gemeldet.

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, wertcs Präsidium, werte Gäste. Für mich ist schon immer wieder verwunderlich, was auf der Tagesordnung steht und was dabei herauskommt. Es gibt für meine Begriffe eigentlich zu dem Antrag eines zu sagen, dass wir einen Beschluss gefällt haben, dass wir vorerst so viel Geld verwenden für die Beauftragung und dass dann eine Abrechnung durchgeführt wird und jetzt sind halt noch S 179.000,-- zu bezahlen. Um das geht es. Leider Gottes ist es halt so, dass die Kollegin Frech für mich immer mehr dazu wird, was in dem Sister Act Film 2 als Abschlusswort kommt, wie wer gesagt hat, ob sie ein Showgirl ist, nein hat sie gesagt, ich bin eine Schlagzeile. So kommt mir das manches Mal vor, dass wir sozusagen die Politik der Schlagzeilen jetzt schön langsam durchführen, weil begonnen von der Buslinienveränderung und der neuen Busse, die wir gekauft haben, ist es gegangen von 18 cm Maßband bis hin, dass wir also Verspätungen haben bzw. am Mittwoch habe ich gelesen, dass manche Leute da angeblich, ich weiß nicht ob sie die Route nicht kennen oder sonst etwas, 75 Minuten mit einem Bus vom Stadtplatz bis ...

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Das war der Kollege Hack!

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:

Ich habe ja nicht gesagt, dass sie das waren. Ich habe gesagt, ich habe es gelesen. Ich denke mir ganz einfach, das ist imageschädigend, das ist absolut diffamierend, weil keiner von uns prüfen kann, auch nicht der Kollege Hack, weil er ist wahrscheinlich nicht mitgefahren mit der Dame, wie sie gefahren ist und sonstige Dinge. Ich denke mir, man muss ganz einfach aufpassen, dass man nicht ständig Äpfel mit Birnen verwechselt. Bei diesem Antrag geht es um den Autobusbahnhof, um die Begleichung der restlichen Planungskosten. Ich denke mir, wir diskutieren immer alles rundherum bis zum St. Nimmerleinstag und letztendlich vergessen wir dann wahrscheinlich, warum wir überhaupt etwas beschließen. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Herr Referent bitte das Schlusswort.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Danke. Ich hoffe, sie akzeptieren, dass ich im Schlusswort wirklich nur auf den Antrag eingehe und nicht auf die Sondermeldungen, die eben gelaufen sind. Der Kollege Kupfer hat vollkommen richtig gesagt, dieses Bauvorhaben, diese Planung wurde ausführlichst im Planungsausschuss vorgestellt, im Bauausschuss ist er dann auch noch einmal zur Vorlage gekommen, ist beschlossen worden. Es ist auch vollkommen richtig, dass angesprochen wurde, dass es gut wäre, wenn hier auf dieser Busdrehscheibe WC-Anlage wären. Nur, sie erinnern sich und darüber haben wir auch

nachmittagfüllend diskutiert, dass bei den Verhandlungen mit der ÖBB, und wir brauchten diesen Grund von der ÖBB, es auch eine Art Gegengeschäft gegeben hat, nämlich dass wir bei diesen WC-Anlagen, die in ungefähr 1 ½ bis 2 Jahren gemacht werden, mitfinanzieren müssen. Wir waren darüber nicht sehr glücklich, aber es ist so, wenn ich etwas brauche und es gibt nur einen der das hat, dann muss ich mich mit dem treffen und irgendeinen Kompromiss erzielen und der ist so erzielt worden. Das war aber natürlich nicht nur eine Geldfrage, sondern auch eine Platzfrage, weil der Platz ist einfach nicht größer gewesen, wir konnten auch kein größeres Bauwerk dort unterbringen, und wir haben versucht, möglichst viel in einer gefälligen architektonischen Art dort unterzubringen. Ich glaube, das ist tatsächlich gelungen und wenn man mit den Leuten, die es benutzen, dort redet, die fühlen sich hier sehr wohl und es wird auch angenommen.

Ich ersuche um Zustimmung für diesen Antrag.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Nun kommen wir zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltung? 1 Enthaltung(LIF). Danke. Der nächste Punkt bitte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Beim nächsten Antrag geht es um eine Bebauungsplanänderung bzw. eine Aufhebung „An der Enns“ Änderung Nr. 2. Diese Aufhebung wurde in Abstimmung mit der FA Stadtentwicklung und Stadtplanung und der FA für Baurechtsangelegenheiten durchgeführt. Ich möchte die Dringlichkeit bitte erklären. Der Bauwerber ersucht schon über ein Jahr um die Genehmigung einen kleinen Zubau zu machen. Wir haben bereits eine Änderung, nur auf dieses eine Objekt, beschlossen gehabt. Die zuständige Behörde in Linz hat dann empfohlen den gesamten Bebauungsplan in dieser Gegend aufzuheben. Dem wurde auch zugestimmt. Damit er aber jetzt, vor dem Winter, noch bauen kann wird ersucht, diesem Antrag die Dringlichkeit zu geben. Ich ersuche um Zustimmung.

BauGru-47/98

Bebauungsplanänderung Nr. 27 - Änderung Nr. 2 - „An der Enns“; Aufhebung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der vorliegende Änderungsplan - Bebauungsplan Nr. 27 - An der Enns - Änderung Nr. 2 - wird entsprechend den Plänen der FA Stadtentwicklung und Stadtplanung vom 4. Juni 1999 sowie nach Maßgabe des vorliegenden Amtsberichtes der FA für Baurechtsangelegenheiten vom 12. August 1999 beschlossen.

Infolge Dringlichkeit wird gemäß § 47 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr der Magistrat Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke sehr. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Der nächste Antrag bezieht sich auf die Sanierung Kollerstraße, und zwar hinter dem APT. Hier geht es um die Vergabe der Straßenbauarbeiten und zwar zum Preis von S 639.646,26 an die Firma Zwettler Steyr. Ich ersuche um Zustimmung.

BauStr-11/99

Sanierung Kollerstraße, Tabor; Vergabe der Straßenbauarbeiten.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 19. August 1999 wird der Auftrag zur Durchführung der Straßenbauarbeiten in der Kollerstraße, Tabor (Zufahrt APT) an die Fa. Zwettler BauGesmbH, Steyr, zu den Gesamtkosten von S 639.646,26 inkl. MWSt. übertragen. Die erforderlichen Mittel in Höhe von

S 640.000,-- inkl. MWSt.

sind bei VSt. 5/612000/002080 freizugeben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Der nächste Antrag bezieht sich auf die zusätzlichen Straßenbauten beim Eyblknoten und die Vergabe dieser Zusatzarbeiten. Hier geht es um eine Verbreiterung der Straße in Richtung Dukartberg hinauf und um Verkehrsinseln, die aufgrund des Einschaltens der Ampelanlage notwendig wurden. Ich möchte in diesem Zusammenhang noch einmal darauf verweisen, dass sich bei dem stattgefundenen Gespräch die Mehrheit gegen die Änderung bezüglich der Lichtsignalanlage ausgesprochen hatte. Der zuständige Referent hat es allerdings verordnet und diese jetzt vorgenommenen Umbauarbeiten waren daher notwendig. Der erforderliche Betrag von S 175.000,-- wurde an die Firma Ilbau, Linz, vergeben. Für diese Finanzierung ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von S 175.000,-- notwendig. Ich ersuche um Zustimmung.

BauStr-10/98

Verkehrsdrehscheibe Bahnhof; zusätzliche Straßenbauten Eybl- Knoten; Vergabe von Zusatzarbeiten und Bewilligung einer Kreditübertragung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 30. August 1999 wird der Auftrag zur Durchführung der Zusatzarbeiten für den Umbau der Eybl-Kreuzung (Verbreiterung der Fahrbahn und 2 Verkehrsinseln) an die Fa. Ilbau BaugesmbH, Linz, zu den Gesamtkosten von S 174.797,96

inkl. MWSt. übertragen.

Der erforderliche Betrag von

S 175.000,-- inkl. MWSt.

wird durch eine Kreditübertragung von VSt. 5/610000/770020 (Kapitaltransferzahlung Bund - Nordspange) zu VSt. 5/640000/050000 (Sonderanlagen) finanziert, da von der Bundesstraßenverwaltung heuer nur Rechnungen in vermindertem Umfang zu erwarten sind.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 47 Abs. 5 StS 1992 zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von S 175.000,-- notwendig, die hiemit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Herr Vzbgm. Dr. Pfeil bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Mayrhofer, ich wollte fast nichts dazu sagen, aber was sie da sagen, das ist ja fast abenteuerlich. Die Stadt, sie alle miteinander, haben die Ampelanlage bei der Eyblkreuzung mit einem Millionenaufwand gekauft, erneuert. Es hat dann geheißen, der Fehler liegt beim Planerbüro. Daraufhin habe ich ein Gespräch organisiert und da ist ganz klar gesagt worden, dass es anders gebaut worden ist, als es geplant war. Es wurden kleine Nachbesserungsarbeiten notwendig. Ich bin mehrfachst, mehrfachst darauf aufmerksam gemacht worden, dass es jeden Tag, den wir länger zuwarten, wenn wir die Ampel nicht eingeschaltet haben, ein enormes Verkehrsrisiko für alle Beteiligten ist. Seit die Ampelanlage in Betrieb ist, habe ich sehr viele positive Meldungen. Diese Ampelanlage ist verkehrsabhängig geschaltet. D. h., wenn niemand aus dem Bereich Neuschönau kommt, dann wird immer eine Grünphase auf der anderen Seite, in Richtung Dukartberg, sein. Wenn viel Betrieb ist, dann ist es so gestaltet worden, dass auf zwei Spuren, das Linksabbiegen, das muss sich aber erst einspielen, weil die Leute sind es gewöhnt, dass ich auf der rechten Spur links abbiegen kann, und da liegt der große Vorteil darin, dass diese Kreuzung ganz eine große Durchflusskraft hat und nach modernen Gesichtspunkten errichtet und geplant worden ist. Das Hauptproblem liegt nämlich daran, und das haben wir auch alle so gewollt, wir wollten die Hauptrichtung, von der Brücke in Richtung Dukartberg und Neuschönau, abwerten. Wir wollten den überregionalen Verkehr, der nicht direkt da vor Ort etwas sucht, da auf die Hauptstraße Dukartberg und Bahnhofparkdeck verlagern. Das ist uns damit gelungen. Die Vorschläge die da gekommen sind, Kreisverkehr und andere Sachen, die sind für diese Verkehrsführung absolut untaugliche Instrumente. Noch etwas gehört gesagt. Ich gebe ihnen in einem Recht. Und zwar heißt das, dass wir besser und mehr planen müssen. Nur sie tun auch nichts dazu, dass man mehr plant, weil sie werden sich erinnern können, wir haben im Stadtsenat gesprochen, dass die Verlängerung von der Eyblkreuzung bis in Richtung Tunnelleinfahrt die nächsten Jahre Verkehrsprobleme erzeugen wird. Wir haben hier eine Fülle von neuen Bauten, wir haben hier den Bereich Forumkaufhaus, wir haben hier den Bereich der Bezirksbauernkammer, wir haben den Bereich der Schule, wo die Styria ein Verwaltungsgebäude errichten will, wir haben hier den Bereich Röber, vor der Tunnelleinfahrt. Also, hier wird auf dieses

kurze Straßenstück ein enormer Verkehr zukommen. Sie, Herr Mayrhofer, haben im Stadtsenat dagegen gestimmt. Oder nicht? Täusche ich mich?

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Ich habe mit ihnen gestimmt.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Sie waren es!

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Entschuldigung. Alles klar, ich nehme es zurück, sie haben nicht dagegen gestimmt. Darum habe ich zuerst gesagt, ich bin da auf ihrer Seite. Na, so lustig ist das nicht, Herr Hauser, ich sage ihnen auch warum, weil die ganze Strecke gehört in ein Gesamtkonzept hineingegeben. Da finden wir uns wieder. Die zuständigen Beamten, die sicherlich das nicht in die Budgetvorstellungen für das Jahr 2000 hineingeschrieben haben ...

Unverständlicher Zwischenruf

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Die haben das hineingeschrieben? Für die Planung für dieses Straßenstück? Was ist passiert? Im ersten Beamtengespräch ist das herausgestrichen worden. Das ist der Crux in Steyr bei der Verkehrsplanung, dass man weiß, dort haben wir extreme Probleme zu erwarten, dass hier, gerade die Forumkreuzung, mit 120, 125 % jetzt schon mit dem Verkehr überbelegt ist, als was sie geplant ist. Jetzt schon. Man weiß auch, dass damals ein katastrophaler Fehler passiert ist, d. h., die Fußgänger sind alle unten und der Autofahrer ist immer oben. Das hat uns ja Stickler ins Stammbuch geschrieben. Es würde jetzt die Chance geben, das gesamte Stück neu zu überdenken. Jetzt, nicht mehr nächstes Jahr. Dann wird das ohne weitere Rücksprache einfach herausgestrichen und dann kommt es wahrscheinlich wieder, wie beim Kuhhandel am Jahrmarkt, für das Budget. Das ist ja das Problem in der Stadt und da sind schon auch sie, Herr Bürgermeister Leithenmayr, verantwortlich dafür, dass sie es nicht schaffen, Dinge, die außer Streit gestellt werden sollten, dass sie die ins Budget hineinreklamieren, dass die drinnen sind und das ist eine notwendige Geschichte. Da haben wir dann nicht mit einer Eyblkreuzung jahrelang zu tun, Nachbesserung, Nachträge, Ampel einschalten, Ampel nicht einschalten, dann haben wir ein Konzept und dann ist auch der Verkehrsteilnehmer zufrieden.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke sehr. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Bürgermeister. Ich erteile es ihm.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ganz kurz, bevor das Schlusswort erfolgt.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Herr Dr. Pfeil, sie sind mit einem Initiativantrag, ohne vorher ein Gespräch zu führen, in den StS gegangen, um dort einen Geck zu landen. Sie reden von großer Absprache, von Planung und alles dieses. Mit Initiativ- oder Dringlichkeitsanträgen in eine Sitzung hineinzuplatzen, ist das Gegenteil von Planung. Wissen sie? Ich erinnere mich ja noch, dass das vorher in der Zeitung gestanden ist, dass sie das im StS einbringen werden. Sie haben es also offensichtlich sehr auf die Galerie und auf die Öffentlichkeit abgesehen gehabt und weniger auf die Sache. Wir haben gesagt, natürlich ist es richtig und zutreffend, dass man die verschiedenen Verkehrsplanungsansätze, die im Zuge der Projekte dort schon bestellt, beauftragt wurden, nämlich von privaten Betreibern, z. B. die, die das Forum umbauen, denen ist ja aufgetragen worden, eine Verkehrsplanung auf ihre Kosten zu beauftragen. Desgleichen in Richtung Styria. Wenn dieses Verwaltungsgebäude da neben dem Gymnasium gebaut wird, ist diese Einfahrt, die sehr nahe an der Forumkreuzung ist, natürlich ein neuralgisches Problem und das wurde den Herrschaften mitgeteilt, dass eine Verkehrsplanung mitgebracht werden muss. Wir selbst waren uns natürlich im Klaren, dass die mögliche Errichtung der Citygarage und das daraufstehende Amtsgebäude, auch umfangreiche Verkehrsplanungen mit sich bringen wird müssen. Jetzt sind zum Teil solche Planungen schon beauftragt worden, auf unsere Kosten, und jetzt muss man die natürlich zusammenführen. Im StS, da werden sie sich ja erinnern, haben wir gesagt, das sollte man natürlich auch tun. Aber sie sind ja über die Zeitung gekommen und dann mit dem „Pumperer“ in den StS und in Wirklichkeit haben sie von einem Tunnel geredet, dass der bis auf die Brücke durchgezogen werden muss und in zwei Etagen spielt sich das ab und oben kann man gehen und unten fährt man und ich weiß nicht was. Wissen sie, da bin ich an und für sich nicht so dafür zu haben, weil wenn ich da nur die Kostensituation einer solchen Tunnellösung, man muss ja die Autos dann in den Tunnel hinunterbringen, Stelzhamerstraße und die Querverbindungen dort und alles dieses, da haben ja unsere Fachleute gesagt, das ist ein Projekt, das ja wahrscheinlich, ich weiß es nicht, im Bereich der dreistelligen Millionenbeträge angesiedelt sein wird. Wissen sie, Herr Dr. Pfeil, sich da herzustellen und dann auf den falschen Mann hindeuten und dem die Schuld geben, der sogar mit ihnen mitgestimmt hat und dann darauf kommen, dass doch wir das waren, dann muss ich sagen, das ist halt nicht so seriös. Wenn man wirklich ein Problem lösen will, muss man natürlich ernsthaft darüber reden. Da gibt es bei uns den Planungsausschuss, da gibt es die Fraktionsvorsitzendenkonferenzen. Wenn ich ein Projekt realisiert haben möchte oder darüber debattieren möchte, weil es mir ein Anliegen ist, das im Bereich von X-Millionen-Kosten gelagert ist, dann suche ich mir wirklich, in seriöser Weise, ernsthaft Gesprächspartner, um eine Mehrheit für so eine Vorgangsweise herzustellen. Das werfe ich ihnen vor, dass sie das nicht getan haben. Ein bisschen „drüberschnattern“ da im GR, das geht da nicht hinein und das wird auch nicht so laufen. So sind eben die Dinge und es ist auch nicht hilfreich und wünschenswert, wenn sie in der Zeitung vermelden, die „verpfuschte“ Eyblkreuzung und dann zum Schluss, das ist die Planungsangelegenheit vom Bürgermeister. Ich muss ihnen ehrlich sagen, sie haben eh heute dieses Exposé, dass Herr Dr. Alphasamer im Hinblick auf die Zuständigkeiten gemacht hat, zitiert oder daraus zitiert. Natürlich ist der Planungsausschuss, und so haben wir das auch immer gehandhabt zuständig für die Nordspange oder für große Verkehrsbauten wie die Bahnhofsüberbauung und viele andere städtebauliche Maßnahmen, auch natürlich im Straßenbaubereich. Aber sie werden doch zugeben müssen, dass wir noch nie im städtischen Planungsausschuss über Verkehrsregelungen, über die Markierungen auf Straßen z. B., oder über das Setzen von Verkehrszeichen, über Ampelregelung usw. debattiert haben. Das ist ein Thema, das natürlich direkt den Verkehrsreferenten betrifft und ich regiere da wirklich

nicht drein. Es sei denn, es kommt ein Crash auf uns alle zu, das ja kürzlich passiert ist, da im Bereich Beruhigung Ennsdorf. Wenn sich die Autofahrer, die Geschäftsleute und die Anrainer einmal einig sind, was eh selten der Fall ist, dass wir nicht ganz dicht sind, wenn wir das realisieren und wir wenden Millionen auf, um eine qualitätsvolle Erweiterung des Stadtkerns dort drüben vorzunehmen, uns allen hat die Planung gut gefallen, nämlich die schönen Bilder, die der Dr. Kaiser auch malt, das können sie natürlich die Architekten, das hat uns gut gefallen und wir waren ja dafür und die Leute waren auch dafür. Aber es haben ja, und das wird auch nicht ausreichend gesagt, eine Reihe von Gesprächen stattgefunden. Sie haben mit den Geschäftsleuten, Anrainern oder Bewohnern diskutiert, das hat mir die Frau Viertler erzählt, der Herr StR Mayrhofer hat debattiert und diskutiert mit den Leuten, die haben die Busbuchten verlangt, den Leuten wurde signalisiert, dass man zumindest darüber noch einmal nachdenkt. Alles das ist passiert und nachher ist die Planung 1:1 realisiert worden, die wir beschlossen hatten. Die Leute waren enttäuscht darüber, dass man ihren Einwänden überhaupt kein Gehör geschenkt hat. Dann habe ich auch keine Bürgermeisterverfügung gemacht, wie wieder irrtümlich in der Presse vermeldet wurde, sondern ich habe das im StS zum Thema gemacht und habe gesagt, meine Herrschaften, ich halte das nicht für gescheit, dass wir diese Planung so realisieren wenn alle dagegen sind, denkt bitte darüber nach, wir werden das nicht mittragen, weil wir es für falsch halten. Daraufhin ist eine einhellige Meinungsbildung im StS erfolgt. Sie waren zu dieser Zeit auf Urlaub, ich habe sie nicht überzeugen können. Ich habe das auch nie gesagt, und dann hat der Herr Mayrhofer, aufgrund dieser Meinungsbildung, den Bau gestoppt und jetzt wird es also zu dieser Ausführung mit den Busbuchten kommen. Ich halte auch dieses Maschinengewehrfeuer von VCÖ-Seite für eine übertriebene Aktion, wir seien gegen den öffentlichen Verkehr. Das ist ja nicht zutreffend. Verkehrsberuhigung wird dort durch zwei Maßnahmen realisiert. Erstens durch die optische und tatsächliche Reduzierung der Verkehrsfläche und durch die Ampelschaltung, die dem Querverkehr Klotzstraße usw. Vorrang gibt. Das mit der Haltestellenregelung wäre ein dritter Schritt in diese Richtung gewesen, ein sehr extremer Schritt, der dazu geführt hätte, und da haben sie ja abgestoppt, dass vier Autobusse dort hintereinander zum Stehen kommen, dass dieser Umsteige-, Ein- und Aussteigeprozess natürlich verlängert wird, weil sich das akkumuliert und bis zu drei Minuten dauern kann und da kommen, ich weiß nicht, mehrere Ampelphasen grün und die Autofahrer müssen sich hinten anstellen und veranstalten ein Hupkonzert und sind natürlich fuchsteufelswild. Das ist halt in unserer Zeit, zur Zeit, ich will gar nicht sagen, dass das nicht eine mögliche Regelung sein kann, in zukünftiger Zeit, aber jetzt scheint es mir ein Schritt der Verkehrsberuhigung zu sein. Wenn sich die Geschäftsleute alle einbilden, das Viertel stirbt und die Einwohner wollen nicht im Dauerstau stecken und die Autofahrer rebellieren, dann kann man natürlich bei der reinen Leere bleiben. Das ist ja eh in Ordnung, aber es handelt sich dabei um eine Minderheitenposition und ich bin nicht Minderheitenposition, sondern Mehrheitsposition. Die Mehrheit ist deutlich breiter geworden, indem hier auch die Blau-Fraktion und die ÖVP-Fraktion dem letztendlich beigetreten sind. Dr. Pfeil hat nach seinem Urlaub auch erklärt, er sei aus fachlicher Sicht und als Verkehrsreferent immer für die Busbuchtenlösung gewesen und es sei eine Festlegung im Verkehrsausschuss, dass, wenn eine Haltestellenlösung in unserer Stadt irgendwo platziert werden soll, sich der Verkehrsausschuss vorbehält, explizit hier eine Beschlussfassung herbeizuführen und das sei auch nicht geschehen. Also, ich hoffe, ich zitiere sie richtig. Meine Damen und Herren, was mich gestört hat ist eines, Eybl-Kreuzung Problem 1. Ich habe gesagt, der Verkehrsreferent vertritt diese Auffassung. Die Verkehrsfachleute und die Polizei haben gesagt, das Verkehrsrisiko kann nicht verantwortet werden. Ich war auch an sich ein Anhänger, ohne Ampel dort auszukommen, ich habe dabei kein gehabt. Richtig ist, dass das Ausfahren und das Linksabbiegen aus der Eisenstraße heraus schwierig ist. Wir haben allerdings genau dasselbe Problem vom Stadtplatz heraus. So ehrlich muss man sein und das ist gerade einmal 60 Meter weit weg. Ich hätte aber damit leben können, aber ich falle auch nicht leichtfertig dem Verkehrsreferenten sozusagen in den Arm. Ich mache das ungern, nur wenn ich glaube, das muss wirklich sein. Also haben wir Ennsdorf, Eybl-Kreuzung, Interspar. Interspar ist ja auch so ein außerordentlich nettes Ding, wie man halt mit gefälschten Bällen auch spielt, weil es ist ja nicht so, dass irgendjemand von uns verantwortlich gemacht werden kann, dass dort eine Verkehrsproblematik, eine neuralgische Situation entsteht. Wir haben gewusst, und besonders die Betreiber dieses Kaufhauses haben gewusst, dass sie Verkehrserreger sind. Man muss natürlich dazu sagen, auch vorher war dort ein Großkaufhaus und es ist natürlich so gewesen, dass wir ein Verkehrsprojekt verlangt haben, dass es auch durchgeführt wurde und dass hier die Landesregierung

das auch abgesegnet hat. Natürlich unter Mitwirkung der Herrschaften von dem Intersparkaufhaus. Es ist natürlich nicht unbedingt gerade das Gelbe vom Ei, wenn bei der Eröffnungsfeier dann gesagt wird, über die Verkehrslösung müssen wir noch einmal reden und so tun, wie wenn uns gerade am Eröffnungstag oder am Vorabend das aufgefallen wäre. Uns ist allen bewusst gewesen, dass das nicht so einfach ist. Es gibt auch Lösungsansätze. Die Straße dahinter, da werden wir uns halt etwas überlegen müssen. Wäre ich Geschäftsführer von Interspar, das sage ich da heraus, und der neuralgische Punkt würde mich in meinem Geschäftsbetrieb so stören, dann würde ich zur Gemeinde oder zum Verkehrsreferenten gehen und würde vorschlagen, dass ich, nachdem sie dort 200 Millionen oder so etwas investiert haben, das ist ein gewaltiger Betrag, da muss sogar Interspar zum Sparen anfangen, dann müssten wir auch sagen, dann würden wir, Planungen dazu gibt es ja schon, im Ansatz jedenfalls, eine solche Straße vorfinanzieren, wenn mich das so stört. Wir könnten ein Aufschließungsübereinkommen machen und das alles zahlen, dann würde sehr schnell eine Regelung stattfinden. Also, reden können wir sicherlich über alles, aber konstruktiv und mit dem Ziel, auch tatsächlich zu einer Lösung zu kommen. Das wollte ich ein bisschen beitragen zu den nur halb angesprochenen Verkehrsproblemen. Was mich ein bisschen stört ist, wenn dann in den OÖ. Nachrichten eine Pannenstatistik über Steyrer Verkehrsprobleme aufgeführt wird, wenn alle möglichen etwas anderes sagen, der Verkehrsreferent von verpfuschten Kreuzungen redete, wo er zumindest selbst auch sehr zuständig ist und wenn zum Schluss vielleicht in der Öffentlichkeit der Eindruck entsteht, wir sind wirklich nicht in der Lage, einigermaßen seriös und auf der Höhe der Zeit die schwierigen Verkehrsprobleme zu regeln. Da wäre es mir schon lieber, wenn wir nicht aus der Hüfte schießen und wenn wir versuchen, möglichst einvernehmliche Lösungen zu finden. Das ist mein Appell, weil das Volk soll nicht meinen wir sind nicht dazu in der Lage und den Eindruck sollten wir halt nicht erwecken.

Magistratsdirektor OSR Dr. Kurt Schmidl trifft um 18.40 Uhr ein.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Als nächster zu Wort gemeldet hat sich GR Kupfer. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Herr Bürgermeister, ich muss sie daran erinnern, dass wir ein Verkehrskonzept haben, das Verkehrskonzept 1994. Das Verkehrskonzept ist zwar nicht die Bibel, an die wir uns halten müssen, diejenigen welche die Bibel sozusagen für sich als gültiges Recht interpretieren, aber es stehen in diesem Verkehrskonzept sehr viele, wichtige Sachen drinnen, sehr viele zentralen Sachen. Bei der Beschleunigung des öffentlichen Verkehrs sind diese Fahrbahnhaltstellen, speziell in diesem Bereich Ennsdorf, aber auch andere Maßnahmen wie Busspuren ect., explizit genannt. Was mich an dieser Ennsdorfgeschichte stört sind drei Sachen, die sie jetzt auch erwähnt haben.

Erstens muss man sagen, dass dort nicht umgestiegen, sondern nur ausgestiegen wird. 2. Sie haben den Ball an den Verkehrsreferenten weitergespielt bzw. der Verkehrsreferent hat es an sich gezogen, dass im Verkehrsausschuss auch darüber diskutiert werden soll. Ich stelle fest, dass dieses Projekt in sämtlichen Ausschüssen, in einem Stadtteilgespräch, in einer Gemeinderatssitzung ect., also ein Bauprojekt, das auf, ich weiß nicht auf wie vielen Ebenen diskutiert worden ist. Hätten wir es im Verkehrsausschuss auch noch einmal diskutieren können, mein Gott, dann wäre auch nichts anderes herausgekommen. Im August ist die Geschichte im Amtsblatt drinnen gewesen, die Planungen sind umgesetzt worden und dann ist, ich weiß nicht wie und wer da jetzt die Schuld hat, das ist mir auch im Grunde egal, wer den Ball woanders hinspielt, mit dieser Aktion ein erheblicher Schaden angerichtet worden, nicht nur eine finanzieller Schaden, sondern auch eine ideeller Schaden. Drittens ist, dass wir mit dieser Lösung, die wir dort vorgehabt hätten, auch z. B. das Verkehrsproblem des

Kaufhauses Merkur, nämlich die Ausfahrtssituation, ein wenig verbessert hätten. Also, ich verstehe diese Reaktion nicht noch dazu zu diesem Zeitpunkt. Wir hätten ein Jahr lang Zeit gehabt. Sie sprechen dann immer von einem Minderheitsthema. Das stimmt schon, dass sich Busfahrende oder andere nicht so stark artikulieren wie vielleicht Autofahrer, aber wir haben auch verkehrspolitische Ziele. Eines der verkehrspolitischen Ziele war, auch den Verkehr auf eine Rampe zu bringen, die uns sehr, sehr viel Geld gekostet hat. Es kann nicht Ziel sein, dass wir den Durchzugsverkehr weiter in diesem Stadtteil haben. Es stimmt, es wurden einige Maßnahmen getroffen die als Hemmnis zu bezeichnen sind, aber mit diesen Busfahrbahnhaltestellen hätten wir eine immense Verbesserung für den öffentlichen Verkehr geschaffen. Was ich überhaupt nicht feststellen kann, und es ist mir auch von den zuständigen Beamten so erzählt worden, das ist dieser Volkszorn, von dem sie immer sprechen. Sie haben gesagt, alle haben sich dagegen aufgeregt ect. Also, diejenigen die dort vor Ort bei den Planungen dabei waren, die Geschäfte die dort anliegen, die haben sich überhaupt nicht aufgeregt. Es haben sich einige Geschäftsleute aufgeregt, die scheinbar ein Problem haben, dass in einer anderen Straße auch ein attraktiver Stadtbereich entsteht und sonst ist mir nichts bekannt, außer, dass sich andere Personen z. B. der VCÖ bei mir aufgeregt haben, warum so ein Projekt 1 Jahr lang diskutiert wird, dann auch im Amtsblatt vorgestellt wird und dann stoppen wir das in einer Panikreaktion und haben jetzt Mehrkosten von S 260.000,--.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Ich habe inzwischen den Vorsitz wieder übernommen. Herr Dr. Pfeil hat sich als nächster zu Wort gemeldet.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, auch auf die Gefahr dass ich mich jetzt wiederhole, ich lese es ihnen noch einmal vor. Von wegen Zuständigkeiten, weil sie zuerst gesprochen haben, der Herr Dr. Pfeil ist eh für alles zuständig. Zuständigkeit vom Verkehrsbereich. Darum wollte ich ja, dass sie auch eine Änderung herbeiführen, mit meinem Antrag auch im StS, dass die Kompetenzen geändert, erweitert werden, um die Kompetenzen der Verkehrsplanung. Verkehrsplanung ist Teil der Stadtplanung. Zuständig Bürgermeister Leithenmayr und Pfeil, Belegung der fertigen Straße mit der Straßenverkehrsordnungsvorschrift. Das ist es. Aber nun zu ihrer Wortmeldung. Es ist schon sehr interessant, dass mein Initiativantrag jetzt eine Auswirkung auf das Budgetjahr 2000 hat, dass man jetzt sagt, eine Verkehrsplanung, die ja wichtig ist, weil ich habe ja den Beamten gar keinen Vorschlag gemacht, dass sie da jetzt Gelder hineingeben, sondern sie sind auch in Gesprächen darauf gekommen und sie haben das schon lange verlangt, dass man diesen Bereich verkehrsmäßig koordinieren muss. Es gibt wenig Sinn, wenn man die Eybl-Kreuzung isoliert betrachtet, wenn ich dann die Ausfahrt vom Styriaverwaltungsgebäude isoliert betrachte, wenn ich dann die Stadtausfahrt dort extra habe, wenn ich die Forumkreuzung extra habe mit einem Verkehrskonzept, der Herr Röber und die Tomitzstraße. Wir haben heute eingangs schon lange darüber gesprochen, über Koordinierungen. Was denn sollten wir koordinieren als das? Wenn jeder für sich, jeder Bauherr, jeder der dort etwas macht ein Verkehrskonzept vorlegt, ja dann gute Nacht Verkehr in Steyr und das ist einer der sensibelsten Bereiche.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Aber wir verlangen ...

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, ich habe ihnen jetzt lange zugehört, ich habe mir alles aufgeschrieben, jetzt darf ich einmal bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das ist ja nur eine Anregung.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich bin auch schon sehr verwundert, dass sie als Bürgermeister sagen, und sie haben ja auch mitgestimmt und die Ampel mitgekauft, ihnen wäre es ohne Ampel lieber. Das ist eine starke Aussage.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wir werden damit leben können, habe ich gesagt.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Sie vergleichen die Stadtplatzausfahrt, mit welcher Kreuzung haben sie es verglichen?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Mit der Eybl-Kreuzung.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Eh mit der Eybl-Kreuzung. Das ist ganz eine andere Verkehrssituation, darum habe ich gesagt, vielleicht kommen sie zu uns in den Verkehrsausschuss, es sind eh nicht immer alle da von ihren Freunden, vielleicht haben sie einmal Zeit, weil wir diskutieren das wirklich sehr genau. Gerade die Stadtausfahrt gewinnt ganz enorm an Sicherheit, wenn dort, auf der Eybl-Kreuzung, eine kurze Rotphase ist, dass ich hier unbehindert hinaus kann. Was habe ich denn auf der Eybl-Kreuzung für ein Problem? Ich habe eine extreme Gefahr, gerade wenn ich Linksabbieger bin, wenn ich von der Neuschönau komme, von beiden Seiten. Das hat sich jetzt bewiesen, dass nicht so sehr die Einheimischen davon betroffen sind, die jeden Tag fahren, sondern die Auswärtigen und wir haben dort mehrere Lokalausweise gemacht, es sind regelmäßig die Busse dort darüber gefahren, quer über alle aufgestellten Hütchen dort, es hat einem wirklich den Magen umgedreht, dass wir uns doch so lange darübergeschwindelt haben.

Ich wollte jetzt hier nicht zum Verkehr reden, aber weil sie Interspar angesprochen haben. Man hat

aus politischen Gründen Interspar dort an diese Stelle gegeben. Ich sage es einmal so. Dieses Verkehrskonzept von Interspar war Teil des gewerberechtlichen Verfahrens. Da hat die Stadt Steyr, der Verkehrsausschuss, nichts dazu sagen können, dieser Teil ist vom Land abgehandelt worden. Das wissen sie und das weiß ich. Damals, wenn ich mich recht erinnere, sind wir von 2.500 bis 3.000 Besucher pro Tag, ich bin mir nicht sicher, ob die Zahl stimmt, für dieses Verkehrskonzept ausgegangen. Vielleicht weiß es der Herr Mayrhofer genau, was in diesem Verkehrskonzept drinnen gestanden ist. Heute schon reden wir von 5.000 bis 6.000 Besuchern täglich. Ich kann mir momentan jeden Tag aussuchen, welche Bürgerinitiative ich heute haben will. Einen Tag sind die Leute von Taschelried und Umgebung da, am nächsten Tag sind die Leute von Interspar da bzw. die Geschäftsleute hinter dem Interspar. Die haben natürlich auch ein legitimes Interesse daran, dass sie hinauskommen. Die haben kaum mehr eine Chance, dort wegzukommen. Das muss man auch sehen. Das sind einige Gewerbetreibende, die wirklich seit der Eröffnung von Interspar massive Probleme bekommen haben. Aber ich bin auch dafür, dass die Bewohner nicht ausbaden müssen, dass man jetzt die eine Straße Taschelried öffnet, weil erstens geht es bei der Schule vorbei, zweitens ist es nur ein kurzfristiger Erfolg, weil dann kann ich halt 40 bis 60 Autos weiter in die Schlange stellen und der Verkehr steht dort hinten, weil die Ausfahrt ist dort auch nicht so lustig auf die Hauptstraße hinaus. Also, wir brauchen dort eine Entlastungsstraße. Die Leute müssen dort wegkommen. Wir müssen uns mit den Realitäten auseinandersetzen. Ich bin auch dafür, dass sich Interspar da beteiligen soll, nur das wäre vornehmliche Aufgabe gewesen, das im Vorhinein hineinzugeben, wenn wir das dort haben wollen.

Über Ennsdorf, Herr Bürgermeister, werde ich mich im nächsten Punkte melden.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es weitere Wortmeldungen? Frau Kollegin Großalber bitte.

GEMEINDERÄTIN ROSWITHA GROSSALBER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Ich hätte eine Frage an den Herrn Dr. Pfeil, weil mich ärgert diese Eybl-Kreuzung tagtäglich. Es hat wunderbar funktioniert, wie die Ampel nicht eingeschaltet war. Dieser Meinung sind ganz, ganz viele Ennsleitner. Ich habe noch keinen gehört, der sich über die Einschaltung dieser Ampel gefreut hat. Ich möchte wissen, wie viele Unfälle sind in dieser Zeit passiert, wo die Ampel nicht eingeschaltet war und es dort nicht gestaut hat und man einfach darüber fahren konnte und jetzt steht man. Wie viele Unfälle sind in der Zeit passiert?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Darf ich noch einmal kurz antworten? Frau Kollegin, wir haben das auch im Verkehrsausschuss besprochen. Eine exakte Zahl ist mir nicht bekannt, aber es gab dort Unfälle mit Personenschäden. Genau das, was sie jetzt gesagt haben, ist der Beweis dafür, dass sie falsch liegen. Ennsleite Verbindung, Neuschönau Verbindung, Eybl-Kreuzung. Genau das haben wir alle gemeinsam im Verkehrskonzept beschlossen, dass die Entlastungsstraße von der Ennsleite über das Bahnhofsparkdeck zu fahren hat, dass die Neuschönau vom Durchzugsverkehr entlastet wird. Dort sind Induktionsschleifen, d. h., es wird je nach Anforderung geschaltet. Die Leute die sich darüber freuen, das sind die Leute aus der Neuschönau. Okay, endlich können wir sicher hinausfahren. Natürlich, wenn jemand jahrzehntelang gewöhnt ist von der Ennsleite da runter zu fahren, der muss sich umstellen, es wird nicht mehr so sein, aber das haben wir alle hier gemeinsam, 1994,

beschlossen.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Das stimmt.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Wenn sogar ausnahmsweise einmal die Kollegen von der Grünen Seite her einer Meinung mit mir sind.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Schlusswort bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich bin nur erstaunt, dass eine Kreuzung so viel Aufsehen erregt, wenn man eine Ampel einschaltet. Da haben wir meines Erachtens viel mehr Kreuzungen in Steyr, wo man überlegen könnte, ob man die Ampel weggibt. Aber jetzt haben wir neue Ampeln gekauft und jetzt ist es so ein Problem, dass wir sie einschalten.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Kränk dich nicht, es ist eh schon geschehen.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Ein bisschen etwas von dem was gesagt wurde möchte ich natürlich schon korrigieren. Herr Dr. Pfeil, die von ihnen als Pfschkreuzung bezeichnete Kreuzung hat, und das ist belegbar, als zuständigen Referenten den Dr. Pfeil gehabt. Diesen Antrag haben sie, als zuständiger Referent, unterschrieben. Mehr will ich dazu nicht einmal mehr sagen, das ist einfach so. Da können sie abstreiten was sie wollen, aber sie können ihre Unterschrift über einen existierenden Antrag nicht wegleugnen. Sie können ihre Zuständigkeit interpretieren wie sie wollen, in dem Fall waren sie der zuständige Referent, also ihr Pfsch, Herr Dr. Pfeil.

Dass wir tatsächlich nicht glücklich waren über das Einschalten der Ampel, das ist vollkommen richtig, dazu stehe ich. Darum habe ich eingangs, als ich diesen Antrag vorgelesen habe, gesagt, bitte schön, das ist nicht mit meinem Willen passiert, ich nehme ihn zur Kenntnis, weil sie es verordnet haben, das ist so, und damit lebe ich auch. Glücklich bin ich vielleicht nicht darüber, aber es ist so akzeptiert.

Sie haben gesagt, aus politischen Gründen wurde der Interspar dorthin gegeben. Also, da muss ich ehrlich gesagt sagen, das ist ein bisschen verdammt weit hergeholt, weil dass der Interspar dorthin gekommen ist, das hat einen einfachen Grund gehabt. Das Forum, das KGM, ist in Konkurs gegangen, hat zugesperrt, es hat dort eine existierende Widmung gegeben, ein Objekt gegeben, welches zu haben war und der Markt hat sich entschieden, die Interspar hat dieses Objekt mit der IMMORENT eben erworben und auf diesem Objekt wurde jetzt ein neues Projekt gemacht. Es wurde der Firma Interspar vorgeschrieben, dass sie ein Verkehrskonzept in Absprache mit der Bundesstraßenverwaltung vorzunehmen hat, auf eigene Kosten, und das ist passiert. Sie können sich erinnern, bevor ich als zuständiger Baureferent damit begonnen habe den Bau dann zu exekutieren, bin ich bei ihnen gewesen und habe gesagt, Herr Dr. Pfeil, ist das so in Ordnung, weil ich glaube, da wird es Probleme geben, aber passt das so. Da haben sie gesagt, ja, das wurde auch im Verkehrsausschuss so besprochen, das passt. Dann habe ich gesagt, gut, dann bauen wir es. Das Verkehrskonzept im Detail weiß ich nicht, weil sie gesagt haben, vielleicht weiß ich, auf wie viele Personen das ausgelegt ist, das entzieht sich wirklich meiner Kenntnis. Ich kümmere mich, und das glaube ich schon, eigentlich schon intensiv um Bauten, und die exekutiere ich auch so. Jetzt, im Nachhinein, dort oben noch etwas zu ändern, wird sicher schwierig sein, da gebe ich ihnen vollkommen Recht, aber der Plan, wie es gemacht wird, war ihnen ganz offensichtlich vor dem Bau bekannt, das haben sie mir gegenüber auch gesagt. Wenn sie der Meinung sind dass es schlecht ist, dann frage ich sie, warum sie dort nicht gesagt haben, halt, Einspruch, so kann es nicht gehen. Das passiert immer wieder jetzt bei diesen Baugeschichten, vorher wird es erklärt, vorher liegen die Pläne auf, jeder kann Einsicht nehmen, jeder kann sich dazu äußern, und wenn es dann gebaut ist, dann heißt es so ein Blödsinn, dann ist auf einmal jeder gescheitert. Dagegen verwehre ich mich wirklich, weil das ist eine absolute, eine unseriöse Arbeit.

Ich möchte nur auf einen Punkt, auf Ennsdorf, noch eingehen. Und zwar auf etwas, was Gott sei Danke erfreulich ist, von der Entwicklung. Entgegen ersten Schätzungen von den Kosten, werden die effektiven Rückbaumaßnahmen für die Situierung der Busbuchten S 167.000,-- ausmachen. Natürlich auch zusätzliche Mittel, aber Gott sei Dank bedeutend weniger, als zuerst geschätzt wurde.

Jetzt ersuche ich um Zustimmung für die schon erfolgten Baumaßnahmen beim Eybl-Knoten im Ausmaß von S 175.000,--.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich ein Zeichen zu geben. SPÖ, FPÖ, 5 ÖVP, GAL. Danke. Gegenprobe. Stimmenthaltung? 2 (LIF + 1 ÖVP, GR Ing. Hack). Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Der nächste Antrag bezieht sich auf die schon vom Bürgermeister angesprochenen Baumscheiben. 8 Stück Baumscheiben der Firma Knoblich Licht, in der Höhe von S 140.517,82, die mit oder ohne Busbucht in diesem Ausmaß notwendig sind. Ich ersuche um Zustimmung zu diesem Antrag.

20) BauStr-17/98

Verkehrsberuhigung Ennsdorf; Vergabe der Baumscheiben.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 24. August 1999 wird der Vergabe für die Errichtung von 8 Stk. Baumscheiben an die Fa. Knoblich Licht, Linz, in der Höhe von S 140.517,82 inkl. MWSt. zugestimmt.

Die erforderlichen Mittel in Höhe von rd. S 140.600,-- sollen durch eine Kreditübertragung von VSt. 5/610000/770200 (Kapitaltransfer Bund - Nordspange) zu VSt. 5/612000/728000 (Entgelt für sonstige Leistungen für gew.tr. Firmen und jur. Personen) finanziert werden.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von S 140.600,-- notwendig, die hiemit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Zu Wort gemeldet hat sich Herr Dr. Pfeil. Bitte sehr.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich komme jetzt zu den Einwänden Ennsdorf. Bevor ich dazu komme, ein Wort noch zu Interspar, weil wir sind eh mitten in einer Verkehrsdiskussion drinnen. Herr Mayrhofer, natürlich haben wir den Verkehrsplan gekannt und haben das auch im Verkehrsausschuss besprochen und dort sind auch die Einwände gekommen, dass das nicht funktionieren wird. Das habe ich ihnen auch im Gespräch gesagt, dass der Verkehrsausschuss das gesehen hat, hat aber gesagt, es wird Probleme geben. Das ist ein Projekt des Landes, was soll die Stadt da dazu tun, wenn man das dort an der Stelle haben will, das hat man ja gesehen. Im Gestaltungsbeirat wurde es ja abgelehnt, weil der Gestaltungsbeirat, und das gefällt mir ja besonders an diesem Gremium, macht sich ja immer Sorgen um die gesamte Umgebung, auch wenn das Verkehrskonzept nicht passt. Man hat bewusst verhindert, dass das hineinkommt. Der Schmä, dass das ein Umbau des KGM's ist, das haben sie ja wohl selbst nicht geglaubt. Im Nachhinein haben sie eh geschrieben, ein Neubau. Zuerst hat man es ja deswegen nicht hineingegeben, weil es ja nur ein Umbau ist und für einen Umbau braucht man ja keinen Gestaltungsbeirat. Soweit dazu.

Neugestaltung Bahnhofsviertel. Ich möchte auf die Baumscheiben, die sicherlich notwendig sind, die auch meine Unterstützung finden werden, nicht näher eingehen, sondern nur zu den angesprochen Busbuchten und zur Vorgangsweise. Auch hier, Herr Mayrhofer, ich sage es noch einmal, gab es eine Diskussion im Verkehrsausschuss, auch hier haben wir diskutiert, sollen wir das abstimmen oder nicht, sollen wir einen Antrag vorbereiten. Es wurde von niemanden verlangt und es wurde auch dort diskutiert, weil das Hauptproblem ist ja das, wenn ein Autobus auf einer Fahrbahn stehen bleibt, dann stellen sich die Autos an. Wenn 4 Autobusse in einer Reihe daherkommen, dazwischen einzelne Pkws, sind das 4 mal mindestens 2 Minuten, das sind 8 Minuten mindestens.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Aussteigen geht schneller als 2 Minuten.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das ist eine Expertenmeinung, eine gestoppte Meinung, wie lange die stehen bleiben. D. h., es sind mindestens 8 Minuten und das in jeder ¼ Stunde. Herr Mayrhofer, dass es keine Einwände gegeben hat. Ich habe hier eine Einladung zur Diskussion „Neugestaltung Bahnhofsviertel“, die sie sicherlich auch haben. „Wir laden sie zu einer Diskussionsrunde betreffend Neugestaltung usw. ein, 24. März, Hotel Minichmayr. Die Präsentation des Gestaltungskonzeptes erfolgte am 23. 2. 1999 durch Herrn StR Mayrhofer sowie durch Herrn Ing. Kaiser.“ Ich habe dazu keine Einladung gehabt. Hier schreibt man: „Nachdem einige Problempunkte noch offen sind und von den Teilnehmern aufgezeigt wurden, wie z. B. Hinweistafeln, Straßenrückbau usw. und keine Bushaltestellen mehr. D. h. also, und das zweite ist, dass die eine Spur verloren gegangen ist und der einspurige Straßenverkehr, der uns auch im Sommer Probleme mit der Merkurausfahrt gebracht hat, wo ich ja nach wie vor nicht verstehe, dass man diese Verkehrsberuhigungsmaßnahme nicht 10 Meter weiter, Richtung Bahnhofkreuzung, machen hat können.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Frau Kollegin Frech bitte, Hauser in Vorbereitung.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste. Irgendwie scheint es mir, dass wir heute schon die „Aktuelle Stunde“ vorgezogen haben, wir haben quer über den Verkehr diskutiert, gestatten sie mir auch noch ein paar Worte zur Verkehrsberuhigung Ennsdorf. Es ist noch nicht lange her, wie im Mai diese Vergabearbeiten ausgeschrieben worden sind, da bin ich so ziemlich alleine übrig geblieben, d. h., ich bin glaube ich alleine übrig geblieben, wie ich mich kritisch dazu geäußert habe. Ich habe dann von allen den Vorwurf bekommen, ich bin gegen Verkehrsberuhigung, nur weil ich gesagt habe, ich bin einfach von diesem Projekt in dieser Form nicht überzeugt und vor allen Dingen nicht in der Form, wenn man 5 Fahrspuren auf 2 verkürzt. Bisher waren es 5 Fahrspuren inklusive Busbucht. Aus dem Amtsbericht war klar erkennbar, das steht auch drinnen, 6,5 Meter Verschmälerung und 6,5 Meter sind dort meines Erachtens wirklich zu wenig, vor allem unter der Brücksichtigung der neuen Linienführung wo sie im Konvoi mehr oder weniger 4 Busse hintereinander haben. Mein Argument in diesem Punkt ist, ich bin froh, dass das jetzt anders gekommen ist. Nur, ich wünsche mir nicht, dass man zuerst etwas baut, eine Gehsteig ein paar Tage stehen hat und ihn dann wieder wegreißt und es wirklich Mehrkosten verursacht und dann Gelder abgehen, die wir woanders dringend brauchen würden. Vor allem hätte ich mir eines gewünscht, dass man eine Nachdenkphase einlegt. Die hat mir ein bisschen gefehlt, weil ich denke mir, das ist doch eine wesentliche Entscheidung und zuerst waren alle davon überzeugt, dass es in der geplanten Form funktioniert, da war ich so die Einzige, die Unkenrufe gestartet hat und dann denke ich mir, sollte man sich die Zeit gönnen, sich das wirklich einmal eine Woche ansehen, auch vielleicht externe Experten holen, die wirklich nicht so involviert sind und auch objektiv mit dem umgehen können. Das habe ich ein bisschen versäumt.

Was ich auch ein bisschen versäumt habe, das ist diese Geschichte zu etwas zu stehen oder nicht dazu zu stehen, weil irgendwo habe ich so den Eindruck, und das ist jetzt in der Diskussion so herausgekommen, irgendwie ist keiner zuständig, irgendwie haut das nicht ganz hin. Einen Beschluss gab es nicht, wir haben gehört, es war keine Bürgermeisterverfügung, es war aber auch kein Beschluss im Stadtsenat. Wenn ich das Protokoll vom 2. September 1999, aus der Sitzung des StS, hernehme, dann hat diese Meinungsbildung nicht einmal stattgefunden, weil in diesem Protokoll ist kein Wort von der Verkehrsberuhigung Ennsdorf zu vernehmen, weil es eben keinen Beschluss gab und in Stadtsenatsprotokollen stehen immer nur die Beschlüsse. Wenn ich mir das Protokoll ansehe,

dann denke ich mir, das Thema war ja nicht einmal vorhanden. Aber es hat zu Entscheidungen geführt. Es hat zur Entscheidung geführt, diese Bauarbeiten einzustellen und etwas anderes zu machen. Da denke ich mir schon, da hätte es einen Beschluss geben sollen und da muss man halt dazu stehen. Jetzt haben wir genau wieder die Geschichte, dass einer sagt, na ja, eigentlich bin ich eh nicht dafür und der andere sagt ich bin schon dafür. Es ist halt alles sehr kompliziert, wie schon einmal ein Bundeskanzler gemeint hat.

Wie gesagt, ich würde mir in Zukunft wirklich wünschen, dass man solche Überlegungen im Vorfeld macht, es ist schade um das Geld, dass wir jetzt mehr oder weniger auf der Straße liegen haben lassen und ich freue mich in diesem Fall nicht, Recht behalten zu haben. Es wäre mir lieber gewesen, man hätte das beizeiten gemerkt. In diesem Fall ist wirklich eins, mein Argument ist nicht, dass man die Autos dort behindert, weil das hat man ja wollen, sondern mein Argument ist wirklich, dass man dort den öffentlichen Verkehr behindert hätte, hätte man es bei diesen 6,5 Metern belassen, einfach weil die Busse wirklich, wie es auch schon geschildert worden ist, im Konvoi mehr oder weniger kommen und dann nicht einmal die Fahrgäste aussteigen können.

Aber wie gesagt, ich denke mir, man sollte auch den Mut zu Entscheidungen haben und dann auch dazu stehen und dass es dazu im StS keinen Beschluss gegeben hat, finde ich schon etwas seltsam.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Es hat am Schluss eine einhellige Auffassung gegeben. Glauben sie nur an die Kraft des Normativen, Frau Kollegin Frech, weil es wird jetzt so passieren.

Herr Kollege Hauser bitte.

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, wertbes. Präsidium, werte Gäste. Die Verkehrsberuhigung Ennsdorf ist, glaube ich, de facto ein unbestrittenes Wunschthema von allen, dass also dort weniger Verkehr durchgehen soll. Jetzt ist natürlich das passiert, was wir jetzt schon die ganze Zeit gehört haben, dass es schon Pläne gegeben hat, die wurden auch diskutiert. Mittlerweile sind wir auch schon protokollarisch aufgeklärt worden, dass es doch ein paar Einsprüche gegeben hat, denen halt nicht gleich Rechnung getragen wurde. Jetzt haben wir eine Situation erlebt, dass etwas errichtet wurde bzw. während der Bauzeit sozusagen ein Modell das 1:1 errichtet worden ist, plötzlich aus der Bevölkerung Einsprüche gekommen sind. Ich will jetzt nicht werten wie viel und wer einen wichtigeren Einspruch gehabt hat. Ich denke mir nur, wenn es Einsprüche von der Bevölkerung gibt, dann sollte man darüber nachdenken ob das richtig ist, was man macht. Das ist offensichtlich passiert. Da denke ich mir halt letzten Endes auch, dass das gescheit und geschickt ist. Grundsätzlich ist für mich schon eines auch wesentlich. Wenn die Frau Kollegin Frech sagt, dass sie sich auf der einen Seite Entscheidungen wünscht und im Satz davor sagt sie, sie hätte sich gewünscht, dass es eine Nachdenkphase gibt, dann weiß ich nicht was sie will. Wollen sie Entscheidungen oder Nachdenkphasen? Ich denke mir halt ganz einfach, wenn es Einsprüche von der Bevölkerung gibt und man setzt sich zusammen und diskutiert und man fällt eine Entscheidung, dann wird die auch durchzuziehen sein. Ich denke mir halt letztendlich, dass vielleicht bei dieser ganzen Planung ein Schritt zu rasch sozusagen umgesetzt wird. Wir sind in Steyr noch nicht so weit, dass wir Fahrbahnhofstellen haben, dass wir sie auch umsetzen, dass wir es aushalten. Wenn ich nur daran denke, wie wir über die Fahrbahnhofstelle auf der Schönaauer Brücke diskutiert haben und jetzt plötzlich hätte es im Ennsdorf funktionieren sollen. Ich denke mir, wir waren da einfach im Entwicklungsschritt einen Schritt zu schnell. Ich würde mir zwar wünschen, dass wir es irgendwann schaffen solche Dinge umzusetzen, aber dieses Mal war offensichtlich eine zu rasche Verengung in

dieser Anlage geplant. Daher bin ich ganz froh, dass man letztendlich doch eine Entscheidung gefällt hat, ein halbwegs annehmbares Modell umzusetzen, wo man sozusagen auf der einen Seite eine Teilberuhigung der Bevölkerung zusammenbringt, weil alle sind natürlich nicht immer einer Meinung, aber dass man vor allen Dingen trotzdem eine Verkehrsberuhigung in Ennsdorf umsetzt. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Kollege Payrleithner bitte.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen. Als Mitglied des Bauausschusses ist mir das jetzt wirklich noch ein Bedürfnis dazu etwas zu sagen. Es hat eine Bauausschusssitzung gegeben, die bekannterweise im Hotel Minichmayr stattgefunden hat und dort hat uns der Herr Dr. Kaiser dieses Projekt zum 1. Mal präsentiert. Ich muss sagen, es hat nicht nur mir gefallen, unserer Fraktion, sondern auch allen anwesenden Mitgliedern des Bauausschusses. Ich kann mich nicht erinnern, dass es dort eine umfangreiche Diskussion gegeben hätte, die in die Richtung gegangen ist, dass man gesagt hätte, das kommt überhaupt nicht in Frage, das schadet den Geschäftsleuten usw. Ich muss aber hier heute eines ganz klar sagen. Es war unsere Fraktion, das ist sicher auch im Protokoll nachzulesen, die damals gesagt hat, wir sollen aber auch mit den Beteiligten, mit den Anrainern, mit den Geschäftsleuten ein Stadtteilgespräch führen, das sind einschneidende Maßnahmen, die sicher langfristige Auswirkungen auf den Geschäftsverlauf usw. haben werden. Wir haben das ja alles noch gekannt und in guter Erinnerung in Steyrdorf. Das hat man dort selbstverständlich zur Kenntnis genommen und man hat versprochen, dass man so vorgehen wird und es hat dann später, wie ich gehört habe und wie es mir mitgeteilt wurde, auch eine Besprechung mit den Geschäftsleuten gegeben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Es hat ein Stadtteilgespräch gegeben. Das ist eine zusätzliche Veranstaltung gewesen, die der Herr Dr. Pfeil angesprochen hat.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Nach Rücksprache bei Herrn Dr. Kaiser, was sich denn dort so abgespielt hat, und er hat das auch vor kurzem wieder bei der Bauausschusssitzung im Lebzelterhaus, im Anschluss an den offiziellen Teil, bestätigt, haben sich sogar, hingegen das was heute hier kundgetan wird, die Geschäftsleute in der Pachergasse oder Färbergasse, der Herr Braunsberger und einige andere Leute, nicht nur wohlwollend diesem Projekt gegenüber geäußert, sondern sie haben sich sogar, ich zitiere jetzt nur den Herrn Dr. Kaiser, dahingehend geäußert, dass sie sich sogar selbst mit Beiträgen beteiligen, der eine mit Bäumen, der vom C&A hat glaube ich vorgeschlagen, dass er Tische rausstellt, Blumen usw. Es war überhaupt nicht die Rede, dass da irgendjemand gegenteiliger Meinung war. Dann plötzlich war dieses große Theater, eigentlich mit Geschäftsleuten die in einer Parallelstraße sind, die ja offensichtlich gar nicht unmittelbar damit betroffen sind und haben dann gesagt, dass sie mit dem nicht einverstanden sind. Das hat sich plötzlich dann alles ganz anders dargestellt. Ich muss jetzt

einmal grundlegend sagen, ich persönlich, und ich glaube schon, dass auch der Großteil unserer Fraktion sich dazu bekannt hat, dass man dort diese Rückbaumaßnahmen, diese Maßnahmen die der Herr Dr. Kaiser vorgeschlagen hat, uns allen gefallen haben und uns zu dem auch bekennen, dass man das machen soll.

Unsere Meinung zum Parkdeck ist ja bekannt. Das Monster, das ja relativ teuer war, ist nun einmal da und wir haben gesagt, dann soll auch der Hauptverkehr darüber gehen. Jetzt wäre es dann wieder so gewesen, dass der Durchzugsverkehr doch wieder dort stattgefunden hätte, auf der anderen Seite bei der Tankstelle wären sie alle wieder herausgefahren. Da frage ich mich schon, wo ist da der Sinn und Zweck von dem? Aber, für die Zukunft sollte man vielleicht daraus etwas lernen. Das war auch eigentlich der Hauptgrund, warum ich mich da jetzt zu Wort gemeldet habe. Ich glaube nämlich, dass offensichtlich manchmal die Bürger bei diesen Präsentationen, ich will nicht sagen überfordert sind, aber die Art der Präsentation nicht ganz so verstehen, wie sie sich nachher in Wirklichkeit darstellt. Es hat heute wer gesagt, es ist ein 1:1 Modell. Vielleicht sollte man davon abgehen, dass man an der Wand bei solchen Stadtteilgesprächen irgendwelche Pläne aufhängt. Die Leute gehen dort vorbei, nicken, weil sie sich vielleicht nicht zugeben trauen, dass sie es nicht ganz so verstehen und sich vorstellen können, wie es dann in Wirklichkeit aussieht. Dann haben wir im Nachhinein diese Probleme. Ich bin überzeugt, dass das eines der Hauptprobleme ist. Ich weiß nicht, vielleicht muss man das mit Modellen oder visuell ganz anders darstellen. Es gibt sicher, mit der heutigen Technik, auch andere Möglichkeiten, das den Bewohnern darzustellen, zu präsentieren, als wie nur an der Wand hinten Pläne aufhängen und nachher haben wir nicht nur ein riesiges Theater, es kostet auch alles Geld, die ganze Baustelle wird aufgehalten und den ganzen Zirkus. Ich glaube, das sollte man zumindest daraus lernen und in Zukunft vielleicht bei solchen Stadtteilgesprächen darauf Rücksicht nehmen, weil ich glaube, dass das schon einer der Hauptpunkte dort war. Bitte, die Straße dort ist ja wirklich breit genug, da ist für alle Platz, für die Gestaltung wie sie der Herr Dr. Kaiser geplant gehabt hat, und er ist wahrscheinlich auch zu Recht etwas sauer, dass man doch ein Gesamtkonzept, mehr oder weniger durch Herausnahme einzelner Maßnahmen, etwas zerpfückt hat. Für die Geschäftsleute wäre durchaus die Möglichkeit gewesen, und ich habe da wirklich vollstes Verständnis dafür, dass man dort Busbuchten von Haus aus einbindet. Aber man ist erst darauf gekommen, wie das fast fertig war und das könnte man, glaube ich, mit dementsprechenden Präsentationen in Zukunft verhindern. Ich kann mich erinnern, da war ich noch gar nicht in der Politik, da hat es eine Veränderung, nicht als GR, Funktionär war ich schon lange, am Ortskai gegeben, durch die Kanalverbreiterung. Da haben wir, die Anrainer, damals ein Stadtteilgespräch verlangt und da war es fast auch so. Da hat man das auch auf der Wand aufgehängt und wie sie dann nachher begonnen haben, dann haben die Leute gesagt, eigentlich ist es nicht das, was wir uns vorgestellt haben. Sie haben sich das nur anhand der Pläne nicht vorstellen können und das sollte man, glaube ich, in Zukunft ändern.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Es wird schon zutreffend sein, aber es betrifft nicht nur die Bürger oder die Geschäftsleute dort, sondern es betrifft natürlich uns genau so, weil wir haben ja wirklich im Bauausschuss den Plan dort vorliegen gehabt und du hast auch richtig zitiert, dass wir das 1. Mal von Dr. Kaiser diese Vorstellung der Gestaltung präsentiert bekommen haben und es hat uns allen so gefallen. Darum habe ich gesagt, man muss ja aufpassen, die Architekten machen natürlich irgendwelche schöne Zeichnungen und da gibt es Bäume und Baumscheiben und ich weiß nicht was alles, auf alle Fälle sieht es sehr lieb aus und es wäre ja an sich eine schöne Omnibusbucht. Das bestreite ich ja nicht.

Payrleithner Hans, ich bemühe mich mit dir.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Bitte?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Zuhören sollst du mir, weil ich mich mit dir bemühe. Du hast ja da jetzt einen Einwand gemacht. Fest steht, dass in Wirklichkeit die Funktionalität natürlich auch eine wichtige Rolle spielt und dass man das nicht einfach so erkennen kann. Auch wir haben es nicht so erkannt. Ich betrachte das schon als bürgerfreundlich darauf zu reagieren, wenn die hell empört sind. Dr. Kaiser möchte dort eine schöne Welt umsetzen und es gefällt mir auch und es hat mir auch gefallen. Es ist in Ordnung, aber wenn es dann nicht funktioniert und ich habe dort das ganze Viertel auf der Palme, denen wir Gutes tun wollen, mit außerordentlichen Millionen und vor der Zeit bitte sehr. Alle waren so begeistert, dass sie Wieserfeld vergessen haben. Das kommt eh auch noch.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Haben sie mit den Leuten gesprochen?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

So war das. Bitte schön, ich bin doch nicht so verrückt und haue zusätzliche Millionen und auch noch früher, entgegen unserer Mittelfristplanung, Finanzplanung, dort hinein und habe dann bei der Eröffnung auch vielleicht noch die faulen Eier. Das wollen wir doch nicht tun und das ist für keinen gut. Da gibt es keine Parteipolitik und kein gar nichts. Fest steht, dass es unterschiedliche Positionen gibt, die z. B. der Städt. Verkehrsbetriebe, die möchten nur Autobusfahren. Ihr hängt der öffentlichen Verkehrsüberlegung mit Nachdruck an. Es ist in Ordnung und legitim, ich habe ja gar nichts dagegen, ich sage es ja nur. Dann gibt es natürlich den Gestaltungs- und Stadtbildpfleger, den Herrn Dr. Kaiser, der will eine schöne heile Welt haben. Aber wir sind ja Gemeinderäte, wir müssen auch die Bürger entsprechend hören und das würdigen und gegen den Wind kann man halt nicht gut tun.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Man muss sich halt einmal etwas trauen auch.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Aber wieso stürzt den für euch die Welt so ein? Nehmt doch zur Kenntnis, dass die Autobusse links blinken und herausfahren. Sie sind ja nicht aufgehalten. Dazwischen, wenn sie stehen, kann der mit dem Auto vorbeifahren und braucht sich nicht drei Grünphasen, hinter dem Autobus wartend, ansehen. Jetzt haben wir halt diesen Schritt. Es sind zwei Schritte der Verkehrsberuhigung und nicht drei. Ihr wollt drei Schritte, die Bürger wollen nur zwei Schritte. Die nehmen es zur Kenntnis.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Von welchen Bürgern reden sie?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Es ist ein Kompromiss in Richtung Verkehrsberuhigung, die findet nämlich statt und eine Frage der Gewöhnung ist es außerdem. Das wollte ich dazu nur sagen. Wir werden immer wieder den Umstand haben, das werden Praktiker zur Kenntnis nehmen und jeder der schon einmal ein Haus umgebaut hat, wird sich wohl erinnern können, dass er während des Umbaus auf allerhand daraufgekommen ist, wie es in der Planung anders drinnen war, weil es nicht funktioniert hat, oder weil er selbst zur Erkenntnis gekommen ist, ermöchte es noch ein bisschen anders haben. Das ist so, mit dem können wir leben, aber das Schlusswort hat der Herr Kollege Mayrhofer.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Danke sehr. Es ist wie erwartet nicht um die Baumscheiben gegangen, sondern natürlich um das Projekt Ennsdorf. Dr. Pfeil hat gesagt, die Einladung im Februar hat er nicht erhalten. Da gebe ich ihm vollkommen Recht, das Gesamtprojekt wurde der gesamten Bevölkerung des Stadtteiles Ennsdorf, anlässlich der Präsentation bei der Post, vorgestellt.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Das stimmt nicht. Den Kollegen Schloßgangl habt ihr nicht eingeladen.

Gelächter

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Wir haben im nächsten logischen Schritt für den 1. Bauabschnitt, wo es um die Verwirklichung geht, alle direkt Betroffenen eingeladen, vor allem auch die Geschäftsbetriebe, weil wir auch zeitlich koordinieren wollten, dass es hier keine Probleme gibt. Zu diesem Gespräch war also nur ein eingeschränkter Personenkreis eingeladen. Ich möchte nicht verhehlen, dass ich mit der ganzen Geschichte nicht glücklich bin. Das habe ich immer gesagt und dazu stehe ich auch. Man muss aber auch zu etwas anderem stehen und das sind Mehrheitsentscheidungen. Zu dem bekenne ich mich auch. Das ist einfach so, dass man nicht nur seine eigenen Interessen auf immer und ewig durchsetzen kann, sondern man muss einfach auch zur Kenntnis nehmen, wenn man z. B. in einer Diskussion unterliegt oder wenn die eigenen Argumente nicht stichhaltig genug sind. Das ist auch in dieser Stadtensenatssitzung passiert. Wir haben dort über eine Stunde diskutiert und ich habe abschließend zur Kenntnis genommen, dass eben der Rückbau der Busbuchten gewünscht ist. Aus, Punkt um, das ist es. Wir haben sofort den Bau gestoppt, damit keine zusätzlichen Kosten mehr entstehen. In der Zwischenzeit sind eben die Angebote für den Rückbau eingeholt worden. Hier sind wir wirklich sehr froh, ich habe es zuerst schon genannt, dass sich die Summen, die man zuerst geschätzt hat, nicht bewahrheitet haben, dass es deutlich geringer ist. Die Busbucht auf der Seite des Merkurs hat fast keiner Änderungen bedurft, weil der Bau noch nicht so weit war. Hier sind zusätzliche Kosten nur im Ausmaß von S 19.000,-- notwendig. Auf der gegenüberliegenden Seite, bei der OKA, ist es natürlich schon weiter fortgeschritten. Und hier, da bin ich eigentlich bei der Frau Kollegin Frech, wäre es mir persönlich auch recht, wenn man auf dieser Seite wenigstens einen Test probieren würde. Man kann dann immer noch zurückbauen. D. h., dort wird erstens einmal nicht eingestiegen, sondern nur ausgestiegen, dann kommen die Busse nicht im Pulk, sondern nur einzeln an. Wir haben jetzt in diesem Projekt vorgesehen, dass eine Busbucht mit 15 Metern gemacht wird. Ich persönlich könnte mich wirklich damit anfreunden, wenn man sagt, die eine wird eh jetzt gemacht, die hat 55 Meter für

4 Busse, warten wir mit dem Umbau der gegenüberliegenden Seite, damit wir sehen, wirkt sie sich wirklich negativ aus oder nicht.

So, jetzt zu meinem vorgetragenen Antrag. Ich ersuche um Zustimmung für die 8 Baumscheiben zum Preis von S 140.600,--.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Der Antrag steht zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke. Gegenprobe. Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen worden.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Der nächste Antrag bezieht sich auf die Grundeinlöse Wieserfeldplatz. Hier werden geringe Grundstücke im Mittelteil des Wieserfeldplatzes angekauft und zwar von den Ehegatten Mayr und von der Familie Simetinger. Für diesen Ankauf sind Mittel im Ausmaß von S 70.000,-- notwendig, die von der VSt. Straßen- und Brückenerhaltung Wehrgraben und von der VSt. Straßenbau Wieserfeldplatz genommen werden.

Ich ersuche um Zustimmung.

21) K-1/99

Grundeinlöse Wieserfeldplatz zum Zwecke der Straßenverbreiterung auf dem Grundstück der Familie Mayr 1039/5, EZ 930, KG Steyr, und von Frau Ingeborg und Claudia Simetinger auf den Grundstücken 1039/2, EZ 927, Grundstück 1039/3, EZ 928, und Grundstück 1039/4, EZ 929.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 8. September 1999 wird dem Ankauf des Grundstückes 1039/5, EZ 930, KG Steyr, im Ausmaß von ca. 106 m² von Ing. Günther und Frau Elisabeth Mayr, 4400 Steyr, Seitenstettner Straße 17, sowie dem Ankauf von ca. 30 m² aus den Grundstücken 1039/2, EZ 927, 1039/3, EZ 928 und 1039/4, EZ 929, je KG Steyr, von Ingeborg und Claudia Simetinger, 4400 Steyr, Wieserfeldplatz 33, zu den im Amtsbericht aufgezeigten Bedingungen zugestimmt.

Die dafür erforderlichen Mittel im Ausmaß von S 70.000,-- werden bei der VSt. 5/6120/002270 („Straßen- und Brückenerhaltung Wehrgraben“) in form einer Kreditübertragung auf VSt. 5/612000/002260 (Gemeindestraßen, Straßenbau Wieserfeldplatz) freigegeben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Der Antrag steht zur Debatte. Ich sehe keine Wortmeldung. Wir kommen daher gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen. Danke sehr. Gegenprobe. Stimmenthaltung wird nicht angezeigt. Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Der letzte Antrag bezieht sich auf die Vergabe der Tiefbauarbeiten anlässlich der Kanalisation Löwengutsiedlung. Ich möchte, bevor ich zu diesem Antrag gehe, noch kurz ausführen, dass wir heute, alleine bei meinen Anträgen, über 15,4 Millionen Schilling abstimmen und dass es uns wirklich gelungen ist, durch die sehr, sehr gute Arbeit der Beamtenschaft und auch mit dem mutigen Schritt Vergaben noch einmal auszuschreiben also aufzuheben und dann noch einmal auszuschreiben, alleine bei den drei heutigen Anträgen 3 Millionen Schilling einzusparen.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Das funktioniert wirklich nur dann, wenn die zuständigen Fachleute die nötige Sensibilität entwickeln und aufmerksam sind, wenn irgendetwas nicht ganz so ist, wie es sein sollte. Ich glaube, hier sollte man den Beamten wirklich den Dank aussprechen und sie vielleicht auch einmal belobigen.

Zum Antrag Kanalisation Löwengutsiedlung, der wurde bitte zweimal ausgeschrieben. Wir hatten nach der Zweitausschreibung das Problem, dass es sich um S 500.000,-- verteuert hat. Wir haben dann also ein drittes Mal ausgeschrieben und sind jetzt um 1,2 Millionen Schilling billiger geworden als bei der Zweitausschreibung. Der Billigstbieter ist die Firma Gerstl aus Wels mit einem Preis von 4,866.218,30. Die notwendigen Mittel müssen mit einer Darlehensaufnahme bedeckt werden. Ich ersuche dem Antrag die Zustimmung zu geben.

22) BauT-9/98

Errichtung Kanalisation Löwengutsiedlung BA 07; Vergabe Tiefbauarbeiten und maschinelle Ausrüstungen.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 9.9.1999 werden die Erd-, Baumeister- und Rohrverlegungsarbeiten zur Errichtung der Kanalisation Löwengutsiedlung sowie die maschinellen Einrichtungsarbeiten der Pumpstation an die Fa. Gerstl, 4600 Wels, Kalkofenstraße 25, zum Preis von S 4,194.347,60 exkl. MWSt. vergeben.

Die erforderlichen Mittel für den Kanalbau Löwengutsiedlung in Höhe von S 4,194.000,-- sind im Voranschlag 1999 mit S 3,343.000,-- exkl. MWSt. bei der VSt. 5/851000/004160 (Kan. Löwengutsiedlung) vorgesehen. Der restliche Betrag in Höhe von S 1,054.000,-- exkl. MWSt. für den Kanalbau und die noch zu beantragenden elektrotechnischen Arbeiten (ca. S 294.000,--) ist im Budget 2000 zu finanzieren.

Der Beschluss gilt vorbehaltlich der Zustimmung der Vergabekommission des UWF beim Amt der OÖ. Landesregierung.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von insgesamt S 4,194.000,-- exkl. MWSt. notwendig, die hiemit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Auch dieser Antrag steht zur Debatte. Wünscht jemand das Wort? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag oder übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig angenommen worden. Ich danke dem Kollegen Mayrhofer.

Ich schlage vor, dass wir eine Pause von 15 Minuten machen.

PAUSE VON 19.35 UHR BIS 20.00 UHR

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir nehmen unsere Sitzung wieder auf. Der nächste Berichterstatter ist Herr StR Spanring. Bitte sehr.

BE: STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Wertes Präsidium, werte Gäste, meine Damen und Herren des Gemeinderates. Ich habe einen gemeinsamen Antrag von LIF, FPÖ, ÖVP und GAL vorzutragen.

Antrag auf Beschlussfassung einer Richtlinie für ein modernes Personalauswahlverfahren bei Geschäftsbereichs- und Fachabteilungsleitern des Magistrates der Stadt Steyr.

Die unterzeichneten Mandatare des Gemeinderates der Stadt Steyr stellen gemäß § 6 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Gemeinderates folgenden Antrag:

23) Präs-486/99

Antrag der LIF-, FPÖ-, ÖVP- und GAL-Gemeinderatsfraktion betreffend Beschlussfassung einer Richtlinie für ein modernes Personalauswahlverfahren bei Geschäftsbereichs- und Fachabteilungsleitern des Magistrates der Stadt Steyr.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Unabhängig vom gesetzlich vorgesehenen Auswahlverfahren gemäß dem öö. Objektivierungsgesetz hat ab sofort bei der Nachbesetzung von Geschäftsbereichs- und Fachabteilungsleitern das Auswahlverfahren unter Einhaltung folgender Richtlinie zu erfolgen:

Abhaltung eines Hearings und/oder Assessment Centers, an dem je ein Mitglied jeder Fraktion, die im Gemeinderat der Stadt Steyr vertreten ist, teilnehmen kann.

Diese Richtlinie ist jedenfalls bereits auf die derzeit laufende Nachbesetzung der Leiterposten für den Geschäftsbereich III (Bauangelegenheiten) und VI (Kultur, Bildung und Sport) anzuwenden.

Begründung:

Derzeit finden Hearings bzw. Assessment Center, wenn überhaupt, unter Ausschluss des

Gemeinderates statt. Die Teilnahme von zumindest einem Vertreter jeder Fraktion soll zur Transparenz und Objektivität von Personalentscheidungen beitragen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Zu Wort gemeldet hat sich Frau Mag. Frech. Bitte sehr.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, wert Kolleginnen und Kollegen, wert Gäste. Dieser Antrag ist, so wie einer den wir heute schon gehabt haben, eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Ich denke mir, es müsste überhaupt kein Problem sein, diesem Antrag die Zustimmung zu geben. Worum geht es denn? Es geht nur darum, dass man bei Geschäftsbereichsleitern, bei Fachabteilungsleitern ein Hearing oder ein Assessment Center macht. Das ist eine Selbstverständlichkeit, das ist draußen in der Wirtschaft eine Selbstverständlichkeit, das müsste auch bei uns herinnen eine Selbstverständlichkeit sein. Worum geht es noch? Es geht darum, dass bei diesem Hearing von jeder Fraktion, die hier in diesem GR vertreten ist, eine Person anwesend sein darf. Auch das müsste eine Selbstverständlichkeit sein, dass wir als Gemeinderat bzw. als einzelne Personen dieses Gemeinderates, an diesem Hearing teilnehmen dürfen, beobachtend. Da sind wir ja noch nicht einmal beim Fragestellen. Einfach sich das anzusehen, wie kommen Personalentscheidungen zustande. Das ist bis jetzt noch keine Selbstverständlichkeit. Deshalb eröffnet dieser Antrag hier auch eine Chance, nämlich eine Chance wirklich etwas zu verändern. Transparentere Personalpolitik zu machen. auch objektivere Personalpolitik zu machen. Das ist eine Chance, sehen sie es als solche. Es ist auch kein Zufall, dass dieser Antrag von 4 Fraktionen gemeinsam eingebracht worden ist. Herr Bürgermeister, normalerweise sagen sie dann oft zu mir, Frau Frech, da sind sie jetzt alleine. Nur Herr Bürgermeister, da muss ich ihnen sagen, wenn ihre Fraktion heute diesem Antrag die Zustimmung verweigert, gut, dann ist die SP alleine übrig. Gut, sie können immer mit ihrer Quantität argumentieren, aber immerhin, sie haben 4 Fraktionen gegen 1. Die eine Fraktion, egal wie stark sie ist, bleibt in diesem Fall wirklich übrig. Eines schon noch, ich will gar nicht davon reden, dass das LIF und die Grünen von sämtlichen Personalinformationen ausgeschlossen sind, sie sitzen ja nicht einmal im Personalbeirat. Ein bisschen besser geht es den Stadtseatsfraktionen, die sitzen zumindest im Personalbeirat. Aber auch von denen weiß ich, dass das, was sie an Information bekommen, sehr gefiltert und auch sehr rudimentär ist. Ich glaube, wir tun uns hier herinnen keine guten Dienst, wenn wir unsere Personalpolitik nicht wirklich transparent gestalten, weil alles was nicht transparent ist, führt auch letztendlich zu Gerüchten. Eine kleine Anekdote, die mir heute passiert ist, die ich selbst nicht glauben wollte. Da gibt es einen Bewerber für den Bereich des Kulturamts, für den Leiter des Geschäftsbereiches Kultur. Vor zwei Monaten ungefähr hat die Bewerbungsfrist ja geendet. Jetzt ruft dieser Bewerber einmal am Magistrat an und fragt, ja wie ist denn das, gibt es da schon eine Entscheidung, gibt es da ein Hearing oder nicht, bin ich in der engeren Wahl oder nicht. Wissen sie was man dem gesagt hat? Das darf ich ihnen nicht sagen. Ich darf ihnen nicht sagen, ob sie in die engere Wahl gekommen sind oder nicht. Ich kann ihnen aber auch nicht sagen, ob sie nicht in die engere Wahl gekommen sind. Gut, das hat der Bewerber einmal zur Kenntnis genommen. Dann hat er irgendwie auf Schleichwegen erfahren, dass es angeblich schon ein Hearing gegeben hat. Dann hat er nochmals angerufen und darauf hingewiesen, da war doch schon ein Hearing. Die Antwort war, das dürfen wir ihnen nicht sagen, ob da schon ein Hearing war oder nicht. Ja bitte, wo leben wir denn? Leben wir irgendwo noch im Ostblock, dass ich nicht einmal einen Bewerber sagen darf, ja da gab es schon ein Hearing oder da gab es noch keines, dass wir ihn nicht informieren, dass wir ihm nicht wenigstens mitteilen, sie sind nicht zum Hearing eingeladen, wir haben uns für andere Personen entschieden. Da denke ich mir, na gut, was der Bewerber nicht schafft, das müsste vielleicht ich, als kleiner Gemeinderat, schaffen. Ich wollte keine Information, wer hat sich genau beworben, obwohl es mich natürlich interessiert, aber da weiß ich schon das ist der Datenschutz. Ich wollte nur wissen, gab es bereits ein Hearing oder nicht

und wann hat es stattgefunden. Die Antwort war, das dürfen wir ihnen nicht sagen, fragen sie den Magistratsdirektor, der sagt ihnen das vielleicht, ich darf ihnen das nicht sagen. Wenn das schon so geheim ist, ob es bereits ein Hearing gegeben hat oder nicht, dann können sie sich ungefähr vorstellen, meine Damen und Herren, wie hier herinnen noch Personalpolitik gemacht wird. Jedenfalls nicht zeitgemäß. Ich würde mich wirklich freuen, und für mich ist das heute auch eine Probe. Ich brauche, glaube ich, keinen der 4 Fraktionen überzeugen, die diesen Antrag miteingebracht haben, weil da waren wir uns sehr einig, auch über viele andere Unterschiede die es zwischen uns gibt. Zu überzeugen gilt es nur die SP-Fraktion. Hier, gerade du, Stephan Keiler, bist immer einer der sagt, wirf uns nicht immer alle in einen Topf. Alle sind nicht so bei uns, es gibt sehr, sehr viele, die sind viel demokratischer als du immer annimmst. Das ist heute eine Testphase. Hier ist wirklich Ort und Zeit, Farbe zu bekennen.

Diskussion verschiedener Mandatare

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Und zwar Farbe zu bekennen, nicht dass man Mitglied der SP-Fraktion ist, weil das weiß man, sondern Farbe zu bekennen, ob in dieser Fraktion nicht nur sozial drinnen steht, sondern auch demokratisch und ob demokratisch nur drinnen steht oder auch danach gehandelt wird. Heute, meine Damen und Herren der SP-Fraktion, haben sie Gelegenheit Mut zu beweisen. Mut zur Modernität, Mut zur Objektivität und Mut zur Transparenz. Nutzen sie diese Chance.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Nächster am Wort ist Herr Dr. Pfeil. Bitte sehr.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Liebe Gäste, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen. Es ist tatsächlich so, dass dieser gemeinsame Antrag der vier Fraktionen eine Minimalforderung für eine modernes Auswahlverfahren ausdrückt. Was passiert denn? Ich nehme einmal die Kultur heraus. Die Besetzung eines Leiterposten des Kulturbereichs bietet die einmalige Chance zu sagen, es war einmal wichtig, früher, dass man hier einmal einen hohen Posten dafür vorgesehen hat, verbeamtet hat. Aber die Zeit ist unheimlich schnell weitergegangen. Wir müssen jetzt schauen, dass wir einen Kulturmanager bekommen, der wirklich die kulturellen Belange der Stadt Steyr in das nächste Jahrtausend führt. Wenn man glaubt, dass man da ausführlich im Kulturbereich, im Kulturausschuss usw., gesprochen hat, der täuscht sich. Gerade der Kulturreferent, der auch Personalreferent ist, hätte ja die einmalige Chance gehabt, das in Personalunion zu machen. Aber nichts ist passiert und es wurde wie eh und je einfach eine Ausschreibung gemacht und dann haben sich einige beworben. Niemand weiß von uns wie viele sich beworben haben und jetzt, das ist wirklich die besondere Eleganz, 4 was man hört, werden zu Hearings eingeladen. Ich habe schon gehört, dass einige Personen dort waren und ich weiß auch von einigen Leuten, wo ich meine, das sind kulturelle, sogenannte „Zwölfender“, die haben bis jetzt noch keine Einladung zum Hearing gehabt.

GEMEINDERAT MAG. GERHARD KLAUSBERGER:

Sind das Hirschen?

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Man hat manchmal den Eindruck, dass eher die Jährlinge da eingeladen wurden und nicht die Kapitalen. Vielleicht will man das in Steyr nicht. Vielleicht will man gerade im Kulturbereich keine Kapazunda haben. Vielleicht will man das nicht, dann soll man es auch sagen. Aber eine derartige geheime Staatsaktion daraus zu machen, das ist wirklich nicht zielführend. Ich appelliere wirklich an die Kolleginnen und Kollegen aus der SPÖ diesem Antrag beizutreten. Wir werden ein Problem haben, weil hier in diesem Antrag steht, und zu diesem Zeitpunkt wo wir ihn formuliert haben, haben ja unseres Wissenstands nach die Hearings noch nicht begonnen, jetzt sind sie im Laufen, da werden wir sicherlich eine Lösung finden, dass wir dieses Problem lösen. Ich ersuche den Bürgermeister hier uns zu sagen, und das ist das Wesentlichste dabei, wer macht die Vorauswahl, reduziert auf 4. Das ist, glaube ich, das Entscheidende. Wenn 4 schwache Hirsche, ich bleibe in der Hirschsprache, zum Hearing kommen und die Kapitalen bleiben draußen, wer entscheidet das? Geben sie uns bitte heute hier eine Antwort.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Nächster am Wort ist Herr StR Mayrhofer.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Sehr geehrtes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich war bei dem Hearing, beim Baudirektor, dabei, ich war eingeladen als zuständiger Referent. Mir wurde auch die Liste sämtlicher Teilnehmer, also auch die, die bei der Vorauswahl ausgeschieden wurden, zugänglich gemacht. Ich muss dazu sagen, ich habe wirklich das Gefühl gehabt, dass dieser Ausscheidungsprozess, in dem Fall, auf jeden Fall in Ordnung war. Es sind also 4 Leute mit Qualitäten zur Endauswahl angetreten, ich war bei dem gesamten Hearing dabei. Bei der Abstimmung allerdings nicht, das ist ja bei der Objektivierungskommission, das ist vollkommen klar. Aber ich habe bei der ganzen Sache eigentlich schon ein gutes Gefühl gehabt. Ich stehe aber nichts desto trotz an, und darum habe ich diesen Antrag auch mitunterschrieben, dass ich glaube, es ist wirklich nicht notwendig, vor allem wenn es objektiv und fair abläuft, dass man ein Geheimnis daraus macht. Ich bekenne mich wirklich zu diesem Antrag, dass von den verschiedenen Fraktionen Zuhörer anwesend sein können. D. h., ich glaube, das ist richtig, das ist demokratisch und darum unterstütze ich diesen Antrag.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Nächster ist Herr Kollege Apfelthaler.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates, liebe Gäste. Wir glauben doch nicht alle, dass wir nur in irgendeiner Weise hier mitreden können, was die Personalpolitik des Magistrates anbelangt. Das glauben wir aber nicht allen Ernstes? Oder? Weil wir das nicht glauben, versuchen wir Wege zu finden, um diese Prozesse ein bisschen transparenter für uns selber zu machen. Unter Transparenz verstehe ich, nicht dass man damit gleich zur Zeitung läuft wer sich aller bewirbt, wie es vielleicht unter Umständen in der Vergangenheit passiert ist, sondern, wenn wir 6 Jahre hier als Gemeinderäte, Stadträte ect. Arbeiten sollen, dann wäre es ja nicht uninteressant jene Personen kennen zu lernen, die uns vielleicht überleben werden, zumindest politisch. Wir könnten uns zumindest in die Brut werfen und sagen, wir haben für alle nächsten nachfolgenden Generationen von Gemeinderäten und Gemeinderätinnen schon in der Gegenwart Personen ausgesucht, wo wir zumindest hochprozentig annehmen können, dass sie die fachliche Qualität haben diesen Posten auch auszufüllen. Es ist ja immer wieder, wenn das zur Sprache kommt, Personalpolitik im Magistrat, höchst interessant, wenn es z. B. darum geht Personalhoheiten für Abteilungen einzufordern, die ausgegliedert sind ect. Ich erinnere sie nur z. B. an die Diskussion des APT, wo wir damals gesagt haben, eigentlich wäre es ja sehr gut, wenn der Geschäftsführer da oben auch einmal schneller reagieren könnte, wenn es zu Personalknappheiten kommt, sich unter Umständen die Leute auch selber aussuchen könnte. Nein, das ist nicht möglich. Oder z. B., ich erinnere sie nur an die Diskussion, die wir über die Stadtwerke hier abgeführt haben, wo wir gesagt haben, wenn einer, ein Geschäftsführer, ein Direktor, so viel Verantwortung übernehmen muss, dass dieser Betrieb, den er führen soll, in Zukunft auch funktioniert, ist es vielleicht ein bisschen zu wenig, wenn er sich nur über die Buchhaltung und über die Materialien und etwaige Busse den Kopf zerbrechen darf, aber die Leute, die dieses Material bedienen sollen, ganz woanders herkommen. Die Krone wäre natürlich, so wie StR Eichhübl gesagt hat, dass einfach Leute kommen, Leute gehen, ohne dass der zuständige Referent, geschweige denn der Direktor, da irgendeinen Einfluss darauf hat. Also, Personalpolitik passiert hier im Haus, vielleicht Kilometer weg von der wirklich zuständigen Abteilung. Also etwas, was, denke ich mir, seine Ursache haben wird. Seine Ursache sicher dahingehend, dass die wesentlichen Werkzeuge für eine Stadtregierung, die fachlich aber auch unter Umständen politisch motiviert sein können, in den Händen jener verbleiben, die mit Abteilungen die auswärts, ausgegliedert sind, vielleicht gar nichts mehr zu tun haben. Aber das ist Realität. Das ist leider so. Darum war dieser wirklich, das ist heute schon erwähnt worden, fast zaghafte Schritt bei der Finanzrechtsausschusssitzung, die Bitte anzubringen dürfen, dass auch die einzelnen Fraktion bei der Endausscheidung dabei sein und dort drei Fragen stellen dürfen, für Personen, mit denen sie sich vielleicht die nächsten 10 Jahre beschäftigen müssen, abgeschlagen wurde. Ich verstehe es wirklich nicht warum. Drei Fragen, ich verstehe es bis heute nicht. Ich verstehe auch den Herrn Bürgermeister nicht, wenn er bei dieser Sitzung sagt, die Vertraulichkeit ist nicht gegeben. Das steht sogar im Protokoll. Also, Vertraulichkeiten hier im Haus, da wissen wir doch, dass das fast ein gläserner Palast ist, wenn einer links unten im Keller eine Wurstsemmel isst, dann weiß man es bereits Sekunden später oben am Dach.

GEMEINDERAT WALTER OPPL:

Ich erfahre es immer erst 14 Tage später.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Aber du erfährst es.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Also, dieser Vorschlag, den ich bei der letzten Finanzrechtsausschusssitzung hier vorgebracht habe, und wo ich ehrlich gesagt fast das Gespür gehabt habe der Magistratsdirektor könnte sich unter Umständen mit dieser Bitte, ich würde jetzt nicht einmal sagen, einverstanden erklären, aber er hat zumindest vom Gesichtsausdruck irgendwie für mich signalisiert, dass man darüber nachdenken könnte. Leider ist er dann zerredet worden, weil dann irgendwelche Vorschläge gekommen sind, dass die ganzen Ausschüsse dann in dem Hearing teilnehmen sollen. Also, das wird nicht funktionieren. Alle Fraktionen dabei, drei Fragen, das ist leider abgeblockt worden. Ich komme heute noch, in der „Aktuellen Stunde“, auf Personalpolitik hier im Magistrat zurück, vielleicht ein bisschen differenzierter. Aber ich bitte sie, auch in Zukunft, für die Zukunft, eine Personalpolitik zu betreiben, wo auch jene teilhaben können, auch wenn es noch so gering ist, mit drei Fragen, um eine Transparenz und eine gewisse Modernität einzuführen. Ich bitte sie darum.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Gibt es weitere Wortmeldungen? Kollege Hauser bitte.

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, wertres Präsidium, werte Gäste. Also, ich denke mir, wenn ich jetzt allen so zugehört habe, kommen mir fast die Tränen, weil offensichtlich sind alle so arm, mit allen Personalentscheidungen, die so gefällt werden. Ich frage mich nur oft, wie das die Chefs in anderen Firmen machen, ob sie die sagen lassen, wie hier Personal ausgesucht werden soll. Herr Mayrhofer, wie suchen sie ihr Personal aus? Auch so, dass sie sagen, sie nehmen wem auf, der halt nicht von ihnen begutachtet wird. Sie nehmen ja nicht auf, persönlich, hier im Magistrat. Ich denke mir halt ganz einfach, das ist gesetzlich genau geregelt. Es gibt ein Ausschreibungsgesetz, es gibt ein Objektivierungsgesetz, das ist ein gültiges Landesgesetz, und nach dem erfolgt das. Ich verstehe überhaupt nicht, was hier für großartige Geschichten immer hineingedichtet und hineininterpretiert werden. Zuerst hat der Kurt Apfelthaler gerade gesagt, na ja, es wird immer die Vertraulichkeit angesprochen. Ich habe dann so einen leisen Zwischenruf gemacht, es stimmt ja, dass immer alles vorher in der Zeitung steht. Dann sagt er so kleinlaut, ja, das ist schon vorgekommen. Genau so läuft es. Die Leute werden ja vorher tot gemacht, bevor sie überhaupt zu einem Hearing kommen, wenn es alle vorher wissen. Da denke ich mir ganz einfach, es gibt eine Objektivierungskommission, welche diese Auswahl trifft und dann diese Reihung dem Bürgermeister vorschlägt und der Bürgermeister hat sich an diese Reihung zu halten, nicht zu halten, sondern aus diesem Vorschlag zu wählen, zu bestellen. Ich denke mir, dass es bis jetzt noch immer so gelaufen ist, dass das, was die Objektivierungskommission gesagt hat, gemacht worden ist und nicht der Herr Bürgermeister oder sonst irgendwer jemanden aus dem Hut oder aus dem Hosensack gezaubert hat. Die laufen durch ein Hearing durch, da gibt es Leute, die sich intensiv damit beschäftigen und, dass es letztendlich dazu kommt, dass wir hier jetzt im Gemeinderat womöglich einen Beschluss fällen, der eigentlich dem Gesetz widerspricht, ...

Diskussion verschiedener Mandatäre

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:

Also bitte, dann lesen sie das Gesetz. Im Gesetz steht drinnen, dass lediglich die Begutachtungs- und Objektivierungskommission beschließen kann ob sie jemanden einlädt oder nicht und nicht der Gemeinderat oder sonst wer. Dann muss man einmal klipp und klar sagen, wenn der Gemeinderat hier jetzt beschließt, dass er daran teilnehmen will und sich hineinreklamiert, ist das genauso ein geflügeltes Wort, als wie wenn das irgendein Sparverein entscheidet, weil es entspricht ganz einfach nicht dem Landesgesetz. Das ist ein Faktum und wenn man dieses Landesgesetz verändern will, dann muss man einen Antrag stellen und dann muss sich der Landtag damit beschäftigen und das tun. Gegen das habe ich persönlich nichts, nur ich sehe nicht ein, dass wir jetzt eine Entscheidung fällen sollen, die nicht gesetzeskonform ist, wo es für diese Zuhörer, auch aufgrund dessen, dass sie nicht berechtigt sind an solchen Verfahren teilnehmen, außer dass sie zuhören, nichts wissen, weil es gibt keine Personalinformationen für diese Leute, weil sie nicht Teilnehmer der Objektivierungskommission sind und all diese Dinge mehr.

Frau Kollegin Frech, ich möchte ihnen nur sagen, wir haben noch nie im Ostblock gelebt und wenn sie die SP sozusagen als eine Art Ostblockfraktion betiteln, dann denke ich mir ganz einfach, wir heißen nicht umsonst sozialdemokratisch. Genauso viel demokratisches Prinzip wie sie als Verständnis aufweisen, weisen sicher die Sozialdemokraten auch auf. Nur wenn es halt Mehrheiten gibt und diese Mehrheiten sich durchsetzen und man die nicht akzeptieren will und dann ständig von Ostblockmethoden spricht, dann denke ich mir halt ganz einfach, dass das auch ein bisschen eine schwache Argumentation ist. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wortmeldung Nr. 2, Frau Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste. Also, es ist schon sehr eigenartig, wie man sich auf einmal hinter Gesetzen verschanzen kann. Wo man auf einmal sagt, da gibt es ein Objektivierungsgesetz und es ist alles im Gesetz wunderbar geregelt. Nur, kein Mensch hindert sie, über die Minimalforderungen eines Gesetzes hinauszugehen. Es steht nirgendwo im öö. Objektivierungsgesetz geschrieben, dass sie nicht ein Hearing durchführen dürfen, wo Fraktionen dabei sind. Das steht nirgendwo geschrieben, das ist kein Widerspruch, das steht nirgendwo im Objektivierungsgesetz. Natürlich müssen sie das Minimum einhalten, davon gehe ich aus, dass die das tun. Ich unterstelle niemanden, dass er das Objektivierungsgesetz nicht einhält, aber niemand hindert sie, meine Damen und Herren, über dieses Gesetz hinauszugehen. Niemand, nur sie selbst können sich daran hindern. Und wenn ich dann höre, es ist ja ohnedies alles so toll und es gibt ja überhaupt nichts zu bekritteln, ja dann frage ich mich wieder, wie kommen 4 Fraktionen dazu sich hier herzustellen, gemeinsam zu argumentieren. Und diesen Bedarf gibt es. Kollege Hauser, mit einem tun sie mir weh, wenn sie sagen, dass der Gemeinderat ein Sparverein ist.

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:

Das habe ich nicht gesagt.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Sie haben das so auf den Punkt gebracht, dann sind wir ein Sparverein.

Diskussion verschiedener Mandatare

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:

Ich habe gesagt, wenn der ganze Gemeinderat das beschließen würde, ist das genauso viel Wert, wie wenn das der Sparverein machen würde.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Gut, also ich halte fest, dieser Gemeinderat ist dann ein Sparverein.

Diskussion verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das ist eine demagogische Argumentation.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Ja, sie ist deshalb nötig, weil eines habe ich hier herinnen noch nicht gehört, ich habe noch nicht ein einziges wirklich stimmiges Argument gefunden, dass es nicht gehen soll, dass einfach bei diesem Hearing, bei diesem Assessment Center von jeder Fraktion einer drinnen sitzt. Ich gehe ja noch nicht einmal soweit in diesem Antrag zu sagen, drei Fragen zu stellen. Natürlich würde ich mir das mit den drei Fragen auch wünschen, aber es würde ja schon reichen, wenn man teilnehmend, beobachtend drinnen sitzen kann. Aber nicht einmal das zu gestatten, Kollege Hauser, da dürfen sie dann nicht böse sein wenn ich sage, das ist eher in Richtung Ostblock. Ich habe viel Zeit im Ostblock verbracht. Nur ich glaube, inzwischen haben die diese Dinge überwunden und sind sehr viel Transparenter geworden. Wenn sie jetzt die Wirtschaft hernehmen und sagen, dort läuft das ja ohnedies alles anders, dann sage ich ihnen, ja, es läuft sicherlich bei Personalauswahlverfahren transparenter und objektiver und sicher nach anderen Kriterien. Da gibt es auch kein Objektivierungsgesetz darum kann man es auch nicht vergleichen. Aber ich merke schon an ihrer Wortmeldung, Kollege Hauser, es wird so sein, die SP-Fraktion wird übrig bleiben. Sie wird gegen diesen Antrag stimmen. Ich habe wirklich überlegt, einen Antrag auf eine geheime Abstimmung zu stellen, es manchen von ihnen leichter zu machen ihrem Fraktionszwang zu entkommen. Nur ich denke mir, es ist nicht notwendig, weil es müsste jeder in der Lage sein, diesem Antrag die Zustimmung zu geben. Wer es nicht tut, der sollte sich klar sein, dass er sich damit gegen Transparenz und gegen verstärkte Demokratie ausspricht. Ich glaube nicht, dass die das wollen meine Damen und Herren.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gibt es eine weitere Wortmeldung? Kollege Lengauer bitte.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Herren Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates, sehr geehrte Gäste. Gültiges Gesetz - ja. Wir wollen auch keine Gesetzesveränderung mit unserem Antrag heute. Objektivierungskommission - ja, leistet ihre gute Arbeit. Objektivität - ja, vielleicht ja. Wenn ich an die Besetzungen und Ausschreibungen der letzten 6, 7 Jahre denke, was da im Umfeld all dieser Ausschreibungen geredet, geschrieben, gesagt, geschrieen, verdächtigt, missverstanden, missgedeutet, bewusst oder unbewusst hineingetragen wurde, ins Volk, ich möchte fast sagen, wir haben jene, die wir bestellt haben, bevor sie bestellt waren und ihr Amt angetreten haben, schon getötet. Ich denke, dieser Gedanke ist ja nur gekommen, dass unser Wunsch, unsere Bitte, unser Versuch jetzt da ein bisschen mithineinschauen zu dürfen, auch zum Schutz, zur Ehre der Erwählten, der Ernannten, der Bestimmten gereichen soll, denn dann kann man diese Missverständnisse, diese Befürchtungen, diese unguten Dinge nicht mehr sagen, wenn ein Hörer jeder Fraktion mit dabei war. Ich glaube, dass man auch diesen Gedanken mitüberlegen soll und mir scheint dieser Gedanke der schier wichtigste Gedanke zu sein. Es geht nicht um Einflussnahme, sondern es geht wirklich um mehr Transparenz um auch der Öffentlichkeit sagen zu können, ja, da haben alle zugehört, das stimmt, das ist richtig gegangen. Wirklich zum Schutze unserer Beamten.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Gibt es weitere Wortmeldungen? Herr Kollege Wetzl bitte.

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Wertes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen. Es ist ja nicht weiter verwunderlich, wenn es um einen Antrag geht, Objektivierung bei der Postenvergabe, dass sich die SPÖ querlegt. In dem Fall habe ich gedacht, einmal ja, um ein gutes Zeichen, um einen guten Willen zu zeigen. Es war nicht anders zu erwarten. Der Kollege Hauser stellt sich raus und sagt, wir haben ja ein Gesetz, ein Objektivierungsgesetz. Das haben wir schon und wird das von eurer Partei eingehalten?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ja.

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Der Praschak selbst ist schon ein bisschen lange her, der war 1997. Ein gestandener Sozialist der sich vor zwei Jahren unter tragischen Umständen das Leben nimmt und dann in einem 120-seitigen Schreiben den ganzen Postenschacher von A - Z schildert, an alle Zeitungen. So sieht es mit der Gesetzeseinhaltung aus. Das ist eure Einstellung, weil sie sich auf das Gesetz berufen. Sie sagen, soweit weg vom Gesetz, wie die Erde vom Mond. So sieht es aus.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Herr Dr. Wetzl, der Mann war in der Bank. Wir reden vom öffentlichen Dienst, wir reden von Oberösterreich, wir reden von Steyr.

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Wir reden von der Einhaltung der Gesetze, Herr Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Bitte, sind sie so lieb und bleiben bei der Sache.

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Ich bleibe bei der Sache, von der Einhaltung der Gesetze und genau das trifft nicht zu. Ob das auf kommunaler Ebene, auf Landesebene oder auf Bundesebene ist und dann reden sie auch noch von der Wirtschaft.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Herr Dr. Wetzl darf ich mir nur eine Zwischenfrage erlauben, damit wir das Ganze auf eine sachlichere Ebene bringen. Sagen sie mir wann, ich kann nur von der Zeit reden in der ich Personalreferent, Vizebürgermeister oder Bürgermeister war, wir uns nicht ans Objektivierungsgesetz gehalten haben. Sagen sie mir einen Fall, jetzt.

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Ich bin nicht im betreffenden Ausschuss drinnen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Sagen sie mir einen Fall. Sie haben gerade behauptet, wir haben uns nicht an das Gesetz gehalten.

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Ich bekomme auch nicht die Informationen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Bitte, sie können ja nicht behaupten, wir haben uns nicht an das Gesetz gehalten.

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Darf ich jetzt reden oder nicht? Dann stellen sie sich nachher heraus und replizieren, aber lassen sie mich jetzt einmal fertig reden.

Der Kollege Hauser hat sich auf das Gesetz berufen. Ich habe nicht gesagt, dass sie sich nicht an das Gesetz halten. Die SPÖ beruft sich überall auf das Gesetz, hinter solchen Sachen. Nur die Realität sieht halt anders aus und da habe ich das Beispiel genannt, das der Praschak mit dem Gesetz geschildert hat. Es war ja nichts anderes. Aber das ist halt die Ideologie, die sie haben, Postenschacher fördern ect., ect.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich höre nichts.

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Ich vertrete das Leistungsprinzip, dass die besten Leute in so wichtige Positionen kommen, unabhängig von jeder ideologischen Einstellung, immer unabhängig von jeder Parteizugehörigkeit. Da gehören die Besten genommen und ein Objektivierungsverfahren ist sicherlich der erste Schritt dazu. Wenn der Kollege Hauser wieder einmal mit dem Gesetz kommt, das Gesetz, Herr Dr. Alphasamer gibt mir Recht, verbietet das nicht, dass eine Objektivierungskommission eingeführt wird. Es steht nichts drinnen im Gesetz, sagen sie mir einen Paragraphen, wo das drinnen steht, dass es unzulässig ist, dass wir diesen Antrag verwirklichen, dass die entsprechenden Fraktionsmitglieder, Fraktionsobmänner an der Entscheidung bzw. zumindest im Vorfeld mitwirken und sich die entsprechenden Leute anhören. Also, diesen Passus, vielleicht können sie es ja nachher sagen, den nennen sie mir.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ja, das wird auch noch kommen. Gibt es weitere Wortmeldungen? Zweite Wortmeldung Dr. Pfeil.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ja, Herr Bürgermeister, es hat sich keine weitere Wortmeldung angezeigt und ich habe immer gehofft, sie geben eine Antwort auf meine eingangs gestellte Frage. Sie haben bis jetzt geschwiegen. Ich habe sie ganz offen gefragt, wer macht die Vorauswahl. Das ist ja, glaube ich, hier in dem Bereich das Entscheidende und das sollte man auch hier im GR diskutieren können. Ich bezweifle ja nicht, im Weiteren, dass das Ganze rechtmäßig, nach der Papierform abläuft. Ich persönlich habe da keinen Zeitdrang. Nur, es ist rein zufällig dann, dass halt in Städten die Roten zum Zug kommen und im Land nur die Schwarzen. Das ist halt bestimmt ein Zufall aus dem Objektivierungsgesetz.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Und in Kärnten?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

In Kärnten, z. B. wer ist denn jetzt der Aufsichtsrat von der KELAG geworden? Das ist ein Schwarzer, der Herr Pekarek. Wer ist denn Vertreter vom Land Kärnten geworden? Das ist auch ein Schwarzer, im ORF Kuratorium. Also, da ist kein einziger Politiker in den Aufsichtsräten drinnen. Da wird endlich Schluss gemacht damit. Es ist ja ganz interessant.

Diskussion verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Gerade die Landespolitik, diesen Sommer mit der Affäre Freistadt, hat ein bezeichnendes Licht auf die Personalauswahl hier in diesem Lande gestellt. Eines Herr Bürgermeister, wenn es verboten wäre, dass wir in Steyr ein Hearing oder ein Assessment Center machen, wie der Herr Präsidialdirektor jetzt tut, ich weiß nicht, ist es verboten oder nicht?

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Ein Hearing machen wir ja eh.

Diskussion verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Also Herr Dr. Alphasamer, ich frage sie jetzt, sie haben zuerst gesagt, sie sind nicht der Meinung von Herrn Dr. Wetzl.

PÄSIDIALDIREKTOR SR DR. GERHARD ALPHASAMER:

Bin ich auch nicht. Ich habe ja keine Wortmeldung, ich kann mir das nur anhören.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Aber ich frage sie jetzt ganz konkret: "Ist es verboten zusätzlich ein Hearing oder Assessment Center bei der Besetzung von Spitzenposten zu machen?"

PÄSIDIALDIREKTOR SR DR. GERHARD ALPHASAMER:

Es ist im Objektivierungsgesetz nicht vorgesehen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

D. h., alle diese Hearings, diese Assessment Centers die wir bisher gemacht haben, waren im gesetzeslosen Raum.

PÄSIDIALDIREKTOR SR DR. GERHARD ALPHASAMER:

Wo haben wir denn ein Assessment Center gemacht, Herr Doktor?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das haben wir ja schon gemacht z. B. bei der Besetzung des Weiterbildungsbeauftragten.

PÄSIDIALDIREKTOR SR DR. GERHARD ALPHASAMER:

Das ist kein leitender Bediensteter im Sinne des Objektivierungsgesetzes. Das ist eine Stabstelle. Da müssen sie schon genau aufpassen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das müssen sie dann draußen einmal erklären, und deshalb sei es verboten? In der unteren Schicht ist es erlaubt und oben, bei den wirklich wichtigen Posten ist es nicht erlaubt. Geh' bitte schön meine Herren, da verstehe ich die Welt nicht mehr. Dann, wenn das so wäre, ich glaube nicht dass es so ist, gehört dieses Gesetz aber ganz schleunigst geändert.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gibt es noch eine Wortmeldung? Kollege Bremm bitte.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Ich möchte eigentlich nur ganz kurz dazu sagen, dass die Debatte eigentlich schon sehr interessant ist. Die ÖVP möchte ich da ausnehmen. Für mich ist die Haltung ein bisschen unverständlich. Gerade die anderen Fraktionen, gerade sie waren es, die seit Jahren immer die Diskussion angeheizt haben, Personalentscheidungen gehören entpolitisiert und nicht verpolitisiert. In Wirklichkeit ist das Objektivierungsgesetz, das 1994 novelliert worden ist, ein Schritt in Richtung Entpolitisierung.

GEMEINDERAT ING. KLAUS HOFLEHNER:

Das glauben sie doch selber nicht. Jetzt werden sie rot.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Ja bitte schön, ihr werdet doch nicht unbedingt immer sagen, dass die Objektivierungskommission, ihr seid wirklich einfach Untersteller, dass die alle rein im parteipolitischen, das ist nämlich eure Geisteshaltung, Herr Wetzl, hinter jedem Eck und Ende seht ihr einen roten kleinen Teufel, das ist ja wirklich ein Wahnsinn, dass sie überhaupt noch ruhig schlafen können. Das wundert mich sehr, das muss ich ehrlich sagen.

Gelächter

STADTRAT GERHARD BREMM:

Da müssen sie aufpassen, ob nicht, wenn sie da herausgehen, nicht irgendwo ein rotes Teufelein steckt. In Wirklichkeit ist das eine Unterstellung hin in Richtung Objektivierungskommission. Diese hat sich damit zu beschäftigen und nicht die Parteien oder die Fraktionen sollen die Personalpolitik bestimmen. Es gibt dann eh noch Gremien dazu wo im Personalbeirat das auch dann beschlossen wird. Dort sitzen politische Vertreter drinnen. Entsprechend dem Wahlergebnis sind dieses zusammengesetzt. Das sieht das Gesetz vor. In Wirklichkeit predigt ihr, es gehört entpolitisiert und in Wirklichkeit wollt ihr überall mitreden. Das ist äußerst widersprüchig, wie ihr mit dem Thema umgeht.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es noch eine Wortmeldung? Keine mehr.

Herr Dr. Pfeil hat eine Frage gestellt, wer die Vorauswahl macht. Kurze Antwort - die Objektivierungskommission.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das ist ja das Entscheidende.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ja natürlich, die dürfen ja das nicht, aber das steht halt im Gesetz, Herr Doktor. Wir haben nämlich alle auch, daran muss ich bei dieser Gelegenheit erinnern, einen Eid bei der Angelobung abgelegt, jeder von uns, und wir da vorne beim Herrn Landeshauptmann in die Hand, dass wir die Gesetze und Bestimmungen der Republik und des Landes Oberösterreich usw. einhalten werden. Da ergibt sich schon eine interessante Zwiespältigkeit in der Diskussion, die wir da jetzt abführen. Kollege Bremm hat ja richtig gesagt, der Gesetzgeber hat nach vielen Debatten und Diskussionen, immerhin ist ja das zutreffend, dass das Land hier früher auch das mehr freihändig gemacht hat und die politischen Machtverhältnisse natürlich eine Rolle gespielt haben, das bestreite ich ja auch gar nicht, dass das nicht auch bei uns so war, weil ich war noch Personalreferent bevor das Objektivierungsgesetz beschlossen worden ist, da habe ich noch einen aufnehmen können. Stellt euch das einmal vor. Die Spitzenposten die wir in den letzten Jahren besetzt haben sind alle, ohne Ausnahme, nicht nur Spitzenposten, auch kleinere Posten, durch alle Blätter und Medien in ganz Österreich gegangen. Theater habt ihr genug gemacht. Es ist ja auch wirklich richtig gesagt worden, vor allen Dingen vom Kollegen Lengauer, dass man die Leute halt schon im Vorfeld tot macht. Diejenigen die drangekommen sind, haben ja überhaupt dann wenigstens die Chance sich zu bewähren und werden ja wiederbelebt, durch die Ströme, welche die Funktion, wenn sie die dann ausüben, mit sich bringt. Man muss sich ja in die Lage von denen setzen, die nicht drankommen und auch tot gemacht werden, die vielleicht arbeitslos sind, bei denen macht es auch vielleicht nicht soviel aus, weil denen unterstellt man, dass sie sich um einen Job bewerben. Aber diejenigen, die in einer anderen Position in irgendeinem anderen Unternehmen sind und denen mit Häme begegnet wird und wo am Würstelstand dort unten geplaudert wird, ob er leicht nicht drangekommen ist, weil er vielleicht zu doof war oder ich weiß es ja nicht, was da der Volksmund alles für Ausdrücke empfindet. Ich kenne ganz konkrete Fälle, wo Leute, die sich bei uns beworben haben oder bei öffentlichen Institutionen, nicht nur bei uns, und wo das öffentlich diskutiert wurde, hinterher ihren Job verloren haben. Weil in einem Unternehmen, in einem Betrieb wo vielleicht 300 Leute zuviel sind oder auch nur 10, tut man sich halt leichter sich von denen zu trennen, die ohnehin durch ihre Bewerbung anderswohin kundgetan haben, dass sie sich gerne verändern wollen. Da kommt sehr leicht der Spruch zutage, dass man sagt: „Reisende soll man nicht aufhalten“. Das ist konkret geschehen. Ich nehme an, dass hier der Gesetzgeber besonders strengen Datenschutz festgelegt hat, weil er diese Überlegung angestellt hat. Eines sollten wir auch noch mitberücksichtigen. Wenn es uns ernst ist, dass wir gute Bewerber bekommen, dann sollten wir nicht die Bewerber über die Medien einer öffentlichen Diskussion freigeben und diese Möglichkeit herbeiführen. Ich muss euch ganz ehrlich sagen, obwohl ich hoffe und glaube, dass die Kommission versucht das wirklich vertraulich zu behandeln, aus den Wortmeldungen der Kollegin Frech ist das hervorgegangen, glaube ich jetzt schon wieder und bin mir fast sicher, dass auch wieder über diese Namen intensiv geredet werden wird. Wenn man aber so ein Hearing, wie das in diesem Antrag verlangt wird, macht, dann steht das ohnehin in der Zeitung. Das haben wir ja 1000 Mal bewiesen, mit streng vertraulichen Akten, auch die des Prüfungsausschusses und noch viel wichtigere Akten. Also, meiner Meinung nach ist hier, genau an dem Punkt, einer der großen Widersprüche mit dem Inhalt dieses Antrages und dem oö. Objektivierungsgesetz.

Zu ihnen noch Herr Dr. Wetzl. Wissen sie, das ist schon in Ordnung, mir gefällt das eh, frisch heraus wie es drinnen ist und auch von mir aus harte und zugefeilte Argumente. Das erwarte ich eh von einem Juristen, wenn er das studiert hat. Aber nicht irgendwelche Behauptungen da aufstellen, so

locker vom Hocker. Das lassen wir uns nämlich nicht gefallen. Stellen sie sich nicht da her und behaupten sie, wir hätten gegen das Gesetz verstoßen.

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Das habe ich nicht behauptet.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das haben sie gemacht. Ich weise das zurück. Wir haben uns peinlich genau, und ich habe selbst immer darauf hingewiesen, an das Gesetz gehalten. Wissen sie warum?

Unverständlicher Zwischenruf von GR Dr. Wetzl

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich will mir nämlich von ihnen und von anderen keinen Frack anhängen lassen. Bis jetzt, möchte ich doch bei dieser Gelegenheit wieder einmal sagen, alle Aufsichtsbeschwerden und solche Dinge mehr sind bis jetzt abschlägig beschieden worden. Solche Geschichten haben wir schon öfters gehabt. Das müsst ihr euch schon bewusst sein. Ich bin bestrebt, das Gesetz genau einzuhalten. Wenn es hier konkrete Widersprüche gibt, dann wird das jetzt noch näher aufgeklärt werden, weil uns wir natürlich auch beim Land, bei den Juristen des Landes, versucht haben zu informieren, weil diese Debatte war ja leicht vorauszusehen, da braucht man ja kein Wahrsager sein.

Also dann, möchte ich um das Schlusswort bitten.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Bevor ich da die schlaun Worte folgen lasse, die nicht von mir sind, darf ich doch eines kurz sagen. Es wäre schon interessant, wer auf einmal entscheidet, wer ein schwacher und wer ein starker Hirsch ist. Es wäre auch interessant, falls dieser Antrag kommen sollte, und die Politiker sich hier ihr Bild gemacht haben und schlussendlich dann bei der Entscheidung nicht dabei sind, und die Objektivierungskommission dann anders entscheidet als sich die Politiker vorgestellt haben, was dann passiert?

Betreffend der Auskunft, während eines laufenden Verfahrens, erinnere ich mich an einen Fall, wo in einem Personalbeirat eine Aufnahme beschlossen wurde, und durch welche Umstände auch immer diese Aufnahme dann vor der Stadtssenatssitzung, der schlussendlich dafür zuständig ist, bekannt wurde, welches Theater da in diesem Fall aufgeführt wurde.

Nun etwas zu den gescheiten Worten vom wirklichen Hofrat Mag. Kurt Voglhofer, vom Land Oberösterreich am 20. 9. an den Magistrat Steyr geschrieben. „Weder bei den Sitzungen der Begutachtungskommission nach § 10, Besteller Landeshauptmann bzw. Landesamtsdirektor, noch bei jenen Sitzungen der Begutachtungskommission gem. § 15, Besteller Landesregierung, war bisher ein Mitglied der Landesregierung anwesend. Es wurden auch in der Praxis noch nie derartige Wünsche geäußert. Die Begutachtungskommissionen sind gem. § 10 Abs. 6 bzw. § 15 Abs. 5 bei der Ausübung

ihres Amtes an keine Weisungen gebunden.“ Das ist eine Verfassungsbestimmung. „Die Begutachtungskommission hätte meines Erachtens darüber zu entscheiden, welche Sachverständige und auch Auskunftspersonen, sh. § 11 Abs. 2 des Objektivierungsgesetzes, sie zu ihren Beratungen beizieht.“ Hier heißt es wortwörtlich: „Die Begutachtungskommission kann ihren Sitzungen Sachverständigen und Auskunftspersonen wie z. B. externe Personalexperten mit beratender Stimme, beiziehen. Die Sitzungen der Begutachtungskommission sind nicht öffentlich. Die Teilnahme von weiteren Personen an der Beratung der Begutachtungskommission kann ich aus mehreren Gründen, als nicht im Objektivierungsgesetz gedeckt bezeichnen. § 11, Abs. 2 normiert, dass die Sitzungen der Begutachtungskommission nicht öffentlich sind.“ Wie ich schon sagte. „Weiters ist im § 9 festgehalten, dass die Vertraulichkeit einen besonderen Stellenwert aufweist. Daraus würde ich den Schluss ziehen, dass Mitglieder der Landesregierung nur dann an den Beratungen der Begutachtungskommission teilnehmen könnten, wenn dies von der Begutachtungskommission beschlossen wird. Ein Landtagsbeschluss könnte natürlich eine Änderung des Objektivierungsgesetzes nach sich ziehen, dann wäre die Kommission an diesen Beschluss gebunden. Die Landesregierung für sich, kann eine derartige Anwesenheit bei der Begutachtungskommission und beim Begutachtungsverfahren nicht beschließen.“ So die Worte des Gesetzes.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

So meine Damen und Herren, sie haben jetzt auch noch die Stellungnahme des zuständigen Verfassungsspezialisten der oö. Landesregierung zum oö. Objektivierungsgesetz gehört. Er stellt eindeutig fest, dass eine solche Hearingsituation nicht in Übereinstimmung mit diesem Gesetz ist. Sie können sich natürlich trotzdem nicht bewegen und bei ihrem Antrag bleiben. Aber ich persönlich kann mir aus den verschiedenen Argumenten, die glaube ich doch sehr deutlich gemacht wurden, nicht vorstellen, dass eine Realisierung dieser Vorgangsweise, die im Antrag niedergeschrieben ist, realisiert werden kann.

Der Antrag steht zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich ein Zeichen zu geben. 17 (FPÖ, ÖVP, GAL, LIF). Wer ist gegen diesen Antrag? 17 (SPÖ). Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit bekommen.

Die Tagesordnung ist erschöpft. Wir kommen zur „Aktuellen Stunde“. SPÖ?

STADTRAT GERHARD BREMM:

Kein Thema.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

FPÖ?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ja, 1 Thema. Herr Dr. Wetzl bitte.

Werte Kolleginnen und Kollegen. Unser Thema der heutigen „Aktuellen Stunde“ ist ja kein Geheimnis. Es ist auch schon in den Medien gestanden. Das Thema ist „Vorwärts Steyr“. Angesichts des Umstandes, dass die finanzielle Situation derzeit prekärer ist, wahrscheinlich so prekär, wie sie überhaupt noch nie gewesen ist. Ich darf vorausschicken, dass ich mehrere Spieler von Vorwärts Steyr vertrete und für diese Spieler bereits Klagen eingebracht habe, wobei Gehälter in der Höhe von mehreren hunderttausend Schilling ausstehen. Gleich vorweg möchte ich sagen, hinsichtlich einer allfälligen Interessenskollision, das habe ich schon am Gang draußen gesagt, falls die Stadt Steyr irgendetwas an Vorwärts Steyr zahlen sollte, das ist für die Spieler unerheblich, denn im Falle des Konkurses bekommen sie das Geld vom Insolvenzfonds. Das wollte ich nur zum Verständnis vorausschicken. Gestern sind die Herren Dittrich und Radlspäck zu mir nach Linz in die Kanzlei gekommen und wir haben ein fast dreistündiges Gespräch geführt. In dem Gespräch haben sie halt die Lage aus ihrer Sicht geschildert. Sie haben mir bei diesem Gespräch gesagt, wie gesagt aus ihrer Sicht, dass vieles nicht so sei wie in den Medien steht und wie Herr Dr. Gottlieb-Zimmermann im Prüfungsausschuss gesagt hat, nämlich dass Vorwärts Steyr kein Einsichtsrecht gewährt, Vorwärts Steyr hält sich nicht an die Abmachungen etc. Herr Dittrich, der heute da ist, und Herr Radlspäck haben gesagt, dass das nicht stimmt. Ich gebe das nur weiter, was die beiden Herren gestern zu mir gesagt haben. Weiters haben sie dann ein paar Unterlagen übergeben, die für das Verständnis der ganzen Angelegenheit, glaube ich, wesentlich sind. Ich darf daraus kurz zitieren, und zwar aus dem Protokoll der Schiedsgerichtssitzung betreffend Vorwärts Steyr vom 4. Juni 1998. Da war Herr Mag. Lemmerer dort, der mit einer Generalvollmacht von der Stadt Steyr ausgestattet war. Er sagt zur 6 Millionen Garantieerklärung, die ihr ja alle kennt, die voriges Jahr beschlossen worden ist, folgendes: „Die Garantieerklärung ist so zu verstehen, dass unter der Voraussetzung der Lizenzerteilung für das Spieljahr 1998/99 ein nicht rückzahlbarer Zuschuss gewährt wird, sofern das Budget 16 Millionen Schilling übersteigen wird und keine anderen Bedeckungsmöglichkeiten gefunden werden.“ In weiterer Folge hat dann eine Sitzung stattgefunden, ebenfalls vor der Bundesliga, am 17. Juli 1998, da war eine Delegation aus Steyr dort, auch der Herr Bürgermeister war anwesend. Jetzt zitiere ich wieder wörtlich: „Auf Nachfragen von Dr. Grundeis - das ist der Vorsitzende des Rechtsmittelausschusses an einen Rechtsanwalt - ob die Stadt Steyr sich vergewissert habe, dass der Haushaltsvoranschlag korrekt und damit die Garantieerklärung gültig sei, berichtet Herr Leithenmayr, dass die Prüfung durch den Finanzdirektor der Stadt, Herrn Mag. Lemmerer, und einem Treuhandbüro, Dr. Schwarz, erfolgt sei.“ Die Stadt Steyr hält ihre Zusage jedenfalls aufrecht. Am Schluss sagen sie noch - abschließend fragt Dir. Skoff, das ist der Vorsitzende - ob die Stadt Steyr weiterhin zu ihrer Vereinbarung steht. Da steht drinnen: „Herr Leithenmayr antwortet, dass die Stadt Steyr mit all ihren Möglichkeiten hinter dem Verein steht und das Spieljahr 1998/99 problemlos absolviert werden wird.“ Wie wir dann wissen, war sportlich letztes Jahr erneut ein Schiffbruch bei Vorwärts Steyr. Mit der sportlichen Misere sind natürlich naturgemäß auch die Zuschauer ausgeblieben und so hat man, nach Darstellung, ich betone, nach Darstellung der Herren Dittrich und Radlspäck, dieses kalkulierte 16 Millionen Schilling Budget nicht erreicht sondern, sie sagen, dass die Einnahmen die von Stronach lukriert worden sind, von rund 5 Millionen, sowie der Erlös aus dem Verkauf des Spielers Bradaritsch, von rund 3 Millionen, inkludiert waren bzw. der Erlös aus dem Verkauf des Spielers Bradaritsch ist Vorwärts Steyr, nach ihren Angaben, überhaupt nicht zugeflossen, da sie angeblich nicht die Transferrechte daran gehabt haben, das war wer anderer. Wie gesagt, ich gebe alles nur weiter. Dieses 16 Millionen Schilling Budget, das ja Grundlage unserer Garantieerklärung war, ich glaube da sind wir uns einig, das ist außer Streit, ist vom Dkfm. und Wirtschaftstreuhänder Hennerbichler erstellt worden und das ist wiederum, das steht auch in den Protokollen drinnen, von Herrn Mag. Lemmerer sowie von Dr. Schwarz überprüft worden. Soweit zu dem. Wie auch immer die Herren sagen, dieses Budget konnte einnahmenseitig nicht eingehalten werden, sie haben die 16 Millionen Schilling nur deshalb erreicht, weil 5 Millionen Schilling, die Stronach bezahlt hat, schon in diesen 16 Millionen eingerechnet sind. Ich sage nur das, was die Herren mir gestern gesagt haben. Es gibt ein Schreiben der KPMG Alpentreu- und Gesellschaft mbH, jeder kennt glaube ich die KPMG, das ist eine der größten Wirtschaftstreuhandgesellschaften, und ich glaube, hoch seriös, also, an deren Seriosität ist nichts zu zweifeln, das vom 28. Juli 1999 stammt und von Dr. Josef Schlenk unterzeichnet ist. Da setzt er sich unter anderem damit auseinander, ich stelle

das gerne zur Verfügung, er vertritt die Ansicht, dass auch diese Stronachgelder sehr wohl dem Verein zugeflossen sind, aber insgesamt in den Einnahmen der 16 Millionen bereits enthalten sind. Er schreibt auch, dass die Bradaritsch-Gelder angeblich nicht dem Verein zugeflossen sind. Den Satzesatz lese ich wörtlich vor: „Insgesamt kann abschließend bemerkt werden, dass wir die Meinung vertreten, dass der Garantiebetrug von der Stadt Steyr gemäß der abgegebenen Erklärung zu bezahlen ist.“ Am selben Tag, 28. 7. 1999, hat die Bundesliga diese Aussendung und Stellungnahme abgegeben. Ich darf wieder wörtlich zitieren: „Nach Prüfung von Juristen und dem Wirtschaftsprüfungsunternehmen KPMG Alpentreuhand sind alle Voraussetzungen für die Erfüllung der Garantieerklärung gegeben.“ Am Schluss schreiben sie noch ziemlich harte Worte: „Schaut so die wortreiche Hilfestellung der Stadt Steyr aus? Der Bundesliga ist der Wortbruch der verantwortlichen Politiker in Steyr unverständlich. Offensichtlich sind derartige Zusagen, auch wenn sie schriftlich gegeben werden, nicht das Papier wert.“ Ich zitiere das so, wie es da steht. Gut, jetzt haben wir die konträren Aussagen. Ich gehe davon aus, Herr Bürgermeister, sie werden sie wahrscheinlich nachher beantworten, dass sie die Ansicht vertreten, dass Vorwärts Steyr sehr wohl die 16 Millionen Schilling erreicht hat und, dass die rund 5 Millionen von Stronach bzw. die Millionen aus dem Bradaritsch-Verkauf zugeflossen sind, und zwar über den 16 Millionen darüber. Also, dass jedenfalls die Garantieerklärung nicht zum Tragen kommt. Ich habe, wie gesagt, nur diese Unterlagen und mich würde eben ihre Meinung interessieren, was sie zu diesen Unterlagen sagen, was sie zum Schreiben der KPMG sagen. Ich kann die Richtigkeit bzw. die Unrichtigkeit nicht beurteilen. Da fehlt mir ganz einfach 1) der Einblick, 2) natürlich auch das Sachwissen. Das sind Wirtschaftstreuhänder, die haben auch die entsprechenden Unterlagen. Wie gesagt, für mich ist nur ein bisschen unverständlich, wie diese Herren von der KPMG, das ja wirklich ein höchst seriöses Unternehmen ist, zu der Ansicht gelangen, dass die Voraussetzungen für die Abrufung der Garantie vorliegen. Aber sie werden mir wahrscheinlich darauf anschließend eine Antwort geben. Unabhängig davon, wenn die Voraussetzungen für die Abrufung der Garantie vorliegen, dann müssen die 6 Millionen bezahlt werden, unabhängig davon wie man zu Vorwärts Steyr steht oder nicht, positiv oder negativ. Mein Anliegen ist es, Vorwärts Steyr im 80. Bestandsjahr, sie haben erst heuer den 80. Geburtstag gefeiert, das sage ich ganz offen, nach den finanziellen Möglichkeiten der Stadt Steyr zu unterstützen. Stichwort unterstützen, Stichwort Hilfe. Nach der Darstellung der Herren Radlspäc und Dittrich, die sie mir gestern gegeben haben, ist die Unterstützung der Stadt Steyr bisher, im Vergleich zu anderen Städten, sehr gering ausgefallen. Eine jährliche Förderung in der Höhe von rund S 75.000,-- soll es gegeben haben und damit war es an direkten Zuschüssen. Weiters haben sie erwähnt, dass Vorwärts Steyr im Vergleich zu anderen Bundesligavereinen, 1., 2. Division oder ganz gleich welchen Vereinen auch immer, einen Wettbewerbsnachteil insofern haben, als sie keine eigenen Trainingsplätze zur Verfügung haben, sondern in Gleink trainieren und dort entsprechende Beträge zahlen mussten. Wie gesagt, manche schütteln den Kopf, ich gebe nur das weiter, was mir die Herren gesagt haben. Ich sage das ganz wertfrei. Der Herr Bürgermeister wird mir sicherlich Auskunft geben. Ich kann es noch einmal wiederholen. Ich trete für eine Unterstützung der Stadt Steyr, nach Maßgabe der finanziellen Möglichkeiten, ein. Fest steht allerdings für mich, dass mit den beiden Herren, Radlspäc und Dittrich, der Verein nicht weiter existieren kann. Ich habe das bereits voriges Jahr gesagt, da haben sie mir gestern eine Protokollabschrift mitgenommen. Natürlich habe ich das gesagt, das ist nachzulesen. Ich habe voriges Jahr gesagt, mit diesen Leuten ist nichts zu machen. Ich kann nicht sagen, ob diese Vorwürfe gegen Herrn Dittrich und Herrn Radlspäc, insbesondere von Dr. Gottlieb-Zimmermann, der, wie gesagt, gesagt hat, keine Einsicht in die Unterlagen etc., richtig sind oder nicht. Die einen sagen so, der Herr Dr. Gottlieb-Zimmermann, sie sagen anders. Ungeachtet dessen, der Ruf der beiden Herren ist ganz, ganz schlecht. Sie haben keine Kontakte mehr zu Sponsoren. Das hat er mir auch gestern bestätigt. Wo Radlspäc und Dittrich auftauchen, ist einfach nichts zu holen. Da müssen sie schon ins Ausland gehen und selbst da ist mittlerweile schon der schlechte Ruf bekannt. Ich persönlich trete dafür ein, dass die Stadt Steyr jetzt noch alles daran setzt, Vorwärts Steyr irgendwie zu unterstützen, wobei über das genaue Ausmaß allenfalls noch diskutiert werden muss. Deswegen gibt es von uns auch keinen entsprechenden Antrag. Wobei natürlich, wie gesagt, der Verein weitergeführt werden soll, jedoch mit anderen Führungskräften. Vielleicht kann man einen Ausgleich durchziehen, eine außergerichtlichen oder einen Zwangsausgleich. Ich darf in dem Zusammenhang an LASK erinnern, wie sehr der LASK von der Stadt Linz unterstützt wird. Ich weiß es vom Eishockey. In Vorarlberg, VEU Feldkirch, mehrmals Meister, die sind vom Land und

der Stadt extremst unterstützt worden. Extremst haben sie zwei oder mittlerweile drei Mal einen Ausgleich gehabt, zweimal einen gerichtlichen und einmal einen außergerichtlichen Ausgleich. Vorwärts Steyr verdient sich die Unterstützung. Sie ist 80 Jahre alt, es ist unser Aushängeschild. Wir haben im Sport zwar viele Vereine aber nur einen Verein, der wirklich überregionale Bedeutung hat. Und das kann man Vorwärts Steyr einfach nicht absprechen. Wir haben sonst nichts. Wenn jetzt Vorwärts Steyr in Konkurs gehen sollte, dann muss sich jeder klar sein, dann gibt es halt über Jahre in Steyr keinen Spitzenfußball mehr. Das finde ich dann schade, weil die Stadt und die Bevölkerung, das sieht man an den Zuschauerzahlen, wenn nur die Leistung halbwegs stimmt, sehr treue Fans sind und die Zuschauer, man kann sagen in Massen, zumindest überdurchschnittlich im Vergleich zu anderen Bundesligavereinen, die in vergleichbaren Städten in vergleichbarer Größe spielen ist der Zuschauerschnitt entsprechend höher.

Daher abschließend meine Fragen an sie, Herr Bürgermeister. Was denken sie zu diesem Schreiben der KPMG, wie gesagt vom 28. Juli 1998? Ich sage es nochmals, die KPMG bestätigt, dass die Voraussetzungen für die Abrufung der Garantieerklärung vorliegen. Was ist daran unrichtig? Mittlerweile ist ja eine Klage eingebracht worden und ich habe gehört, dass sich die Stadt Steyr auf die Klage einlässt. Also, sie gehen offensichtlich davon aus, dass es unrichtig ist. Wie gesagt, ich halte mich ganz wertneutral, sie haben bei mir Einblick. Warum hat man voriges Jahr, als die Herren Dittrich und Radlspäck ja eine Rücktrittserklärung blanko unterschrieben haben, nicht verhindert, dass diese Leute wieder zurückkommen? Wie stellen sie sich, Herr Bürgermeister, die weitere Vorgangsweise in der Causa Vorwärts Steyr vor? Gibt es eine Unterstützung oder ist der Ofen aus? Ich kann nur sagen, aufgrund des Einblickes den ich habe, weil ich mehrere Spieler vertrete, die aus den Verträgen vorzeitig ausgetreten sind, die mittlerweile schon in Belgien sind, weil sie das Geld nicht bekommen haben und das waren Topspieler, das war der Kapitän und ein weiterer Spieler, ist die Situation derart prekär, dass ich glaube, wenn keine weitere Unterstützung in irgendeiner Form erfolgt, dann werden mit Sicherheit, das ist meine Ansicht, die Lichter bald ausgehen. Wie gesagt, aus den bereits dargestellten Gründen wünsche ich mir, dass Vorwärts Steyr unter die Arme gegriffen wird, wobei selbstverständlich, nochmals zur Wiederholung, das mit anderen Leuten fortgeführt werden muss. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Nachdem ich direkt angesprochen wurde, werde ich das Wort nehmen. Ich übergebe den Vorsitz an die Kollegin Mach.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich übernehme den Vorsitz und erteile dem Bürgermeister das Wort.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren. Die Angelegenheit Vorwärts hat uns, als Stadtsenatsmitglieder, Fraktionsvorsitzende und Gemeinderäte, eigentlich seit dem Jahr 1993, glaube ich, immer wieder intensiv beschäftigt. Der erste Wunsch, den die Vorwärts herangetragen hat war, dass wir einen langfristigen Vertrag, betreffend das Stadion, Übergabe des Stadions, im Zuge des Baurechtsvertrages an die Vorwärts geben und das würde ihnen erlauben, hier Kredite zu bekommen,

weil offensichtlich damals schon diese Kredite nicht erreichbar waren. Wir haben das, nach intensiven Beratungen, getan. Wir haben einen Vertrag auf 80 Jahre gemacht. Es ist aber nach einem Jahr festgestellt worden, und die Vorwärtsfunktionäre waren wieder vorstellig, dass sie damit nicht zurende kommen und hier Unterstützung durch die Stadt erwarten und darum ersuchen. Wir haben außerordentlich komplizierte Gespräche geführt. Auch damals sind Unterlagen eingefordert worden, auch vom KPMG und alles was dazu gehört hat. Wir haben uns damals entschlossen, eine Haftung für ein Darlehen von 9 Millionen Schilling einzugehen. Ich glaube es war 1994 oder 1995. Jedenfalls hat auch diese Hilfe offensichtlich nicht ausgereicht um die wirtschaftlichen Probleme der Vorwärts beherrschbar zu machen. Es ist dann im Zusammenhang mit der Lizenzerteilung wieder Feuer am Dach gewesen. Wir haben eine Krisensitzung, direkt vom österreichischen Städtetag weg, hier, an einem Freitag Nachmittag, durchgeführt. Es ist uns einiges versichert worden und es war der Wunsch da und die einzige Chance, eben diese Lizenzgewährung zu ermöglichen, wenn wir eine Garantie für 6 Millionen Schilling, auf dieses Budget das damals von der Vorwärts vorgelegen ist, eben auch noch einmal auf uns nehmen. Das sind die zuletzt angeführten Beträge, durch sie, Herr Dr. Wetzl. Das ist uns auch nicht leichtgefallen. Diese Beschlüsse sind immer Mehrheitsbeschlüsse gewesen, aber es waren sehr breite Mehrheiten. Wir haben also das getan und selbstverständlich und ohne jeden Zweifel hält eine Stadt wie Steyr Verträge ein. Allerdings ist da immer noch die Frage, wie diese Verträge zu interpretieren sind. Als Vorwärts schon 6 Wochen nach Meisterschaftsbeginn eine erste Rate aus diesen 6 Millionen gerne von uns wollte, haben wir erstmalig diese Garantieerklärung interpretiert und haben gesagt, das ist eine Garantie, die vielleicht teilweise fällig werden kann, aber am Ende der Saison und nicht ein Sponsorvertrag, woraus sich Verpflichtungen für die Stadt ableiten da Zahlungen vorzunehmen oder in Raten diese Beträge zu bezahlen. Die Interpretation ist durch unsere drei Fachleute, den Direktor unseres Kontrollamtes, Dr. Schmoll als unser Privatrechtsexperte und durch Herrn Mag. Lemmerer, der hier für die Finanzen zuständig war, die drei waren ja auch bei der Konzeption dieser Garantieerklärung federführend dabei, geschehen, dass wir, wenn wir den Vertrag einhalten, nicht zahlen können. Mit dieser Erkenntnis sind auch der Stadtsenat und die Fraktionsvorsitzenden mehrmals befasst worden und es war die einhellige Auffassung, dass wir den Vertrag einhalten, aber wenn hier diese Auslegung stichhaltig ist, woran wir nicht zweifeln, wir nicht zahlen können. Wir können also nur den Vertrag einhalten. Wir werden ja auch vom Rechnungshof geprüft. Wir könnten eine außerordentliche Subvention beschließen, aber dazu war keine Bereitschaft vorhanden. Jedenfalls ist jetzt die Situation eingetreten, dass uns die Vorwärts auf 5,9 Millionen Schilling geklagt hat, also etwa diesen Betrag, welche die Garantieerklärung umfasst. Wir haben daraufhin im Stadtsenat, nachdem dieses Verfahren bei Gericht anhängig ist und anwaltpflichtig ist, den Herrn Dr. Tilman Schwager, prominentes, ehemaliges Mitglied der F-Fraktion, Prüfungsausschussvorsitzender, Kenner und Insider auch dieser Causa Vorwärts, mit dieser Rechtsvertretung der Stadt beauftragt, mit einstimmigen Stadtsenatsbeschluss. D. h., ich bin selbst interessiert und gespannt, zu welchen Erkenntnissen das „Hohe Gericht“ kommen wird. Natürlich werden wir jeden Spruch, der dann zum Schluss herauskommt, zur Kenntnis nehmen. Also, das Gerichtsverfahren wird ein Ergebnis bringen müssen. Mehr kann man daher in dieser Situation, aus meiner Sicht, und das war jedenfalls bis zuletzt, jedes Mal wenn wir darüber geredet haben, auch eine gemeinsame Auffassung im Kreis der Fraktionsvorsitzenden und der Mitglieder des Stadtsenates. Mehr kann ich dazu nicht sagen. Natürlich sind auch die Schreiben der KPMG und alles das bei der Beurteilung der Situation aus der Sicht der Stadt berücksichtigt worden.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wer wünscht von der F dazu das Wort? Keine Wortmeldung mehr. ÖVP? Herr StR Mayrhofer. Ich gebe den Vorsitz wieder an den Bürgermeister zurück.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFFER:

Sehr geehrtes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich habe ein massives Problem damit, wenn ein Mitglied des Prüfungsausschusses, was zur Verschwiegenheit verpflichtet ist, in einer öffentlichen GR-Sitzung Internas aus Prüfungsausschusssitzungen verbreitet. Da kann ich bitte nicht mit. Das ist auch unter keinen Umständen so zu akzeptieren. Ich glaube nicht, dass man einfach zur Tagesordnung übergehen und das einfach negieren soll. Das gehört aufgeklärt.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Die zweite Sache ist, es ist schon irgendwie ein bisschen suspekt, wenn die F jetzt in der „Aktuellen Stunde“ als Retter auftreten möchte, gleichzeitig allerdings der Fraktionsobmann der F bei der Fraktionsobmännersitzung ganz klar sagt, keinen Schilling. Da kenne ich mich auch nicht mehr aus.

Zum Thema generell schließe ich mich vollinhaltlich den Worten des Herrn Bürgermeisters an. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Grüne? Herr Kupfer bitte.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Ich bin nicht wirklich überrascht über die Äußerungen des Kollegen Wetzl. Es ist, glaube ich, die Situation der Vorwärts für jeden Sportfreund traurig, aber nicht nur seit einer Woche oder seit einigen Tagen, sondern seit vielen Jahren. Das muss man ganz klar sagen und der ganze Schlamassel hat eigentlich mit 1994, mit dieser Garantieerklärung welche die Stadt damals gegeben hat, begonnen, und das war eine sehr große Unterstützung der Stadt. Ich denke mir, man muss schon die volle Wahrheit über die Verhandlungen im letzten Jahr sagen und ich stimme auch, wie der Kollege Mayrhofer, dem Bürgermeister zu. Ich möchte nur noch einmal verstärkt darauf hinweisen, dass in diesem Vertrag, in dieser Garantieerklärung, eindeutig der Rücktritt von Herrn Radlspäc und Dittrich drinnen war. Wenn man von uns verlangt, dass wir Verträge einhalten, dann denke ich mir, dass auch diese Unterschriften, die damals gegeben wurden, eingehalten werden müssen. In diesem ominösen Budget, das uns da vorgelegen ist, also, die Bewegung Steyr oder der ATSV Stein legen ein seriöseres Budget vor, wie dieses Einnahmen- und Ausgabenbudget, das uns voriges Jahr vorgelegen ist. Alleine der Umstand, dass man jetzt sagt, die 5 Millionen die von Stronach gekommen sind waren im Budget drinnen, obwohl zu diesem Zeitpunkt, wie wir den Vertrag abgeschlossen haben, von Herrn Stronach überhaupt noch nichts zu sehen war, ist ein ganz guter Beweis, wie unseriös dieses Budget erstellt worden ist. Wie gesagt, Unterstützungen der Stadt hat es gegeben und man hat es auch auf Verhandlungswegen versucht. Man muss auch dazu sagen, wenn es diese Verhandlungen nicht gegeben hätte, dann hätte es auch keinen Spielbetrieb 1998/99 gegeben. Nur durch das Engagement aller Fraktionen gemeinsam und ich glaube, da waren wir alle gemeinsam beteiligt, ist es eigentlich dazu gekommen, dass Vorwärts voriges Jahr noch spielen konnte. Was ich in diesem Zusammenhang auch noch sagen möchte ist, dass es nicht nur um diese wirtschaftlichen Fragen geht, die uns natürlich sehr betreffen, sondern ich möchte auch wieder einmal die soziale Komponente ansprechen, da auch ich einige Spieler der Vorwärts kenne und ich es wirklich skandalös finde, wie mit Fußballspielern,

mit Sportlern, jahrelang umgegangen wird, wie über Medien berichtet wird, die bekommen ein Gehalt, die Monatsgehälter werden ausbezahlt. In Wirklichkeit und in Wahrheit gibt es immense Rückstände etc. Ich denke mir, lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Frau Kollegin Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste. Ja, lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende. Nur, es ist eigentlich um einiges zu spät. Bereits vor der Übernahme dieser Garantieerklärung von 6 Millionen hätte ich mir diese Stimmung gewünscht, weil dann hätten wir uns viel erspart. Dann hätten wir möglicherweise die 9 Millionen bezahlt aber nicht 6 Millionen zusätzlich. Jetzt zahlen wir die 9 möglicherweise plus die 6. Vielleicht sind es ein bisschen weniger als 9 Millionen aber so zwischen 8 und 9 Millionen sind es aus der ersten Bürgschaft. Ich muss ihnen sagen, eines hat man sehr schön gesehen, ich kann es nur beurteilen in den 2 Jahren, wo ich jetzt hier herinnen bin, am Beispiel von Vorwärts und am Beispiel der Politik, es ist wirklich eine verhängnisvolle Affäre. Eine wirklich verhängnisvolle Affäre zwischen Politik und Fußball, wo wir geglaubt haben, wir müssen einen Profifußballclub insofern unterstützen, als wir für ihn Bürgschaften übernehmen. Das ist nicht die Aufgabe der Politik. Andy Kupfer, du hast gesagt, wir haben das einstimmig oder so getragen. Ich war die Einzige, die nicht mitgestimmt hat. Ich habe da auch meine verbalen Prügel bezogen, ich bin gegen den Sport und gegen den Fußball und sonst etwas. Nein, dagegen bin ich überhaupt nicht. Aber ich bin wirklich dagegen, dass man wissenden Auges ins Unglück läuft. Und wissenden Auges war es meines Erachtens deshalb, Andy Kupfer hat es schon zitiert, das war dieser Finanzplan. Ich denke mir, ab diesem Zeitpunkt hätte allen, die ihn gesehen haben, klar sein müssen, dass diese 6 Millionen Schilling immer vonseiten Vorwärts als Einnahme gesehen waren. Das war für Vorwärts nie eine Bankgarantie. Das war für sie vielleicht, meine Damen und Herren, eine Bankgarantie. Das glaube ich ihnen auch, dass sie das so gesehen haben. Aber wer unter Einnahmen 6 Millionen Bankgarantie Stadt Steyr hineinschreibt, dann kann ich mir schon denken, woher es kommt. Vor allem eines, es ist dann immer in der Presse gestanden, die Stadt Steyr hat 6 Millionen versprochen. Ich habe nie wieder irgendwo die Bankgarantie gehört. Das war nicht die große Rolle. Wir bekommen 6 Millionen von der Stadt. Eines muss ich schon sagen, meine Damen und Herren, ich wünsche es mir nicht, dass es so gekommen ist, aber was ich eine Frechheit finde ist wirklich das, obwohl die Stadt Steyr mit Mehrheit, bis auf mein Nichtmitstimmen, mit 35 von 36 Mandataren gesagt hat, wir helfen Vorwärts noch einmal, wir machen diese Bankgarantie, habe ich eigentlich im letzten Jahr immer nur vernommen, wie böse die Stadt nicht ist. Fast jeden Tag habe ich lesen müssen, die Stadt Steyr hält ihre Vereinbarung, ihre Verpflichtung nicht ein, sie kümmert sich nicht um den Sport. Also, wie ist es ihnen, meine Damen und Herren, gedankt worden, wofür sie sich eingesetzt haben. Ich habe nicht den Eindruck, dass ihnen das wirklich gedankt worden ist. Ich muss sagen, diese heutige „Aktuelle Stunde“ finde ich sonderbar, da kann ich mich dem Kollegen Mayrhofer durchaus anschließen, ich weiß nicht, was da für ein Spiel gespielt wird. Ein bisschen für Vorwärts, ein bisschen für die Spieler, ein bisschen Inszenierung, dass der Herr Dittrich das ist, nehme ich an, ist auch kein Zufall. Mich hätte jetzt eigentlich eines interessiert, ich weiß nicht, ob das im Statut vorgesehen oder möglich ist, mich hätte wirklich einmal interessiert, weil ich möchte nicht immer alles nur aus der Zeitung erfahren, was eigentlich sein oder nicht sein sollte. Ich würde wirklich den Herrn Dittrich um eine Stellungnahme bitten, wie geht es weiter mit der Vorwärts, wie sieht es aus, steht der Konkurs vor der Tür oder nicht. Ich möchte das wirklich gerne einmal wissen und nicht nur aus der Zeitung immer erfahren wie böse die Stadt Steyr nicht ist.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich danke ihnen herzlich Frau Frech. Im Hinblick auf den letzten Punkt darf ich sagen, dass das nicht vorgesehen ist, dass hier Leute aus dem Besucherkreis, im Zuge der „Aktuellen Stunde“, das Wort ergreifen.

Ein weiteres Thema? ÖVP bitte sehr.

GEMEINDERÄTIN MARIA KOPPENSTEINER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen. Mehr als zwei Jahre habe ich versucht das Thema Datenhighway in den Pflichtschulen ins Bewusstsein einiger Verantwortlicher, mehrerer Verantwortlicher würde ich sogar sagen, zu rücken, denn ab dem Jahr 2000 werden alle Pflichtschulen Oberösterreichs Online mit dem Land OÖ verbunden sein. Steyr vielleicht nicht. Ich weiß es nicht. Im Budget für dieses Jahr, 1999, waren S 100.000,-- für dieses Projekt vorgesehen. Dass man damit an 26 Pflichtschulen nicht einmal Steckdosen montieren kann, ist jedem klar. Apropos Steckdosen. Persönlich ist es mir gelungen einen der führenden Computerhersteller zu einem Geschenk an unsere Schule, von 6 neuen PCs, zu bewegen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gratuliere.

GEMEINDERÄTIN MARIA KOPPENSTEINER:

Wir können sie aber nicht verwenden. Es ist nicht gelungen, für diese 6 PCs, in drei Monaten, Steckdosen zu installieren.

GEMEINDERAT SIEGFRIED STIEGLITZ:

Da seid ihr aber auch schwach. Verlängerungskabel vom Bauhaus.

GEMEINDERÄTIN MARIA KOPPENSTEINER:

Ich habe vorher gehört, warum bitte haben sie nicht noch Kabel verlegt? Also bitte, das sehe ich wirklich nicht ein, dass ich mich bemühe für Schulen Computer zu bekommen und mich dann auch noch mit der Elektroinstallation zu beschäftigen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Da lassen sie lieber die Computer stehen, weil sie keine Kabel anstecken wollen?

GEMEINDERÄTIN MARIA KOPPENSTEINER:

Wir haben keines.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Kabel?

Gelächter

Diskussion verschiedener Mandatare

Ordnungsruf

GEMEINDERÄTIN MARIA KOPPENSTEINER:

Wir sind, aufgrund von Sicherheitsstandards, nicht berechtigt, alles was mit Elektrizität zu tun hat, zu machen. Nun meine Frage an sie, Herr Bürgermeister. Ist ihnen die zeitgemäße Ausbildung unserer Jugend nicht wichtig? Wie haben oder werden sie auf den Brief des Herrn Präsidenten des Landesschulrates, der ihnen vor ca. 14 Tagen zugegangen ist, ...

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Vorige Woche. Es freut mich, dass sie so gut informiert sind. Das scheint eine sehr organisierte Aktion zu sein. Nur beim Geld ist sich der Herr Präsident nicht einig.

Gelächter

GEMEINDERÄTIN MARIA KOPPENSTEINER:

... der ebenfalls auf dieses Thema hingewiesen hat, reagieren? Meine letzte Frage. Wird im künftigen Budget die Summe, die ja von den Beamten der zuständigen Abteilung bereits festgesetzt ist, seit ca. einem ½ Jahr, im neuen Budget verankert sein?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Also, ich kann nur ad hoc einmal sagen, für unsere Fraktion, nehmen ich an, wird der Referent das Wort ergreifen. Ich meine, natürlich ist das wünschenswert und ich stehe ja nicht grundsätzlich gegen diese Vernetzung über den Education-Highway. Das Problem ist nur eines. Alle zwei Jahre kommt ein Schreiben. Letztes Mal haben wir die Direktionscomputer gebraucht. Das ist auch so „rucks“, „pumps“ gekommen, dass das die Gemeinden zahlen sollen. Wir haben dann einen Weg gefunden. Es hat aber dann bei den Budgetgesprächen des intensiven Nachdenkens bedurft, auch bei den Damen und Herren aus den Direktionen, wie wir das aus dem Budget herausbekommen. Das wird natürlich möglicherweise beim Education-Highway auch so sein. Aber wenn das Land das so sehr wünscht,

dann müssen sie auch, und wenn sie vielleicht eine Frist setzen, Sorge dafür tragen, wie das Ding finanziert wird. Es ist nämlich so, dass ich festgestellt habe, aber da hat sich der Kollege Bremm intensiver damit beschäftigt, dass man die Städte und die anderen 445 Gemeinden, in der Frage der Finanzierung, hier sehr unterschiedlich betrachtet. Nicht wahr? Ich sehe mir ja an, wie die Mittel aufgebracht werden können. Da gibt es natürlich auch von mir den Auftrag, eine akkordierte Vorgangsweise ins Auge zu fassen. Es ist auch im Hinblick auf die tatsächlichen Kosten zu recht unterschiedlichen Aussagen gekommen. Aber näher dazu bitte ich, für die SPÖ, den Referenten, Gerhard Bremm, auszuführen.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir haben das Thema ja schon öfter, intern, öffentlich, diskutiert. Wir haben uns innerhalb der Fraktionen, bei den Fraktionsvorsitzendengesprächen, grundsätzlich darüber verständigt und geeinigt, dass auch in den Steyrer Hauptschulen und im Polytechnischen Lehrgang, grundsätzlich der Education-Highway bzw. das Internet installiert werden soll. Natürlich ist das eine Frage des Geldes. Es hat eine Reihe von Gesprächen, der Fachabteilung mit den zuständigen Leuten vom Land, stattgefunden, im Besonderen von Prof. Knierzinger, der ja der Beauftragte vom Land ist. Ich muss sagen, es waren Gespräche, die von einem Gespräch zum anderen Gespräch immer wieder eine andere Situation für die Stadt ergeben haben. Es ist nie konkret einmal gesagt worden, was hier vom Land unterstützt, subventioniert wird und was nicht. Die letzten Gespräche, die stattgefunden haben, zeigen, und dort zeigt sich auch das Problem, dass die Stadt zuerst S 700.000,-- in die Hand nehmen muss um die notwendigen Vorbereitungen zu treffen. Dann ist das Land auch bereit, weitere S 700.000,-- zu fördern. Also, auch weg von dem, was sie ursprünglich verlangt haben. Das ist einmal der Stand der derzeitigen Gespräche. Ich darf dazu auch den GR informieren, dass die Stadt Wels sämtliche Aktivitäten, die in der Vorbereitung waren, eingestellt hat. Auch die Stadt Wels ist hier in den Gesprächen mit den Verantwortlichen vom Land nicht zurande gekommen und auch die Stadt betreibt das momentan nicht, weil darüber hinaus nicht nur die Investitionskosten ungerecht aufgeteilt sind, weil man das nämlich auch auf Sicht sehen muss. Das Land hat ja vorwiegend daran Interesse, die Verwaltungsabrechnung über das System zu machen und das ist schon vordergründig einmal Landesangelegenheit und sie hätten da mehr Verpflichtung. Das ist die eine Seite, wo wir das Land noch mehr zur Kassa bitten wollen. Die gravierenden Punkte sind aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Nachfolgekosten die wir auch in Betracht ziehen müssen und mit denen wir uns auch auseinandersetzen müssen. Die Nachfolgekosten betragen für die Stadt Steyr jährlich S 200.000,--. Da kann es nicht sein, dass das Land Systeme wählt, wo sie die Verwaltungsabrechnung macht und andere Dinge ein bisschen in den Vordergrund stellt und sich dann bei den Nachfolgekosten verabschiedet und das alles der Stadt überlässt. Dieses ist auch ein Thema in Wels, wo es hier Gespräche und Verhandlungen gibt, um eine günstigere Kostenverteilung bei den Investitionen, aber auch in Zukunft bei den Nachfolgekosten, zu erreichen. Ich möchte noch einmal anführen. Grundsätzlich sind sich alle Fraktionen darüber einig und haben hier Übereinstimmung, dass wir natürlich diese neue Technologie auch in unseren Schulen, was die Hauptschulen und den Polytechnischen Lehrgang anbelangt, zu installieren um hier auch moderne Schulungsmethoden einfließen zu lassen. Aber das ist natürlich auch eine Frage der Finanzen, die wir hier schon berücksichtigen müssen. Das wollte ich berichtet haben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. FPÖ dazu? Bitte sehr Herr Dr. Pfeil.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Frau Koppensteiner. Ich habe nicht geglaubt, dass wir zu so später Stunden noch so einen guten Scherz bekommen. Ich fasse es einfach nicht. Das muss man auch der Firma sagen. Die schenken da 6 Computeranlagen her und die schalten sie nicht ein, die packen sie nicht aus, weil ihnen die ...

GEMEINDERÄTIN MARIA KOPPENSTEINER:

Ausgepackt sind sie.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Aha, ausgepackt haben sie's. Ich nehme einmal an, wenn sie die Computer nicht einschalten, vielleicht haben sie die Computer nicht einmal ausgepackt. Ich weiß es ja nicht. Aber sie haben selbst gesagt, sie haben die Computer nicht eingeschaltet, sie verwenden die Computer nicht, weil ihnen die Kabel fehlen. Als Bürger dieser Stadt bin ich von so einer Aussage einer Lehrkraft erschüttert. Ich bin erschüttert. Auch als Vater von Pflichtschülern bin ich erschüttert. Wenn sie es nicht schaffen diese Computer ans Stromnetz, nicht an den Education-Highway, gehen zu lassen. Frau Koppensteiner, mir fehlen da wirklich die Worte. So etwas habe ich im GR noch nicht erlebt. Das ist wirklich ein guter Schmäh und da wird man noch lange darüber reden. Das verspreche ich ihnen. Aber zwischen Datenhighway und Education-Highway und einer notwendigen infrastrukturellen Ausrüstung für die Schule, sowohl für die Administration als auch für den Lehrbetrieb, da gibt es ja eine große Bandbreite. Ich denke, solange es in Steyr hier Schulen gibt die nicht einmal über eine minimale Grundausrüstung verfügen, der halbwegs zeitgemäßen Kommunikation, ich sage nur eine Schule, Bergschule. Ich glaube, die haben noch eine Buschtrommel, die haben nicht einmal ein gescheites Telefon. Ist das so richtig?

GEMEINDERÄTIN MARIA KOPPENSTEINER:

Fast.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich weiß nicht, ob sie ein Faxgerät haben. Ich weiß es nicht. Ich glaube eher nicht. Vielleicht haben sie ein Faxgerät, aber dazwischen muss es ja etwas geben. Es wäre ein Leichtes denke ich, und da würden wir wirklich also schnell Einigung darüber erzielen, wenn zumindest in jeder Schule eine EDV-Grundausrüstung ist, weil wenn wir es dort nicht haben, bei unseren Kindern, wo sollen wir es denn haben. Es wird uns in der Zukunft die Entwicklung überrollen, wenn wir die Kinder nicht rechtzeitig auf solche Gegebenheiten hinbereiten. Wenn wir weiter warten, 2, 3 Jahre, bis das richtige System ist, bis dass wir in unserer umständlichen Art und Weise mit Behörden, mit Gutachten oder sonst irgendetwas daherkommen und dann traut sich einer nicht die Steckdose anzuschließen, Frau Koppensteiner, dann wird sie wirklich die Geschichte überrollen. Noch einmal, ich habe mich amüsiert, bin aber auch wirklich sehr erschüttert. Das erste Mal, wirklich, ehrlich.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

ÖVP dazu? Bitte sehr.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Ich bin überzeugt, dass der Herr Dr. Pfeil ein Fachmann ist. Allerdings mit Sicherheit als Veterinär und nach seinen Ausführungen jetzt mit Sicherheit nicht bei Computeranlagen. Ich kann bewusst natürlich alles versuchen ins Lächerliche zu ziehen aber ich glaube, wir sind uns sicherlich einig, dass es hier um ernste Dinge geht. Selbstverständlich geht es nicht darum ein Stromkabel einzustecken, sondern jeder Internetanschluss muss bitte schön mit einem ISDN-Anschluss vernetzt werden. Das Fax, das sie angesprochen haben, wird über kurz oder lang selbstverständlich auch überholt sein, weil ich einfach maile. Wir können überall versuchen Letzter zu sein. Wir erleben das ja heute gerade auch in dieser Sitzung. Wir sind sportlich das Schlusslicht. Wenn wir so weiter machen, dann sind wir wahrscheinlich auch bei der Ausbildung das Schlusslicht. Es geht nicht nur darum, dass ich in der Kür gut bin, dass ich also die Wissenschaftstage herbringe, sondern es geht auch darum, dass ich eine adäquate Schulung für unseren Nachwuchs bekomme. Da hapert es, wenn ich weiß, dass Privatschulen in Steyr das selbstverständlich schon haben. Was will ich jetzt? Will ich, dass die öffentlichen Schulen wirklich schlechter sind? Oder geht es darum, dass ich gleiche Chancen für alle anbiete? Ist es wirklich notwendig, dass ich mich hinausrede, dass es eine zweite Stadt auch noch gibt, die noch nicht gut ist? Ich meine, so kann es ja nicht sein. Also, hier appelliere ich wirklich an alle und wir wissen genau, dass seit dem Jahr 1997 der Kollege Bremm davon Information hat, umfassende Information. Jetzt schreiben wir fast Ende 1999, zwei Jahre sind vergangen. Nun haben wir nicht einmal die notwendigste Ausstattung, dass wir anschließen können. Ich meine, da ist mit Sicherheit absolute Versäumnis gemacht worden. Ich appelliere daran, nicht nur, wie bereits vor einem Jahr, ein Lippenbekenntnis abzugeben und zu sagen, wir kümmern uns darum, wir machen das, und dann ist wieder ein Jahr ins Land gezogen und gar nichts ist passiert. Ich glaube, das Thema ist zu ernst. Da geht es um die Zukunft. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Grüne dazu?

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Nein danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Frau Frech? Bitte sehr.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste. Ohne mich jetzt in diesen Steckdosen- oder nicht Steckdosenkonflikt einmischen zu wollen. Ich denke mir, alleine die „Aktuelle Stunde“ zu diesem Thema zeigt eigentlich, dass es einen Diskussionsbedarf im Bereich Schulen gibt. Ich würde sie bitten, Herr geschätzter Stadtrat für Schule und Sport, dass wir, auch wenn es dafür keinen Ausschuss gibt, uns vielleicht wirklich einmal alle Fraktionen zusammensetzen und ein-, zweimal im Jahr das Thema Schule, mit allem was zusammenhängt, Datenhighway, Ausstattung usw., diskutieren, weil für die „Aktuelle Stunde“ selbst scheint es mir nicht besonders geeignet um da den Dingen auf den Grund zu gehen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ja, meine Damen und Herren, ich möchte nur eines sagen. Ich meine, man spürt natürlich schon, dass das noch ein bisschen spannender ist, ich meine, vor den Nationalratswahlen ist die Diskussion noch ein bisschen spannender. Sie ist so auch spannend, aber da ist die Diskussion besonders spannend. Die Steckdosen sind natürlich ein herrlicher Aufhänger. In Wirklichkeit ist es halt so, dass da, jedenfalls in dem Papier das mir da vorliegt, weil das ist ja eh im Volksblatt gestanden. Na, wenn es im Volksblatt gestanden ist, dann passt es zu ihrer heutigen Wortmeldung dazu wie der Brief vom Herr Präsident Riedl. Nicht? Es ist ja alles super zusammengespielt. Ein bisschen müssen wir ein Theater machen und es wird von einer Steckdose geredet, die bei uns nicht möglich ist. Der Herr Dr. Pfeil hat das schon ein bisschen abgehandelt. Es geht ja nicht nur um eine Steckdose. Das Amt für Schule und Sport hat keine Mitteilung von ihrer hervorragenden Leistung bekommen, dass sie die Computer geschenkt bekommen haben. Da gebührt ihnen unser Dank. Das Amt für Schule und Sport sollte das ja auch wissen und Vorsorge treffen können, dass die in Betrieb gehen.

GEMEINDERÄTIN MARIA KOPPENSTEINER:

Das ist bitte gemeldet worden.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Es hat die Liegenschaft einen Anruf erhalten. Die werden wahrscheinlich vergessen haben. Eine Urgenz ist nicht erfolgt. Es geht auch nicht um die Steckdosen, die der Herr Dr. Pfeil mit einem Kabel, ich würde das auch so machen, ich meine, ich könnte mir sogar eine Steckdose hinmachen, aber das macht ja nichts.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Es geht in Wirklichkeit schon um eine Stromleitung und die kostet S 40.000,-- bis S 50.000,-- und nicht um eine Steckdose. Das muss man schon einmal sagen. Wenn das jede Schule macht, sie wissen ja eh, 6 Computer in einer Schule und da kostet der Stromanschluss S 40.000,-- bis S 50.000,-- und sie wissen ja, wie viele Schulen wir haben, dann reden wir schon über Beträge die durchaus budgetrelevant sind.

GEMEINDERÄTIN MARIA KOPPENSTEINER:

Und das hätte ich mit einem Verteiler machen sollen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich kann ihnen nur sagen, da steht herinnen, die Stromleisten werden im Jänner gemacht, wenn festgelegt sein wird, ob die Computer überhaupt in diesem Raum bleiben. Das ist unsere Information, die wir da haben. Aber man macht halt ein bisschen mehr Theater und wenn man miteinander geredet hätte, dann würden wahrscheinlich die Computer schon in Betrieb sein. Dann hätten wir aber vielleicht auch die Show nicht so machen können und die will man halt auch haben. Mir wäre es auch lieber, wenn man sich zusammenreden würde. Ich will natürlich nicht sagen, wir wollen die Letzten sein. Das wollen wir natürlich nicht, Herr Mayrhofer. Aber selbst der Präsident Riedl schreibt, 75 % haben diesen Anschluss. Bitte schön, unterstreichen möchte ich schon das was der Kollege Bremm sagt, der sich näher damit beschäftigt hat. Natürlich will das Land eine Rationalisierung in der Verwaltung machen und möchte die Verwaltung über das Internet machen. Sie erzielen den Rationalisierungseffekt und die Kosten werden uns zugeschoben. Vor allen Dingen auch die Folgekosten und das darf man wohl noch sagen, wenn man über die Kosten redet und wenn wir die Bleistifte alle spitzen müssen. Das wird man wohl noch sagen dürfen. Bei den vielen Gemeinden hat das Land das halt bezahlt und bei den Städten nicht. Die Welser stellen die Haare genauso auf und die Linzer haben es gemacht und sagen, na, so tun wir auch nicht, dass wir das alles alleine zahlen und das Land erlöst hier den Rationalisierungseffekt. Den Diskurs werden wir noch führen müssen. Warum auch nicht? Wissen sie, wenn ich beim Herrn Landeshauptmann unter dem Fußdackerl durchgehe und die Klinke putze, wie wir ein Geld bekommen, nicht für irgendetwas, für Schulen, für unsere VS am Resthof, wo wir uns alle so einig sind, dass wir sie machen sollen, ist es auch gar nicht so, dass das so gleich bleibt. Angefangen haben wir, dass wir gesagt haben, wir brauchen eine 10-klassige Schule. Die Feststellungen die wir im Bezirksschulrat, unter meinem Vorsitz, dort getroffen haben, unter der Diskussion ist es eine 12-klassige Schule geworden. Vor 2 oder 2 ½ Monaten lese ich zufällig in einer Presseaussendung der OÖ Landesregierung, dass die Erwartungen, im Hinblick auf den Schulraum, bis zum Jahr 2010 solche sind, dass wir 600 Schulklassen weniger brauchen. Das stand in der Presseaussendung. Der Herr LR Hiesl, mit dem ich mich über dieses Thema unterhalten habe, hat mir bei der Kindergarteneröffnung gesagt, er geht schon von einer deutlich höheren Zahl aus. Er spricht schon von 1.000 Klassen weniger. Weil ich das zufällig gelesen habe, habe ich gesagt, aktuelle Schülerzahlen noch einmal erheben, bitte die Bedarfsprüfung vom Land noch einmal durchführen und bestätigen lassen. Interessant. Lange Zeit war nichts. Mein Gespräch, gemeinsam mit dem Kollegen Lemmerer, um das Geld, um die Finanzierung, ich möchte ja die Schule bauen, nicht wahr, alsdann sagt uns der Herr Landeshauptmann und seine Mitarbeiter aus der Schulabteilung, dass wir nicht 70 oder 80 Millionen, was uns das Ding kosten wird, nach Einschätzung unserer Bauabteilung, finanziert bekommen, sondern nur 65 Millionen davon, die sie als förderungswürdig betrachten und nicht vor dem Jahr 2004. Diese Finanzierungsmöglichkeiten decken sich auch schön mit der Musikschule, wo eine gleiche Position, im Hinblick auf die Finanzierung, vom Land vertreten wird. Sie decken sich auch sehr schön mit dem Finanzierungserfordernis und Förderungen für eine Dreifachturnhalle, die wir dringend bräuchten, weil wir keine Bezirkssporthalle haben und die wir auch drinnen stehen haben.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

In Molln haben wir zwei Musikschulen, die 5 km auseinander sind.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wissen sie, so sieht die Welt dort aus. Es sind zu dem Zeitpunkt, obwohl ich angemeldet war und die Beamten darauf vorbereitete waren, diese Bedarfsprüfungen für die Resthofschule, noch nicht vorgelegen. Aber offenbar, weil wir halt so an der Tür gerüttelt haben, ist diese Bedarfsprüfung dann kurzfristig doch gemacht worden und durchgekommen und siehe da, das Ergebnis ist nämlich dieses, dass es jetzt nur mehr 8 Klassen sein sollen. Mit 10 haben wir angefangen, dann waren es 12 und jetzt sind wir bei 8 Klassen. Aber wissen sie, es ist schon ein recht großer Unterschied, ob wir eine Schule mit 8 Klassen machen oder eine mit 12 Klassen. Da liegen eine ganze Reihe von Millionen dazwischen. Wenn man hier wirklich diese Dinge sorgfältig betrachten würde, damit kehre ich zurück, dann hätten wir mit Steckdosenfinanzierungen und Education-Highway „no problems“. In dieser Sicht, ich meine in der etwas globaleren Sicht, möchte ich die Dinge auch betrachtet wissen. Mir geht es darum, dass in den Schulen etwas weiter geht, dass wir sie gut ausrüsten usw. Gehen sie einmal zu ihren Kollegen, vielleicht ins BRG. Ich hatte letztes Mal wieder einmal Gelegenheit gehabt eingeladen zu sein, in einer Klasse, im Geschichtsunterricht, über aktuelle Steyrer Entwicklungen, dort mit den Schülern, den Studenten zu diskutieren. Ich muss ihnen sagen, liebe Frau Koppensteiner, weil die Schule natürlich ihr besonderes Anliegen ist, zu Recht und sie sind ja auch dort und das ist ja auch gut so, aber ab und zu einmal dort vorbeigehen, in eine unserer Bundesschulen, wäre eine gute Gelegenheit, die Dinge ein bisschen zu objektivieren. Wissen sie, da sind wir nämlich rein weiß dagegen. Das muss ich schon sagen, obwohl es natürlich bei uns auch Verbesserungserfordernisse gibt. Zu dem bekenne ich mich auch.

So, „Aktuelle Stunde“, Fortsetzung. Gibt es noch ein Thema? Bitte sehr Herr Kollege Apfelthaler.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren im Gemeinderat, liebe Gäste. Meine Wortmeldung bezieht sich auf ein Ereignis, das im APT stattgefunden hat. Wie vielleicht viele von ihnen wissen ist da etwas passiert, nämlich insofern, dass hier ein Pfleger, laut den Berichten die wir im Ausschuss bekommen haben bzw. wie auch teilweise aus den Zeitungen zu lesen war, eine Patientin, die einen sagen geschultert, die anderen sagen abgedrängt hat, weil sie sich nicht zur richtigen Zeit am richtigen Ort befunden hat. Nun war dann zu erfahren, dass diese alte Dame ins Krankenhaus gebracht worden ist. Im Krankenhaus hat man dann festgestellt, dass ihr einige Rippen gebrochen worden sind. Ab diesem Zeitpunkt fängt das dann an insofern interessant zu werden bzw. hinterfragenswert zu werden. Die erste Feststellung für mich war einmal: „Warum hat eigentlich das Krankenhaus von sich aus keine Anzeige erstattet?“ Gott sei Dank muss ich sagen, hat hier der Heimleiter eingegriffen und hat eine Anzeige erstattet. Nun muss man dazu sagen, dass da eine zeitliche Verzögerung zwischen dem Ereignis, dass sie geschultert worden ist und dem Zeitpunkt, wo man sie ins Krankenhaus eingeliefert hat, war. Da hat es einige Tage Verzögerung gegeben und wie sich die Mitglieder des Ausschusses erinnern können ist diese Verzögerung dadurch erklärbar, dass diese Dame eine Schmerzpatientin war, d. h., sie ist eine Patientin, die Schmerzmittel bekommt. D. h., bei offensichtlicher Verletzung spürt sie das, vereinfacht gesagt, nicht gleich, sondern es passiert unter Umständen, dass dieser Bruch dann insofern virulent wird oder zum Ausdruck kommt, wenn er anfängt zwischen den einzelnen Knochenteilen zu reiben. Das wäre unter Umständen eine Erklärung dafür, dass wir da eine zeitliche Verzögerung, zwischen dem Ereignis und der Einlieferung ins Krankenhaus, gehabt haben. Das Krankenhaus hat, wie gesagt, keine Anzeige erstattet. Warum weiß ich bis heute nicht. Es gibt nur vage Erklärungen indem man sagt, diese Patientin hat, glaube ich, an Knochenschwund gelitten bzw. ihre Knochen sind porös geworden und man nicht die genaue Ursache feststellen kann. Die genaue Ursache, meiner Ansicht nach, hätte man ohne weiteres feststellen könne, wenn man die alte Dame gefragt hätte, wie ihr denn das passieren konnte bzw. zwischen dem Zeitpunkt dieses Ereignisses und der Einlieferung ins Krankenhaus hätte ja zumindest ein anderes

Ereignis stattfinden können, was der alten Dame ihren Umstand erklärt hätte. Das war aber auch nicht der Fall. Ich habe keine Meldung, dass sich die Dame in irgendeiner Art und Weise geäußert hat. Nun gut, oder nicht gut. Nun ist es so, es hat wie gesagt eine Anzeige des Herrn Ruckerbauer gegeben und dann hat man folgend reagiert. Es hat dann eine Besprechung im Magistrat gegeben und im Magistrat, nach den Verhandlungen, ist dann das Ergebnis herausgekommen, dass der zuständige Pfleger, dem das, unter Anführungszeichen, passiert ist, zumindest bei der Magistratsdirektion, insofern Unmut erzeugt hat, wie zu lesen war, dass ihm halt nahegelegt worden ist, zu gehen bzw. man wollte ihn, glaube ich, ursprünglich selbst kündigen, aber dem ist anscheinend der Herr zuvorgekommen und hat selbst gekündigt. Jetzt kommt der nächste interessante Schritt in dieser Affäre. Jetzt ist zu lesen und zu erfahren, dass, aufgrund der Vertragsbedienstetenverordnung, der betroffene Pfleger sozusagen ein Recht darauf hat, wenn er innerhalb, ich glaube richtig zu zitieren, der letzten zwei Jahre geheiratet hat und er selbst kündigt, Recht auf Abfertigung hat. Das ist ja schon einmal interessant, weil wenn man die Presse der letzten Tage verfolgt, wer aller hier EU-weit um Abfertigung kämpfen muss, im Streit mit Arbeitgebern liegt, kündigen will, innerhalb des EU-Raumes, an einem anderen Ort wechselt, dass ihm das nicht zugesprochen wird, oder nur teilweise, und jetzt haben wir quasi diesen Fall vor uns liegen. Man muss sich fragen: „Wie geht das denn?“ Abfertigungen kommen ja nicht von ungefähr. Ich denke, das ist eine erarbeitete Leistung die in irgendeiner Weise abgegolten werden sollte. Das ist auch eine soziale Leistung, sage ich einmal. Aber, in Anbetracht dessen, dass sich hier schon die klügsten Geister streiten, wie und in welcher Form sie am besten abgehandelt wird, ist es trotzdem zu vermerken, dass in der Vertragsbedienstetenverordnung dieser Passus drinnen ist. Jetzt fragt man sich, wann haben wir das jemals beschlossen. Für mich ist das vollkommen neu. Diese Geschichte ist für mich neu.

Zwischenrufe verschiedener Mandatäre

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Und wenn wir uns erinnern, die Herren in der ÖVP und die Herren von der Freiheitlichen Partei, hat es Jahre gegeben, ...

Unverständlicher Zwischenruf

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Es waren Herren dabei, es waren damals bei den Verhandlungen Herren dabei. Wir sind dort drüben, im sogenannten „Roten Zimmer“, gesessen und haben damals verhandelt. Es ist darum gegangen, Reduzierungen der Kosten im Personalbereich etc. Wir sind dort gesessen und haben schon fast Tage verbracht ohne irgendwelche nennenswerte Ergebnisse. Da kann ich mich noch genau erinnern. Es war auf jeden Fall nicht besonders ersprießlich. Jetzt versuche ich einmal, aus diesen ganzen Ereignissen, Schlüsse zu ziehen. Also, eine Vertragsbedienstetenverordnung die, man höre und staune, ungefähr, laut Auskunft, im Jahre 1950 beschlossen worden ist, in Anlehnung an die Bundesvertragsbedienstetenverordnung aus dem Jahr 1948, und, man braucht es ja nur zusammenrechnen, bis 1999 nicht geändert, novelliert oder sonst in irgendeiner Art und Weise besprochen worden ist, ...

Präsidialdirektor SR Dr. Gerhard Alphasamer:

Ist schon einmal novelliert worden.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Aha, aber wahrscheinlich nicht in diesem Punkt. Also, ich will ja überhaupt nicht behaupten, dass diese Abfertigung Unrecht wäre. Nein, überhaupt nicht. Ich will nur eines behaupten, in Anbetracht dieser besonderen Sachlage, wo es möglich ist, dass Angestellte des APT's, die nämlich schon 1984 gekündigt worden sind und dann mehrere Jahre später wieder aufgenommen wurden, ...

Zwischenrufe verschiedener Mandatäre

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Ich habe diese Auskunft hier. 1985 entlassen, 1987 wieder aufgenommen. Ich möchte hier keinen Datenschutzbruch begehen, aber ich kann zumindest eines sagen, dass die damalige Kommission, die darüber bestimmt hat ob dieser Herr wieder aufgenommen wird, gute Unterlagen gehabt hätte, sich diesen Vorgang, mit der Wiederaufnahme, zu überlegen. Jetzt sind wir wieder bei dem Punkt, wer nimmt wem, wann auf. Es ist ja recht interessant zu erfahren, wie denn das Ganze abgelaufen ist. Nun gut. Also, noch einmal zurück.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Redezeit 5 Minuten bitte.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Wir haben sozusagen die Situation, die nicht recht ersprießlich ist. Wir haben eine etwas seltsame Vorgangsweise, wer denn letztendlich jetzt bestimmt, ob das der Pfleger war oder ob das der Dame passiert ist. Das ist auf jeden Fall nicht herausgekommen. Wir haben eine Situation, bei einer Vertragsbedienstetenverordnung, die zumindest dann hinterfragenswert ist, weil wir uns vielleicht nicht ganz sicher sind, wenn der Herr oder die Dame diese Abfertigung auch verdient, weil dann kann er ja machen was er will. Wenn er innerhalb eines bestimmten Zeitraumes heiratet, bekommt er sie auf jeden Fall.

Ich bitte also daher, wieder die Besprechungen, bezüglich der Vertragsbedienstetenverordnung, aufzunehmen, weil dieser Bedarf ist ja, denke ich mir, nach neun Jahren auf jeden Fall gegeben, und dass wir uns darüber unterhalten, ob viele oder nur manche Dinge in dieser Vertragsbedienstetenverordnung noch zeitgemäß sind.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich übernehme den Vorsitz. Die Referentin dazu, seitens der SPÖ.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Sehr geehrtes Präsidium, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Ich möchte jetzt einmal vorab sagen, was mir vom Kollegen Apfelthaler da überhaupt nicht gefallen hat. Das ist einmal, dass er Menschen benützt, die in unserem Haus wohnen und sich wohl fühlen, und das benützt, eigentlich so in die Zeitung hinein zu geben. Es ist jetzt eine gewisse Verunsicherung bei den Bewohnern im Hause. Ich glaube, die Vorgangsweise war so, ich selbst war in Urlaub, wir haben uns natürlich von dem Mitarbeiter getrennt. Kurt, was mir auch nicht gefallen hat war, du hast dich geäußert und hast gesagt, dieser Dame sind Rippen gebrochen worden. Bitte, wir haben nicht feststellen können, und ich würde mir das nie erlauben, dass ich sage, es sind ihr die Rippen gebrochen worden. Wir wissen nicht, ob sie sich selbst Rippen gebrochen hat oder ob das durch einen anderen Einfluss passiert ist.

Diskussion verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Es ist ein Unterschied in der Äußerung, wenn ich heute sage, es sind ihr Rippen gebrochen worden.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Hat irgendwer die Dame gefragt, wie das passiert ist?

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Sie ist dann ins Krankenhaus gekommen. Es stimmt, sie ist eine Schmerzpatientin, und dort ist festgestellt worden, dass sie Rippenbrüche hat, aber es ist nie gesagt worden, wie die zustande gekommen sind. Ich glaube, ich würde es mir nie erlauben das festzustellen, weil ich bin kein Arzt und dadurch kann ich es auch nicht feststellen. Der Herr Ruckerbauer, der Heimleiter, hat die Anzeige erstattet und es ist vom Gericht herausgekommen und auf einmal ist es zur Presse gekommen. Das war für manche natürlich dann ein Spielball, damit sie dann solche Zeitungsartikel bringen können: „Abfertigung für Mann, der Seniorin drei Rippen brach.“ Ich finde das nicht richtig. Ich bin zu dieser Dame gegangen und sie hat gesagt, sie fühlt sich im Altersheim so wohl und sie ist froh, dass sie da ist und es geht ihr gut.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Ja Ricki, auf welcher Seite stehst du?

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Moment einmal. Es geht mir darum, wenn etwas passiert, dann werden die nötigen Schritte gesetzt. Wir haben uns von diesem Mann sofort getrennt, er war in diesem Hause nicht mehr tätig. Wenn es ein Vertragsbedienstetengesetz gibt, das sagt, wenn er noch nicht zwei Jahre verheiratet ist, dass ihm

die Abfertigung zusteht, dann muss man sich an das Gesetz auch halten. Eines möchte ich nämlich jetzt auch feststellen, weil es geheißen hat, der Mann wurde gekündigt. Der Mann hat einen Diensteintritt am 11. 5. 1984 gehabt. Er war durch die „Aktion 8000“ im APT tätig. D. h., er ist am 10. 5. 1985 wieder ausgetreten, weil die „Aktion 8000“ ist nicht länger als ein Jahr gelaufen. Am 6. 1. 1987 ist er als Altenpflegehelfer aufgenommen worden. Er war immerhin 12 Jahre und 8 Monate in diesem Hause tätig.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Wieso sagen sie, Herr Stadtrat, das stimmt nicht?

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Er ist nicht entlassen worden, sondern der Vertrag ist ausgelaufen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Die „Aktion 8000“ ist ausgelaufen. Das ist ganz klar.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Was ist da der Unterschied?

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Bei einer Entlassung hätte es einen Grund gegeben oder eine schlechte Beurteilung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Darum muss man schon bei der Wahrheit bleiben, wie der Ablauf war. Ich war auch nicht verwundert, dass ich diesen Artikel in der Zeitung gelesen habe, weil wie du mich gefragt hast ob ich etwas weiß, wegen der Abfertigung oder wie das läuft, habe ich mir gleich gedacht, dass jetzt wieder etwas kommt. Ich habe mich nicht getäuscht, es ist in der Zeitung erschienen.

Ich möchte eines zu bedenken geben. Wir sollten das Haus, wo sich die Leute wohl fühlen, nicht schlecht machen und nach außen präsentieren, was da für Vorfälle sind. Wenn ein Vorfall ist, dann werden selbstverständlich von uns die notwendigen Konsequenzen gezogen und wir trennen uns von dem Personal. Aber so kann man es menschlich nicht akzeptieren, weil für die Leute ist das die letzte Station. Ich glaube, diese Leute haben ein Recht, dass sie sich in diesem Haus wohl fühlen können und, ...

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Uns schickt man einen Brief, dass wir keine Unterlagen mehr bekommen, das ist auch seltsam.

Zwischenruf: Was ist?

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Am wichtigsten erscheint mir, dass sich die Leute dort wohl fühlen und wenn etwas mit dem Personal nicht funktioniert, dann werden wir uns von diesem Personal trennen und das ist auch erfolgt. Mehr habe ich, glaube ich, dazu nicht zu sagen, aber ich würde schon ersuchen, dass sich alle überlegen, dass wir die Bewohner nicht verunsichern, weil die sollen sich in diesem Hause wohl fühlen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

FPÖ dazu? Herr Dr. Pfeil.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Es ist nach diesem Vorfall vom Leiter des Hauses, Herrn Ruckerbauer, ich nenne es einmal so, eine Vorsichtsanzeige, nehme ich einmal an, bei Gericht ergangen. Eine Vorsichtsanzeige, eine Sachverhaltsdarstellung und ich finde es schon bemerkenswert, dass man über diese Vorverurteilung dieses Mannes kein Wort verliert, auch seitens der Personalvertretung her, dass man es gewähren lässt, dass jemand dann überredet wird, dass er freiwillig kündigt und den Dienst quittiert, weil es ist ja bis heute absolut nicht geklärt, ich kenne weder die Dame noch den Herrn, aber er ist sicherlich kein ganz junger Pfleger, wenn er schon einige Jahre hier im Hause war, und ich finde es schon sehr eigenartig, wenn man dann sagt, wenn einmal etwas passiert, dann muss er gehen. Ich finde diese Vorgangsweise, diese Vorverurteilung, mehr als eigenartig. Jede ältere Frau ist gefährdet, sich einen Knochen zu brechen. Rippenbrüche bei älteren Damen ist halt ein sehr, sehr häufiger Unfall oder ein häufiges Geschehen, wo es auch ohne Fremdeinwirkung zu Serienrippenbrüchen kommen kann. Da brauchen sie nur einen Arzt, gerade auf einer Geriatrie, fragen. Das ist das Problem neben den Oberschenkelhalsbrüchen. Das ist leider so und das können wir nicht umdrehen. Da hat mir wirklich auch die Stellungnahme der Personalvertretung gefehlt. Ich meine, dass ihre Presseaussendung, gerade wo sie immer so viel Wert darauf legen, ...

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Meine Presseaussendung.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Na ja, es liegt schon sehr an der Hand, wer das breitgetreten hat. Ich bin schon verwundert, dass sie sich dann herstellen und sagen, der hat der Dame quasi die Rippen gebrochen und darum muss er gehen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Als nächster ist die ÖVP gefragt. Die äußert sich nicht. Grüne noch einmal. Derselbe? Das ist unüblich. Aha, der Herr Kupfer kennt sich nicht aus.

Gelächter

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Jeder hat sein Ressort. Eines muss man ja ein bisschen ins rechte Licht rücken. Erstens ist das nicht meine Presseaussendung, weil dann hätte ich gleich eine Presseaussendung machen können, wie es passiert ist und die habe nicht ich gemacht, sondern der ORF. Wie zu erfahren war, war es in der APA zu lesen, überall. Also, dass das irgendwer behauptet, dass das meine Geschichte ist, stimmt teilweise nicht, weil ...

Zwischenruf: Teilweise!

Gelächter

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Im Grunde genommen, wenn ich etwas in die Presse gebe, bin ich mir eigentlich immer sicher, dass das, was da drinnen steht, ich auch richtig interpretiere.

Eines ist uns auf jeden Fall klar. Man war sich nicht ganz einig, wem man hier die Schuld geben kann. Das Krankenhaus hat sich mehr oder weniger herausgehalten. Ob das zu einem strafwürdigen Tatbestand kommen wird, dessen war man sich auch nicht sicher, weil das eben nicht genau feststellbar war, wobei mir nach wie vor immer noch die Meldung der Dame abgeht. Was ich aber nicht will ist, dass man immer wieder behauptet, oder in diese Richtung behauptet, aber die alten Menschen sollen sich doch wohl fühlen usw. und so fort und gleichzeitig auch mitschwingen lässt, dass man, wenn etwas passiert, und das ist ja nicht etwas Geringes was da passiert ist, da am liebsten die Decke des Schweigens darüber breitet.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Das haben wir nicht gemacht.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Aber so ähnlich hat es geklungen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Es ist die Anzeige erstattet worden.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Ja, die Anzeige ist erstattet worden, aber um den Betrieb ...

Diskussion verschiedener Mandatare

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Meine Damen und Herren, es ist ja nicht so, dass diese Handlung die da stattgefunden hat, eine Einzelhandlung in dem Sinne gewesen wäre. Man hat teilweise gewusst, dass es ähnliche, ich will es jetzt nicht genau spezifizieren, Vorgänge auch im Zusammenhang mit diesem Pfleger gegeben hat.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Auf den Tisch damit.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Ja, das genau ist das Problem. Das ist ja genau dieser Effekt, der immer dann eintritt, in dem Moment, wenn die Personen aus dem Bereich des Magistrates oder der zuständigen Stellen heraußen sind, dass dann plötzlich Telefonate in Büros stattfinden, wo ich immer wieder sagen muss, hoch interessant, aber bitte machen sie das aktenkundig und ich aber trotzdem nicht sagen kann, dass sich das alle aus dem Finger saugen, was da kommt. Also, für mich persönlich sieht es so aus, dass dieser Herr etwas gröbere Umgangsformen, ich will es jetzt einmal sehr charmant umschreiben, gehabt hat, diese auch über einzelne Meldungen an mein Ohr gedrungen sind, und mich nicht wundert, dass das eines Tages passiert.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Frau Kollegin Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste. Also, ich finde es schon sehr verwunderlich, mit welchem unterschiedlichem Maß unser Grün-Duo heute argumentiert. Ich habe mir heute schon vorwerfen lassen müssen, dass ich dem Image des öffentlichen Verkehrs schade, nur weil ich Fakten aufzeige. Jetzt erlebe ich, in einem sehr hochsensiblen Bereich, wo es um alte, gebrechliche Menschen geht, wo es zum Teil noch dazu Spekulationen sind, die in den Raum gestellt werden und da darf man das auf einmal.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Wir gehen nicht in die Medien.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Was? Ihr geht mit dem nicht in die Medien? Nein, nein, das ist durch Zufall hineingekommen.

Diskussion verschiedener Mandatare

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Na ja, Kurt, gut, dann geht er, Kritik verträgt er nicht. Das ist auch eine Art der Problemlösung.

Ich gebe ja selten, wie sie wissen, der Frau Vzbgm. Mach unbedingt Recht, aber in dem Fall muss ich es wirklich tun, weil wenn ich mir überlege welcher Schaden jetzt mit dieser Rippenbruchgeschichte entstanden ist, dann denke ich mir, ist das etwas, was die Arbeit jener, die dort arbeiten, der Pflegeleitung, der Schwestern, der Heimleitung überhaupt, wirklich im Großen und Ganzen wieder für einige Zeit zunichte macht. Das haben die Leute dort nicht verdient. Das haben weder die Leute die dort arbeiten verdient noch haben es jene verdient, die dort betreut werden. Ich denke mir, gerade in dem Bereich, wo es wirklich um Leute geht die möglicherweise ohnedies Ängste haben, die sich vielleicht jetzt fürchten in das APT zu kommen, wo die Angehörigen verunsichert sind, da bin ich wirklich der Meinung, dass man mit so etwas Hochsensiblen auch hochsensibel umgeht. Das ist der eine Punkt.

So sehr ich dafür bin, dass diese Causa aufgeklärt wird, absolut, aber das sollte etwas sein, was zuerst wirklich im internen Kreis passiert und was nicht hinausgetragen wird, weil das tut dem Image des APT's wirklich keinen Gefallen. Es kann mir keiner einreden, der das forciert, auch sich hier jetzt in der „Aktuellen Stunden“ herzustellen und das Thema wieder zu bringen, dass ihm das ein soziales Anliegen ist, dass das da oben funktioniert.

Davon abgesehen, er ist leider gegangen, Kritik hört er nicht gerne, ist die Geschichte, dass er sagt, er versteht nicht, dass es diesen Passus gibt. Dann frage ich mich: „Wer bitte hat diese Vertragsbedienstetenordnung der Stadt Steyr, beschlossen vom GR am 13. 12. 1990, mitbeschlossen?“ Ich meine jene, die in der neuen Periode dazu gekommen sind, sicherlich nicht. Aber ich frage mich ganz einfach: „War die GAL-Fraktion vielleicht auch dabei?“ Das kann durchaus der Fall gewesen sein.

Für mich ist diese Vertragsbedienstetenordnung ein gutes Beispiel dafür, warum ich immer die Forderung ...

Diskussion verschiedener Mandatare

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Herr Bürgermeister, sorgen sie bitte ein bisschen für Ruhe, es dauert eh nicht mehr lange.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Sie können sich nicht richtig durchsetzen.

Ordnungsruf

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Für mich ist diese Vertragsbedienstetenverordnung ein gutes Beispiel für meine Forderung Verordnungen der Stadt Steyr ins Internet zu stellen, weil dann wäre uns wahrscheinlich allen früher aufgefallen, entweder einem von uns oder einen Externen, dass da Dinge drinnen sind, die wirklich nicht in Ordnung sind. Es ist aus meinem Gerechtigkeitsempfinden her nicht nachzuvollziehen, dass jemand, wenn sie sich ansehen, ein Vertragsbediensteter, dessen Dienstverhältnis durch Zeitablauf endet und der sich nichts zu Schulden kommen hat lassen, bekommt keine Abfertigung. Lassen sie sich das auf der Zunge zergehen. Jemand der ordentlich seine Arbeit getan hat aber sein Dienstverhältnis endet, aufgrund von Zeitablauf, bekommt keine Abfertigung. Egal ob er verheiratet ist oder nicht. Dann gibt es Leute, die können aufgrund dieser Bestimmung, sogar selbst ein Verschulden gehabt haben, ein Verschulden trifft sie an der Entlassung, d. h. sie haben irgendetwas angestellt und trotzdem bekommen sie eine Abfertigung. Entweder weil sie zwei Jahre verheiratet waren, oder ein weiterer Punkt, weil sie ein Kind haben, das jünger ist als 6 Jahre. In dem Moment fließt schon die Abfertigung. Ich würde sie wirklich bitten, Herr Bürgermeister, das Thema Vertragsbedienstetenordnung auf die nächste Sitzung des Finanz- und Rechtsausschusses zu setzen, damit wir uns überlegen können ist das hier herinnen a) zeitgemäß und b) ist es gerecht. Ich finde, es ist nicht gerecht.

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:

Da muss man sagen, dass sie die Gesetze nicht kennen, liebe Frau Kollegin.

Diskussion zwischen GR Hauser und GR Mag. Frech

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

So wie die Lohnerhöhungen, die beschließen auch wir. Wir können ja gerne über das diskutieren. Keine Frage. Ich möchte nur zwei Bemerkungen aus meiner Sicht noch machen. Ich meine, erstens einmal hat das Krankenhaus, das normalerweise eine Anzeige erstatten muss, wenn eine Verletzung eingetreten ist, mit einem Personenschaden, wenn die Verletzung durch Fremdverschulden eingetreten ist, keine Anzeige erstattet. Die haben das nicht getan. Offenbar haben sie nicht konkret feststellen können, was genau die Ursache war. Zweitens: Für uns war entscheidend, und das ist das Signal mit dem ich einverstanden bin, dass, nachdem Zeugen gesehen haben, dass der Pfleger die Dame geschultert hat, das ist ein unüblicher Umgang den Pfleger mit Bewohnern unseres Altenheimes nicht tätigen sollten. Das war bekannt. Die Vermutung ist nahe, dass dieser Rippenbruch dabei passiert ist. Die Beweislast wäre aber bei uns gelegen, hätten wir eine fristlose Entlassung ausgesprochen. Die Suspendierung ist sofort erfolgt. Das ist gesagt worden, dass wir bei uns solche Pfleger nicht haben wollen, die unsere Bewohnerinnen schultern. Nicht wahr?

Das wollen wir nicht. Suspendierung, Prüfung der arbeitsrechtlichen Situation, das Krankenhaus hat nicht angezeigt, die Beweislast wäre, bei einer fristlosen Entlassung, bei uns gelegen und wir hätten

damit möglicherweise noch ein Gerichtsverfahren am Hals gehabt. Weil sie die Personalvertretung da zitieren, sie wäre nicht tätig gewesen. Die haben gesagt, selbstverständlich gehen sie damit zu Gericht. Wir haben ja schon solche Gerichtsverfahren hinter uns. Meistens sind wir verurteilt worden. Ich erinnere an die von Dr. Tilman Schwager vertretene Schwester, die 6 Wochen lang unsere Leute nicht gebadet hat. Da habe ich nämlich die fristlose Entlassung damals verfügt. Aber bezahlt haben wir dann schon hinterher. Tilman Schwager hat gegen uns den Prozess gewonnen, obwohl das bewiesen war, dass sie das nicht getan hat. Also bitte sehr. Es war, glaube ich, eine sehr rasche, überlegte, auch im Rahmen der arbeitsrechtlichen Festlegungen, eigentlich die einzig mögliche Lösung, wenn wir unser Altersheim davor befreien wollen, dass bei uns solche Zu- und Umstände herrschen. Das wollte ich schon aufklärend, aus meiner Sicht, als Vorstand des Magistrates, dazu gesagt haben.

Damit ist dieses Thema erschöpfend behandelt worden.

Gibt es ein weiteres Thema? Nicht mehr? Da bin ich aber enttäuscht. Damit ist die Tagesordnung wirklich erschöpft. Ich möchte noch kund tun, dass wir Ausgaben von insgesamt S 12,150.400,-- beschlossen haben. Ich bedanke mich für die Mitwirkung und schließe die Sitzung.

Ende der Sitzung: 22.20 Uhr.

DER VORSITZENDE:

Bürgermeister Hermann Leithenmayr

DIE PROTOKOLLFÜHRER: DIE PROTOKOLLPRÜFER: OAR Anton Obrist GR Monika Freimund

Gabriele Obermair GR Walter Gabath